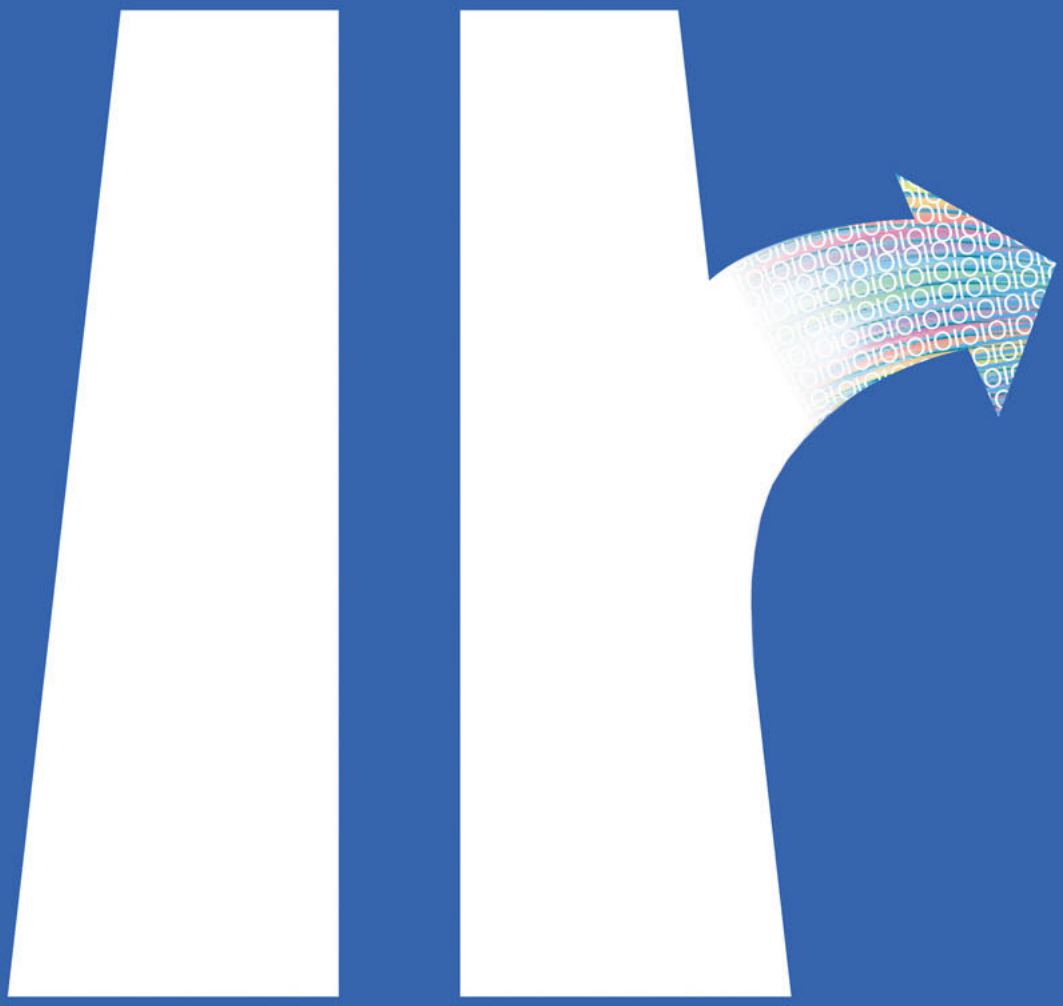
E 2814
Nr. 5
Juli 2014
Jahrgang 63

M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift



Aufbruchstimmung im Journalismus

WDR auf Crashkurs
Kürzungen bei Personal und Programm

Rechtsextremismus
Mehr hintergründige Berichte gefragt

Nach dem ZDF-Urteil
Weniger Politikeinfluss, stärkere Gremien

Abb: Hermann Haubrich

Auf ein Wort

Schlimmer als unter Mubarak

Harald Gesterkamp | In Ägypten wird man als Journalist kriminalisiert, wenn man seiner Arbeit nachgeht. Das ist die Schlussfolgerung aus dem Urteil eines Kairoer Gerichts gegen mehrere Journalisten des Fernsehsenders Al-Dschasira English. Für sieben beziehungsweise zehn Jahre ins Gefängnis müssen Peter Greste und seine Kollegen Mohamed Fahmi und Baher Mohamed. Sie sollen „falsche Nachrichten" veröffentlicht und eine terroristische Organisation unterstützt haben – gemeint ist die Muslimbruderschaft, die vor kurzem noch den gewählten Präsidenten stellte.

Im Juli 2013 wurde Mohamed Mursi gestürzt, und das Militär hat die Macht übernommen. General Abdel Fattah al-Sisi ist mit angeblich 46 Prozent Wahlbeteiligung zum Staatschef gewählt worden, und im Januar trat eine neue Verfassung in Kraft, die nominell die Pressefreiheit garantiert. Aber das Papier ist einmal mehr geduldig.
Die Justiz in Ägypten geht mit aller Härte gegen Anhänger der Muslimbrüder und liberale Kräfte vor, verhängte schon hunderte Todesurteile. Der Fernsehsender al-Dschasira gilt als Unterstützer Mursis und wird ebenfalls nicht verschont, zuletzt in diesem Verfahren, das zeitweise einer Farce ähnelte (siehe S. 38).

Die Besitzverhältnisse Al-Dschasiras – der Sender gehört der Herrscherfamilie in Katar, die tatsächlich die Muslimbrüder unterstützt hat – sind unglücklich, können aber das Vorgehen natürlich nicht rechtfertigen. Die verurteilten Journalisten haben während ihrer Recherche mit Mitgliedern der Muslimbruderschaft gesprochen, Hinweise, dass sie die Gruppe unterstützt hätten, konnte das Gericht nicht finden. Folglich ist dieser Schuldspruch ein Skandal und verletzt Medienfreiheit und Rechtsstaatlichkeit in gröbster Weise.

Längst ist Ägypten in Sachen Repression wieder an dem Punkt angekommen, an dem sich im arabischen Frühling 2011 der Volkszorn gegen Hosni Mubarak entlud. Da darf die internationale Gemeinschaft nicht wegsehen. Sie sollte sich für die umgehende Freilassung der drei Journalisten einsetzen – für alle drei wohlgemerkt, nicht nur für Peter Greste, der als Australier weiß, dass die Regierung in Canberra für seine Haftentlassung kämpfen wird. Verurteilte Ägypter haben keine solche Lobby. Umso wichtiger ist der Einsatz der Zivilgesellschaft für ihre Freiheit.

TITEL AUFBRUCHSTIMMUNG

8 **Aufbruchstimmung im Journalismus**
Von Carolin Neumann

10 **Krautreporter mit 17.000 Abonnenten**
Täglich eine Handvoll gut recherchierter Beiträge und werbefrei

11 **Wissenschaft mit Substanz**
Geschichten mit Leidenschaft und Faktentiefe erzählen – Offenheit für Abseitiges

12 **Smartes Netzwerk Edition F**
Ein Wirtschaftsmedium mit weiblichem Blickwinkel

12 **Journalistischer Rohdiamant**
Das lokale Online-Magazin hh-mittendrin ist dicht dran an den Menschen

13 **Orientierung mit Tame**
Berliner Startup macht Twitter sinnvoll durchsuchbar

14 **Visitenkarte durch torial**
Portfolio-Plattform um der Anonymität des Marktes zu entkommen

15 **Korrektiv zum Althergebrachten**
Stiftungen kümmern sich um journalistische Recherche- und Bildungsarbeit

AKTUELL

4 **Aus für Service-Center**

4 **Kritik an Durchsuchung**

4 **Neutralitätspflicht?**
Debattenbeitrag zum Thema „Journalist und Aktivist" in M 1/2014 und 3/2014

5 **Leserbriefe**

5 **Freiheit statt Angst am 30. August**

6 **Vor dem Bundeskongress**
Bis zum Herbst finden noch viele Konferenzen auf allen ver.di-Ebenen statt

MEDIEN + GESELLSCHAFT

16 **WDR auf Crashkurs**
Personalrat fordert „offene Diskussion" und einen Strategieplan

18 **Der Einfluss der Eliten**
Mit Uwe Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, sprach Günter Herkel

20 **Nichts dazu gelernt?**
Mehr Sensibilität bei Berichten über Rechtsextremismus notwendig

21 **Gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat**
Ein Ex-Bild-Mann verbreitet im Weser-Kurier Stammtischparolen

22 **Verpflichtung zur Aufklärung**
Zeit nehmen für unabhängige und hintergründige Berichte über braunen Terror

23 **20.000 Filmrollen gerettet**
Nationale Initiative für das Filmerbe und ausreichende Finanzierung notwendig

TARIFE + BERUF

24 **Tarifvertrag wieder in Kraft**

24 **Massiver Sparkurs beim Darmstädter Echo**

24 **In schlechter Gesellschaft**

24 **Schon entdeckt? ansTageslicht.de**
25 **Tarifergebnis angenommen**
77 Prozent der Mitglieder stimmten zu
25 **Nord-Verleger lenkten ein**
Mehr Gehalt für Angestellte in Zeitungsverlagen ab 1. Juli
26 **Qualität der Bilderflut**
Festival für jungen Fotojournalismus mit beeindruckenden Arbeiten
28 **Öfter Peitsche statt Zuckerbrot**
Umfrage: Pressefreiheit durch Mangel an Zeit für Recherche gefährdet
29 **Medienpolitische Tagung im Oktober**

MEDIEN + POLITIK

30 **Weniger Politikeinfluss, stärkere Gremien**
Mainz: ver.di-Diskussion nach dem Urteil von Karlsruhe im ZDF
31 **Mehr Anträge auf Informationszugang**
32 **Minimalstandard im Presserecht**
Bundesbehörden verschanzen sich hinter umstrittenem Urteil

MEDIEN + WIRTSCHAFT

33 **Abendzeitung München: Alles wird kleiner**
Nur ein Viertel der Mitarbeiter behält einen Arbeitsplatz
33 **Funke in Hamburg auf Einkaufstour**
33 **Springer-Kundenservice zieht nach Berlin**

MEDIEN + RECHT

34 **Fotos auf Ebay verschleudert**
Urheberrechtsverletzungen bei Bildern keine Seltenheit
35 **Gutes Geschäftsjahr für die VG Wort**
Aber weniger Einnahmen aus Reprografieabgaben
36 **Alles geschützt?**
Aktuelle Urteile zum Urheberrecht

MEDIEN + INTERNATIONAL

38 **Tiefschlag**
In Ägypten müssen Journalisten wegen ihrer Recherchen ins Gefängnis
39 **Gegen Kreml-Propaganda**
Neue russische Journalisten-Gewerkschaft gegründet
40 **Berlusconi-Syndrom**
Albanien auf dem Weg in die Europäische Union
41 **Ein Jahr nach dem Aus von ERT**
Kampf für einen neuen öffentlich-rechtlichen Sender mit Vollprogramm
42 **Ungarn: Der Fall Origó**
Deutsche Telekom beteiligt sich an Einschränkung der Medienfreiheit

SERVICE / LEUTE

44 **Buchtipps**
45 **Leute**
46 **Impressum**
47 **Seminare**

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: http://mmm.verdi.de/service

Grafik: Hermann Haubrich

Editorial

Foto: Christian v. Polentz

Gründerwind frischt auf

Aufbruchstimmung im Journalismus titelt M! Zu hoch gegriffen? – Nein! Was sich da derzeit auf dem deutschen Medienmarkt an neuen journalistischen Produkten entfaltet, lässt aufhorchen. Professionelle Journalistinnen und Journalisten nehmen ideenreich das Steuer in die Hand und nutzen die Chancen, jenseits verlegerischer (renditeorientierter) Diktate zu recherchieren. M stellt einige „Start ups" vor (S. 8 bis 15). Dabei geht es nicht um Kostenlos-Journalismus. Der Wert der Arbeit wird von Anfang an hoch gehängt. Alternative Finanzierungsmodelle greifen vor allem in der Gründerphase, brauchen jedoch kontinuierliches Abo- oder Spendenaufkommen, will man nachhaltig Erfolg haben.

Diese neuen Möglichkeiten, gut recherchierte hintergründige Artikel zu veröffentlichen, sowohl im Netz als auch in den Printmedien, bereichern zweifelfrei den derzeitigen Journalismusmarkt. Gleichfalls zeigen sie einmal mehr die Defizite der herkömmlichen – privat kommerziellen, aber auch gebührenrechtlich finanzierten – Medien auf. Diese stehen nicht umsonst in der Kritik, Beschäftigung und damit einhergehend journalistische Qualität vermeintlichen Sparzwängen zu opfern.

Das letzte Tarifergebnis für Journalisten an Tageszeitungen wurde von der Mehrheit der dju-Mitglieder angenommen. Jedoch konnten die letztlich nicht allzu üppigen Erhöhungen erst durch ein großes Streikengagement von Redakteuren und Freien erreicht werden. Und ob die avisierten Absenkungen etwa beim Urlaubsgeld ein taugliches Mittel sind, um junge Leute auch in Zukunft für diesen Beruf zu begeistern, ist durchaus fraglich (S. 25).

In ähnlichem Fahrwasser oder besser gesagt auf Crashkurs befindet sich derzeit offenbar der WDR (S. 16/17). Millionenschwere Haushaltslöcher wurden dieser Tage prognostiziert. 500 Stellen sollen abgebaut werden. Programmabstriche sind angezeigt. Vor allem auch für Freie keine guten Aussichten. Und all das, obwohl zum jetzigen Zeitpunkt kein Mensch seriös angeben kann, wie hoch genau die Beitragseinnahmen des Senders bis 2016 ausfallen werden. Gewerkschaften und Personalräte fordern Alternativen, um die personelle Ausblutung und Verschlechterung der Programmqualität zu verhindern.

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Kritik an Durchsuchung

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di hat die Durchsuchungsaktion in den Redaktionsräumen der Echo-Medien in Darmstadt am 24. Juni scharf kritisiert. Laut eigenem Bericht von Echo online hatte die Staatsanwaltschaft die Durchsuchung aller Geschäfts- und Nebenräume der Echo-Zeitungen angeordnet und letztlich die Daten eines Internet-Forennutzers beschlagnahmt.

Als „erneut ungeheuerlichen Vorgang und völlig überzogen", kritisiert der dju-Vorsitzende Ulrich Janßen die Aktion der Ermittlungsbehörden. Janßen verwies auf einen ähnlich gelagerten Fall, der sich vor einem Jahr bei der *Augsburger Allgemeinen* ereignet hatte und später durch ein Urteil als rechtswidrig eingestuft wurde. **Red.** ■

Aus für Service-Center

Die Madsack-Mediengruppe schließt sein Kunden-Service-Center in Hannover. Nach mehr als 120 Streiktagen ist das „die zynische Machtdemonstration eines Konzerns, der seine Gewinnmargen durch Tarifflucht und Niedriglöhne sichern will", sagte ver.di-Vize Frank Werneke. Rund 90 Beschäftigte, die für die *Hannoversche Allgemeine* und andere Konzernzeitungen den Telefonservice für Anzeigenkunden und Abonnenten erbringen, verlieren nun ihren Arbeitsplatz. Die Auseinandersetzung im Hannoveraner KSC ist der längste Streik, der jemals in einem deutschen Zeitungskonzern geführt wurde. Erst nach mehr als 80 Streiktagen war die Geschäftsführung bereit, mit ver.di Tarifverhandlungen zu führen. Sie wurden jedoch bald abgebrochen, da es keinerlei Einigungswillen gab. **wen** ■

Neutralitätspflicht?

Debattenbeitrag zum Thema „Journalist und Aktivist" in M 1/2014 und 3/2014

Die Redakteure der *Zeit Online*, Kai Biermann und Patrick Beuth, werfen dem Journalisten Gleen Greenwald vor, er habe es an der notwendigen Distanz zu „Aktivisten und Bürgerrechtlern" fehlen lassen und sich mit ihnen „gemein" gemacht. Weiter heißt es: „Kann jemand gleichzeitig Journalist und Aktivist sein? Der eine soll beobachten und beschreiben, der andere soll kämpfen und überzeugen."

Die Fülle der Diskussionsbeiträge zeigt, dass Meinungs- und Redefreiheit selbst nach nunmehr zwei Generationen Bundesrepublik noch nicht verinnerlicht sind. Sonst müsste man nicht so viele Worte darüber verlieren. Aufschlussreich ist nicht nur die Wahl der Worte der *Zeit*-Redakteure. Viel aufschlussreicher erscheint mir das „soll": Wer setzt denn fest, was ein Journalist „soll"? Der Chefredakteur von *Zeit Online* Jochen Wegner sieht die Funktion eines Journalisten darin, nach Wahrheit zu streben – wie ein Wissenschaftler. Der Bezeichner, unter dem Wegners Beitrag abgelegt ist, nämlich „greenwald-journalismus-aktivismus-neutralitaet", zeigt auf den Kern der Debatte: Die Forderung nach „Neutralität".

Neutralität und Wahrheit sind nach Biermann, Beuth und Wegner die Kriterien, an denen das Wirken eines Journalisten gemessen werden soll. Das klingt vernünftig. Sind wir nicht alle dieser Meinung? Das Einzige, das uns daran stört, sind doch nur die Konsequenzen. Sonst hätte die Debatte doch gar nicht so ausufern müssen. Der Bundespräsident hat doch auch eine Neutralitätspflicht! Diese wurde jetzt zur Grundlage einer Klage. Möge er doch schweigen – und Greenwald dazu!

Die gesamte Debatte ist müßig. Denn die Forderung nach „Wahrheit" und „Neutralität" sind Totschlagargumente gegen die Rede- und Meinungsfreiheit. Einfach deshalb, weil „Neutralität" eine unerfüllbare, nicht einmal denkbare Forderung ist. Das Gleiche gilt für die Forderung nach „Objektivität" und die Suche nach der „Wahrheit". Versuchen Sie es selbst! Es ist ganz einfach: Versuchen Sie einmal die Kriterien zu benennen, mit denen man feststellen kann, ob eine Aussage „neutral" ist. Oder ob sie „objektiv" ist. Oder „die Wahrheit" ist. Ein Handeln ohne ein WARUM, ohne eine Funktion ist nicht möglich. Das WARUM, die Funktion „liefert" auch die Kriterien, mit denen wir das Ergebnis unseres Handelns überprüfen können.

Greenwalds inkriminiertes „wir" kann nur ein Anfang gewesen sein. Von einem Journalisten erwarte ich Aufrichtigkeit. Dazu gehört an erster Stelle, dass er sein WARUM offenlegt. Selbstbestimmt entscheiden kann ich mich nur, wenn ich weiß, welchen „Stellenwert" eine Information besitzt.

Von unschätzbarem Wert. Die Medien sind unverzichtbarer Bestandteil einer Demokratie: Sie sind die Vierte Gewalt. Die Forderung nach Neutralität macht nicht nur die Medien mundtot: Sie nimmt mir auch meine Freiheit. Dass zum Beispiel Schülerzeitungen nicht der Aufsicht und der Verfügungsgewalt der Schule unterliegen, ist für die Sozialisation der Schülerzeitungsredakteure von unschätzbarem Wert. Denn unser System Schule kennt kein Selbstbestimmtes Lernen, sondern verlangt Anpassung an die Anforderungen, die den Lehrern über die Bürokratie von der Politik vorgeschrieben werden.

Ich darf auch nicht fragen müssen, wie Wolfgang Michal auf carta.info sinngemäß vorschlägt: „Existiert ein Notstand, der diese ungewöhnlichen journalistischen Herangehensweisen rechtfertigt?" Selbst Wolfgang Michal scheint in seinem lesenswerten Beitrag Neutralität für möglich zu halten: „Aktivistische Journalisten begnügen sich nicht mit neutralen Beschreibungen." Die ursprüngliche Unmöglichkeit von „Neutralität" und „Objektivität" müssen wir noch verinnerlichen und über das Gewusst-wie des Wissenschaffens noch intensiver nachdenken.

Hans-Josef Heck, Remscheid ■

Weiterlesen

Hans-Josef Heck
„Neutralität – oder – Meinungsfreiheit?"
www.mit-vernunft.de/freiheit-und-vernunft/
mit vier Links zu den Themen „Neutralität, Wahrheit, Objektivität, Überprüfbarkeit"

Wolfgang Michal
Die Angst der deutschen Journalisten vor dem Aktivismus
www.carta.info/68699/die-angst-der-deutschen-journalisten-vor-dem-aktivismus

Briefe

Wir freuen uns über Briefe. Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen. Wir bitten dafür um Verständnis.

ver.di
Bundesverwaltung
Karin Wenk
«M»-Redaktion
10112 Berlin

Tel: (030) 69 56 23 26
E-Mail:
karin.wenk@verdi.de

Einseitigkeit durchschaut

M 4.2014 „Shitstorms und Propaganda"

Vielen Dank für die ausgezeichnete Kolumne, die Günter Herkel zur Ukraine-„Berichterstattung" im Großteil der deutschen Medien geschrieben hat. Er bringt auf den Punkt, was mich seit mehr als einem halben Jahr empört: wie einseitig vielfach die Darstellung der Vorgänge erfolgt ist (und immer noch erfolgt). Und er zeigt die Strukturen und Netzwerke, über die eine derartige Formierung der Meinungsbildung erfolgt.

Erfreulicherweise haben offenbar viele Leser und Zuschauer diese Einseitigkeit durchschaut und das auch geschrieben. In den Redaktionen der großen Zeitungen und Sender hat das wohl zu erheblicher Irritation geführt – auch bei der ARD (siehe das Interview mit Gabriele Krone-Schmalz am 17.4. im NDR). Auch ich habe beim „Ersten" gegen die tendenziöse Darstellung protestiert – am 3. Mai, dem Tag, als die Kiewer „Übergangsregierung" mit dem Militäreinsatz im Osten begann und Günter Jauch seine Sonntagsrunde unter das Thema stellte „Kriegsgefahr in Europa – Ist Putin noch zu stoppen?". Eine Antwort habe ich nicht bekommen. **Gert Hautsch, Frankfurt am Main** ■

Nicht alle in einen Topf werfen

M 4.2014 „Shitstorms und Propaganda"

Wenn das alles so einfach und klar zu werten wäre, wie es Günter Herkel in seiner „kommentierten Presseschau zur Ukraine-Berichterstattung deutscher Medien" suggeriert. … Es gibt auf der Welt kaum einen größeren Konflikt in den letzten Jahrzehnten, der von Kommentatoren wie es auch Günter Herkel zu sein scheint, nicht von den ‚westlichen Eliten' direkt oder indirekt aufgeheizt worden ist. Dass es diese Interessen gab und gibt, kann wohl niemand bezweifeln, der einigermaßen die Augen und Ohren noch offen hat. Als vor Jahren bei den ersten größeren Demonstrationen auf dem Maidan über Nacht die Massen mit orangenfarbenen Fähnchen, T-Shirts und Mützen dem Freiheitsengel Timoschenko zujubelten, fragte man sich schon, woher diese Demonstrationssouvenirs so schnell kamen. Auch die schnelle und auch arrogante Präsenz einiger westlicher Politiker während der Demonstrationen auf dem Maidan im Frühjahr 2014 ist ja nicht nur spontan erfolgt. Trotzdem überzeugt mich der Kommentar von Herkel nicht, weil er mit einer sehr vorgefassten Meinung alle Kommentatoren und Korrespondenten deutscher Medien in den Topf „westlicher Propaganda" wirft. Ich habe in der von mir vornehmlich gelesenen *Süddeutschen Zeitung* nicht ausschließlich die Leitartikel des Auslandschefs gelesen, sondern auch die differenzierten Reportagen etwa eines Tim Neshitov. Von Herkel dazu kein Wort. Und es fällt mir auch schwer, die Berichterstattung zum Beispiel des Deutschlandfunks eindeutig in die Schublade angeblicher einseitiger „West-Propaganda" zu stecken. … Ebenso vollkommen verschwiegen wird die hanebüchen einseitige Berichterstattung in russischen Medien wie sie uns von Russisch sprechenden Korrespondenten oder Publizisten übersetzt worden ist. … Nach allem was ich dank der Arbeit von Korrespondenten weiß, würde ich Putin auch nicht als ‚Kriegstreiber' in dem aktuellen „Ukraine-Konflikt" titulieren. Mit dem Wissen aber um den Umgang der derzeitigen russischen Nomenklatura mit unabhängigen Journalisten, fällt es mir auch schwer, ausgerechnet Putin als einen ‚Friedenstreiber' zu bezeichnen, wie es unterschwellig in dem sehr diskussionswürdigen Kommentar von Günter Herkel anklingt. …

Carl Wilhelm Macke, München ■

Foto: Tobias M. Eckrich

Unter dem Motto „Freiheit statt Angst" protestierten mehr als 15 000 Menschen am 7. September 2013 am Berliner Alexanderplatz gegen die Überwachung von Geheimdiensten, Behörden und Firmen

Freiheit statt Angst am 30. August

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine Demo „Freiheit statt Angst" geben. Der „Aufreger", der dieses Demobündnis 2006 zusammengeführt hatte, die Vorratsdatenspeicherung, ist zwar hoffentlich bald Geschichte, doch mit dem Geheimdienstskandal und vielen weiteren Datensammelprojekten sind sehr wichtige Themen dazu gekommen, die wir mit der gleichen Ausdauer und Empörung angehen wollen. Dass diese Strategie sich langfristig auszahlt ist, seit dem europäischen Ende der Vorratsdatenspeicherung, klar.

Deshalb sind alle aufgerufen, am 30. August auf die Straße zu gehen und zu fordern: „Aufstehen statt Aussitzen".

Weitere Infos unter http://freiheitstattangst.de

Vor dem Bundeskongress

Bis zum Herbst finden viele Konferenzen auf allen ver.di-Ebenen statt

Noch sind es rund 13 Monate bis zum nächsten ver.di-Bundeskongress im September 2015, doch die Vorbereitungen sind bereits angelaufen. Termine für Fachgruppen-, Fachbereichs-, Bezirks- und Landesbezirkskonferenzen müssen gefunden, Delegierte und Vorstände neu gewählt werden.

Foto: Christian v. Polentz

Mitbestimmung kann auch Spaß machen – Wahlen auf der Bundesfachgruppenkonferenz der Fachgruppe Medien im Februar 2011 im Haus der ver.di Bundesverwaltung

Auch für die Fachgruppe Medien läuft der Countdown – die Bundesfachgruppenkonferenz findet am 21. und 22. Februar 2015 in Berlin statt, die dju in ver.di beginnt mit ihrer Berufsgruppenkonferenz bereits einen Tag früher. Und auch hier gilt: Die demokratische Willensbildung über Anträge und Mandate hat bereits begonnen. Jetzt müssen die Vorstände der Senderverbände im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in ihren Mitgliederversammlungen Rechenschaft ablegen, Anträge beraten und ihre Vorstände neu wählen.

Bis zum Herbst dieses Jahres müssen die Gliederungen der dju, die vier Filmverbände, ggf. die Kinosäule und die nicht verbandsgebundenen Bereiche der Fachgruppe Medien ihre Konferenzen auf der Landesebene durchgeführt haben. Dort werden auch nach einem ausgetüftelten System unter der Maßgabe von Solidarität und Proporz die Delegierten für die Bundesfachgruppenkonferenz gewählt werden.

Die Mitglieder der Fachgruppe erfahren in aller Regel aus „M", wann und wo ihre Versammlung vor Ort stattfindet, oder fragen bei ihrem Landesfachbereich Medien nach (www.verdi.de).

Die Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen in ver.di finden nach Satzung alle vier Jahre statt. Die ersten – meisten betrieblichen – Versammlungen haben bereits stattgefunden. Die Tagesordnung der dju-Landeskonferenz Hessen gilt exemplarisch für alle Wahlkonferenzen.

Einladung zur Landeskonferenz der dju in ver.di Hessen

27. September 2014, 11 Uhr
im DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner Straße 69–77

Inhaltlich werden sich die Teilnehmer der Konferenz zunächst mit dem Umgang mit sozialen Netzwerken beschäftigen. Wird Social Media von Journalistinnen und Journalisten als wertvolles Arbeitswerkzeug gesehen oder als notwendiges Übel? Welche Chancen und Fallstricke bieten die sozialen Netzwerke? Helgo Ollmann, Trainer und Dozent für Mediengestaltung und Mediennutzung, wird nach einem kurzen Überblick über die sozialen Netzwerke, auf die besonderen Belange von Journalistinnen und Journalisten eingehen.

Ablauf:
11.00 – 12.30 Uhr: Social Media – Chancen und Fallstricke;
12.30 – 13.00 Uhr: Mittagspause;
13.00 – 15.30 Uhr: dju-Landeskonferenz;
16.00 – 17.00 Uhr: Delegiertenkonferenz Fachgruppe Medien

Tagesordnung dju-Landeskonferenz Hessen
1) Eröffnung und Begrüßung
2) Wahl Tagungspräsidium
3) Beschlussfassung über die Tagesordnung und die Geschäftsordnung
4) Wahl der Mandatsprüfungskommission und der Wahlkommission
5) Bestätigung Antragskommission
6) Rechenschaftsbericht des Landesvorstands
7) Aussprache
8) Entlastung des Landesvorstands
9) Nominierungen und Wahlen
a) dju-Landesvorstand
b) Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur dju-Bundeskonferenz, Nominierung der Delegierten zur Bundesfachgruppenkonferenz und Nominierung von Vertretern für den dju-Bundesvorstand und den Bundesfachgruppenvorstand Medien
c) Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Tarifkommission
d) Nominierung der dju-Delegierten und -Ersatzdelegierten für die Landesfachbereichskonferenz des Fachbereichs 8 und Nominierung von dju-Vertreter/innen für den Landesbezirksfachbereichsvorstand
e) Nominierung der dju-Kandidaten bzw. -Kandidatinnen für die Bundesfachbereichskonferenz
f) Wahl der Delegierten für die Versammlung Landesfachgruppe Medien
10) Antragsberatung und Beschlussfassung
11) Verschiedenes

Mitglieder sind berechtigt, Anträge zu stellen. Diese müssen so aufgebaut sein, dass Zweck und Adressat erkennbar sind und vor der Begründung stehen. Anträge müssen spätestens bis zum 19. September 2014 beim Landesvorstand der dju eingegangen sein.
Nach dem 19. September 2014 können noch Initiativanträge gestellt werden. Sie müssen von mindestens 10 Prozent der in der Versammlung anwesenden Mitglieder unterschrieben und am Konferenztag vor Abschluss des Tagesordnungspunktes 5 bei der Versammlungsleitung eingereicht sein. Initiativanträge sind Anträge, deren Inhalt sich auf Ereignisse und Dinge bezieht, die erst nach der Antragsfrist vom 19. September 2014 offenkundig wurden.

Anmeldungen zur Konferenz sind aus organisatorischen Gründen erwünscht.
Bitte bis zum 19. September per Mail an den Fachgruppenvorstand senden:
anja.willmann@verdi.de.

Einladung zur Landesdelegiertenkonferenz der Fachgruppe Medien im ver.di-Fachbereich 8 im Landesbezirk Hessen

Mit der Einladung zur dju-Landeskonferenz wird gleichzeitig die Einladung zur hessischen Landesdelegiertenkonferenz der Fachgruppe Medien versandt. Diese findet im Anschluss an die dju-Landeskonferenz

am 27. September 2014, um 16 Uhr
im DGB-Haus in Frankfurt/Main

statt. Die insgesamt fünf Delegierten der dju Hessen werden zuvor auf der dju-Landeskonferenz gewählt.

Einladung zur Versammlung der Mitglieder der Fachgruppe Medien aus den Fachgruppenbereichen privatwirtschaftlich organisierte elektronische Medien, Film und Kino (Hessen)

27. September 2014, 13 Uhr
im DGB-Haus Frankfurt/Main

Die Anträge der Mitglieder müssen spätestens bis zum 1. September bei der Landesfachbereichsleitung eingegangen sein. Nach dem 1. September können noch Initiativanträge gestellt werden.

Einladung zur Landesfachgruppenkonferenz Medien Rheinland-Pfalz/Saarland

Am 20. September, 10.30 Uhr
im ver.di Haus, Münsterplatz 2–6, 55116 Mainz

Referent: Frank Neckel (SWR, Crossmediales Angebot - „Jugendkanal")

Einladung an alle Mitglieder der Fachgruppe Medien in Niedersachsen-Bremen

Am 20. September 2014, 13.30 Uhr ver.di-Höfe, Goseriede 10, 30 159 Hannover (Rotation).

Zuvor findet um 10.30 Uhr die dju-Landesdelegiertenkonferenz statt.

Anträge zur Versammlung sind spätestens bei zum 29. August einzureichen.

Anmeldungen für die Versammlung erbeten unter FB08.NDS-HB@verdi.de; wer vor Beginn am Mittagessen teilnehmen möchte, gebe das bitte in der Anmeldung an.

Einladung zur Landes-Mitgliederversammlung der dju/SWJV Baden-Württemberg

am 20. September 2014 von 10 bis 17 Uhr,
im Bürohaus Theodor-Heuss-Str. 1/Theo1
(ehemals ÖTV), 70174 Stuttgart

Einladung zu drei Konferenzen in NRW

Kino Mitgliederversammlung NRW
am 27. September 2014 um 10.30 Uhr

dju-Delegiertenkonferenz NRW
am 27. September 2014 um 10.30 Uhr

Delegiertenkonferenz FG Medien
am 25. Oktober 2014 um 10.30 Uhr

Alle diese Veranstaltungen finden statt im
Landesbezirk NRW, Karlstr. 123–127,
40210 Düsseldorf

Einladung zu den Mitgliederversammlungen dju und Fachgruppe Medien in den Landesbezirken Hamburg und Nord

Am 6. September 2014 in Hamburg,
NDR Rothenbaum, Rothenbaumchaussee 132,
Großer Sitzungsaal (Zugang über den Haupteingang).

10.30 Uhr: dju-Mitgliederversammlung
12.00 Uhr: Mitgliederversammlung der Fachgruppe Medien

ver.di
Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft

Viele gute Ideen wehen mit dem jüngst aufgekommenen Gründerwind in die deutsche Medienlandschaft ein: Es herrscht – vor allem seit vorigem Jahr – endlich die Aufbruchstimmung, von der Medienwissenschaftler seit Jahren schreiben. Doch wer innovativ sein will, braucht einen langen Atem und ein dickes Fell.

Von Carolin Neumann

Aufbruchstimmung im Journalismus

Viele Informationen schwimmen in der Flut des Angebots. Leuchtbojen des Online-Journalismus ersparen planloses Surfen.

Es war ausgerechnet ein Freitag, der 13., an dem das bislang größte journalistische Crowdfundingprojekt Deutschlands zu Ende ging. Fast eine Million Euro nahmen die „Krautreporter" (S. 10) ein. Ihr Plan: ein von Werbung und ihren Zwängen freies Magazin für Qualitätsjournalismus. Gemessen am Stand noch wenige Tage vorher hätte die Finanzierungsphase an diesem Unglücksdatum ganz anders ausgehen können. Mindestens so bemerkenswert wie der erfolgreiche Endspurt war die Vielzahl der negativen Stimmen: Die Macher wurden als überheblich, ihre Idee als langweilig und die Präsentation als schlecht durchdacht kritisiert. Unterwältigte Journalisten sagten dem Projekt bereits das Scheitern voraus, bevor die erste Crowdfunding-Woche vorüber war.

Scheitern zur Tugend machen. Motiviert durch neue digitale Möglichkeiten und/oder frustriert von den etablierten Verlagen, verlassen Journalisten ihr vertrautes Terrain und gründen selbst Medienunternehmen. „Substanz" (S. 11) ist eine solches. Nachdem sie gemeinsam erst die *Financial Times Deutschland* und kurz darauf den *New Scientist* zu Grabe getragen hatten, gossen Georg Dahm und Denis Dilba ihre Frustration in ein eigenes Produkt: ein komplett digital gedachtes, populärwissenschaftliches Magazin, das sie durch einen Mix aus Eigenkapital, Investments und Crowdfunding-Spenden aufbauen.

Die Möglichkeit, das Ganze vor die Wand zu fahren, ist ihr steter Begleiter und sogar in ihren Firmennamen Fail Better Media GmbH übergegangen. Den-

Links zum Thema:

- www.krautreporter.de
- www.failbetter.biz
- www.hostwriter.org
- www.wasistindie.de
- www.propublica.org
- www.nytimes.com/projects/2012/snow-fall
- www.jungundnaiv.de
- www.crowdspondent.de
- www.mywebwork.de
- editionf.com
- urbanjournalism.de
- www.miz-babelsberg.de
- www.vocermedialab.org
- www.torial.com

Foto: picture-alliance / dieKLEINERT.de / Thomas Escher

noch – oder gerade: deswegen – ist nach wenigen Minuten Gespräch mit den beiden klar: Sie würden lange für ihr „Baby" kämpfen, bevor sie auch nur darüber nachdenken, es aufzugeben.

Diese Leidenschaft scheint den Verlagen irgendwo im Zahlendickicht abhanden gekommen zu sein. Stattdessen gründen vielerorts erfahrene Lokaljournalisten Online-Nachrichtenmagazine. Nicht ohne Erfolg! Ein Beispiel dafür ist *hh-mittendrin* aus Hamburg (S. 12). M berichtete in der Serie Schon entdeckt? u.a. über „das Marburger" (M 8/2012). Die Verlage, vor allem im Zeitschriftenbereich, werfen derweil ein Heft nach dem anderen auf den Markt, vor allem bunten Unsinn. Zeit, sich zu entwickeln, bekommen die Redaktionen jenseits der ersten Quartalssbilanzen allerdings selten. Während also die Verlage ihre Experimente gefühlt im Monatsrhythmus wieder einstampfen, floriert der Markt der Indie-Magazine. Die tragen dann hippe Namen wie *Päng*, *The Germans*, *Missy Magazine* oder *Die Gazette*. Geschichtenerzähler werden hier zu unabhängigen Verlegern, die Inhalte vor Profit stellen. Dadurch bleiben ihre Kreationen zwar häufig ein Investitionsgeschäft. Doch jedes einzelne Magazin verleiht dem bedruckten Papier neue Eleganz in Zeiten und Zielgruppen, wo alle den Untergang von Print beschwören.

Indie-Magazine sind ein so spannender Bereich, dass sie jetzt sogar ihre eigene Messe bekommen: die Indie Con in Hamburg Anfang September. Solche Live-Formate, wo innovative Macher sich austauschen, gewinnen an Popularität und Bedeutung. Seit langem ist Deutschlands Medienbranche geprägt von bedeutungsschweren Zeitungsdiskussionen, ausgeführt in Elefantenrunden wie bei den Münchener Medientagen. Nun drängen auch in diesem Bereich Neuankömmlinge nach vorne: Die Breaking Journalism Konferenz, seit einigen Jahren das Scoopcamp oder jüngst der VOCER Innovation Day überlassen den Wagemutigen, Unabhängigen der Branche das Wort und schaffen so dringend notwendige Vorbilder.

Unternehmerisch denken. Wagemutige Vorbilder wie Tamara Anthony, Tabea Grzeszyk und Sandra Zistl hoben 2013 „hostwriter" aus der Taufe. Über Jahre hatten die drei ihre Vision einer internationalen Plattform für Kollaboration unter Reportern mit sich herumgetragen. Dank Stipendien und Stiftungsförderung ging hostwriter.org nun im Mai an den Start und kann bereits erste Erfolgsgeschichten journalistischer Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg vorweisen. Das Unternehmertum, sagt Grzeszyk, sei eine der schwersten Lektionen gewesen, die sie auf dem Weg dahin lernen mussten.

Innovation kann man nicht lernen, unternehmerisch zu denken schon. In den USA ist deshalb „Entrepreneurial Journalism" auf dem Vormarsch. Hierzulande hadern Journalisten noch damit, mehr als ihre klassischen Fähigkeiten und Ideale zu benötigen. Sie würden sich wundern, wie oft sich angehende Journalisten noch kurz vor Studienende nichts sehnlicher wünschen als mal für die „Seite 3" zu schreiben. Mit dem Start ins Berufsleben folgt nicht selten das jähe Erwachen, denn die Vorbereitung auf den sich verändernden Markt beschränkte sich in den meisten Fällen auf Seminare dazu, wie man ein Exposé schreibt und verkauft. Wie kann man sich heute alternativ finanzieren? Was ist Innovation? Wie gründet man ein Unternehmen? Was bedeutet Führung? Fragen, die jedes Journalismusstudium darüber hinaus beantworten sollte.

Der Tunnelblick nach New York. Sicher, an dieser Stelle können wir uns noch einige Scheiben bei den Amerikanern abschneiden. Aber nur weil der erste Blick immer in die USA geht, zu *ProPublica* und *Snowfall*, heißt das noch lange nicht, dass nicht auch bei uns viel passieren würde. Auch wir haben preisgekrönten Datenjournalismus, Querdenker wie Stefan Plöchinger, Experimentierer wie Thilo Jung („jung und naiv") oder das „Crowdspondent"-Duo Steffi Fetz und Lisa Altmeier, Allrounder wie Daniel Fiene, junge Medienunternehmerinnen wie Susann Hoffmann und Nora-Vanessa Wohlert („Edition F"), spannende neue Ideen wie „Urban Journalism". Allein die Anzahl der Formate, die im Netz kursieren und die oft als journalistisches Hobby beginnen werden, könnte diese Seite füllen. Also Schluss mit dem Tunnelblick! Eine Perspektiverweiterung wäre nicht zuletzt deswegen angebracht, weil der US-amerikanische Markt als Vorbild kaum taugt: Seine Zeitungslandschaft ist mit unserer nicht zu vergleichen. Seine Zielgruppen nicht. Seine Erlösmodelle nicht.

Nehmen wir allein den berühmten „dritten Weg", der in Amerika den investigativen Journalismus am Leben erhält. Paul Steiger, Gründer des Vorzeigebeispiels *ProPublica*, hat mal gesagt, es müsse doch auch in Deutschland einige Milliardäre geben, die ein Interesse an Journalismus haben. Doch bislang machen die Mäzene im Medienbereich kaum von sich reden. Konrad Schwingenstein, ehemaliger Gesellschafter beim Süddeutschen Verlag und Investor in das Journalisten-Netzwerk Torial (S. 14), ist da auch schon der einzige Name, der auf Anhieb einfällt.

Quo vadis also, deutscher Journalismus? Es tut sich was! Nicht zuletzt durch konkrete Förderprogramme wie das Medieninnovationszentrum Babelsberg oder das VOCER Innovation Medialab wagen junge Medienmacher Experimente. Sie nehmen sich ein Beispiel an der florierenden Tech-Start-up-Szene und scheinen, wenn auch nur sehr langsam, die tief sitzende Angst vor dem Scheitern zu überwinden.

Foto: Fotolia / PureSolution

Das Nummer-eins-Problem jedoch bleibt: Woher kommt das Geld? Eine Frage, die häufig noch ignoriert wird: „Hostwriter" etwa wurde als Non-Profit-Unternehmen gegründet, seine Macherinnen verdienen noch keinen Cent.

Aus wirtschaftlicher Sicht mag dieser Rat eine Todsünde sein, aber: Bitte, liebe Journalistinnen und Journalisten, hört nicht damit auf! Wenn wir auf die eine Idee warten, die sich trägt und von der wir leben können, werden wir den deutschen Journalismus nie auf den Kopf stellen. Finanziert eure Verrücktheiten quer. Sucht euch alternative Einnahmequellen, ehrenamtliche Helfer. Nutzt die Kraft der Crowd im Netz. Seid mutig. ■

Die Autorin Carolin Neumann hat das VOCER Innovation Medialab mit aufgebaut und ist dort Geschäftsführerin.

Krautreporter mit 17.000 Abonnenten

Täglich eine Handvoll gut recherchierter Beiträge und werbefrei

Foto: Facebook / Krautreporter

Am Ende wurde es knapp. Drei Tage vor Ablauf der selbst gesteckten Frist fehlten noch 3.000 Unterstützer und einige Hunderttausend Euro Einlage. Aber mit Hilfe einiger Großabonnenten – allein die Rudolf-Augstein-Stiftung nahm 1.000 Abos ab, investierte somit 50.000 Euro – konnte am 13. Juni Vollzug gemeldet werden. Das *Krautreporter*-Magazin kommt.

https://krautreporter.de

Ausgangspunkt war der Leidensdruck einiger freier Journalisten. „Der Online-Journalismus ist kaputt" – mit dieser These hatte *Krautreporter*-Gründer Sebastian Esser sich nicht nur Freunde gemacht. Die Fundamentalkritik behauptet jedoch nicht die Abwesenheit von journalistischer Qualität im Netz. Vielmehr bezieht sie sich auf die konkreten Bedingungen, unter denen Online-Journalisten heute produzieren (müssen). Renditeorientiertes Wirtschaften von Verlagen, das Starren auf möglichst hohe Klickzahlen, die nach wie vor schwache Position der Onliner in der Verlagshierarchie – all dies sorgt dafür, dass Qualitätsprodukte im Netz eher abseits der großen verlegerischen Marken aufzuspüren sind.

Krautreporter will das ändern. In Form eines Online-Magazins, das täglich eine Handvoll gut recherchierte Beiträge publiziert, unabhängig von verlegerischem Druck und werbefrei. Ganz ohne feste Strukturen wird es nicht gehen. Als koordinierender Chefredakteur tritt Alexander von Streit, Herausgeber von *Vocer* und Ex-Redakteur von *Wired,* an den Start. Geschäftsführer ist Philipp Schwörbel, Gründer der hyperlokalen *Prenzlauer Berg Nachrichten*. Für die Konzeption und Außendarstellung zuständig ist Sebastian Esser, der bereits vor eineinhalb Jahren mit der Gründung der Crowdfunding-Plattform „Krautreporter" die Grundlagen für das jetzt anlaufende Projekt schuf.

Nicht die Katze im Sack. Die Redaktion? Das sind laut Selbstdarstellung im Netz „25 Reporter im Alter von 27 bis 61, die nicht mehr darauf warten wollen, dass die großen Medienunternehmen sich endlich trauen, echten Journalismus im Netz zu ermöglichen". Die Akteure wissen, wovon sie reden: Alle verfügen über reichlich Erfahrungen bei etablierten Online-Medien von *Spiegel* bis *Zeit Online*. Alle haben auch Spezialgebiete, aus denen sie ihre Reportagen entwickeln wollen. Abonnenten müssen nicht die Katze im Sack kaufen: Eine Themenvorschau liefert einen Vorgeschmack auf die Themen, die die Krautreporter als erstes angehen wollen. Rico Grimm etwa peilt eine Text- und Fotomontage über Siedler in Israel an. Andrea Hanna Hünniger plant in ihrer Heimat Thüringen eine „Nachspür-Reportage an den Geburtsort des Mördertrios" vom NSU. Und Medienkritiker Stefan Niggemeier will „bei einer besonderen Spezies von Volksvertretern" recherchieren, den Fernseh- und Rundfunkräten der öffentlich-rechtlichen Sender. Feste Ressortgrenzen soll es nicht geben, „weil sich die Welt manchmal nicht so leicht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft trennen lässt, bloß weil es das Layout einer Zeitung so vorsieht".

Abgesehen vom dreiköpfigen „Verwaltungsüberbau" gibt es keine festangestellten Redakteure, nur Pauschalisten. Der Großteil des für das erste Jahr gesammelten 900.000-Euro-Etats soll in den Honorartopf fließen. Bereits im September können die gut 17.000 Unterstützer überprüfen, ob die für das Jahresabo vorgestreckten 60 Euro gut investiertes Geld sind. Dann sollen die ersten Artikel online gestellt werden. Noch ist nicht klar, ob nur die Unterstützer Zugang zu den Texten haben sollen.

Von den Kollegen und Kolleginnen der etablierten Medien ernten die Online-Rebellen manche Solidaritätsadresse. Mitunter in milde Selbstkritik gekleidet. „Angesichts des Projekts Krautreporter", schrieben Carolin Ströbele und Kai Biermann auf *Zeit Online*, „müssen auch wir Redakteure uns die Frage stellen, ob wir die richtigen Prioritäten setzen." Onlineredaktionen seien einem stetigen Druck ausgesetzt, „am besten sollte die Analyse schon auf der Seite stehen, kurz nachdem die Eilmeldung im Ticker aufblinkte". Im täglichen Wettrennen um Aktualität wer-

de oft vergessen, „den Geschichten Raum zu lassen, die uns wirklich bewegen".

Nachdem die Anschubfinanzierung des Magazins gesichert ist, folgen nun die Mühen der Ebene. Etwa beim technischen Support. Bis zum Start im September muss eine Web-App her, „damit die Krautreporterseite in jedem Browser und Betriebssystem gleich gut funktioniert", sagt Herausgeber Esser. Zum „Stehsatz", der bis zum Herbst aufgebaut werden soll, können auch freie Autoren beitragen. Abonnenten sollen laut Esser sogar die Möglichkeit bekommen, zwecks Factchecking und Qualitätssicherung " im fast fertigen Text Anmerkungen zu hinterlassen".

Kein geringer Verdienst. Ob Krautreporter dem selbst gesteckten Anspruch, einen anderen Online-Journalismus zu schaffen, gerecht werden, müssen demnächst die Leser beurteilen. Auch dürfte es interessant sein, zu beobachten, ob es gelingt, über die engere Journalistenszene hinaus ein breiteres Publikum anzusprechen. Schon jetzt können sich die Krautreporter das Verdienst zuschreiben, eine überfällige Debatte munitioniert zu haben: Die Debatte über Relevanz und Qualität im Online-Journalismus, möglicherweise des Journalismus schlechthin. Fürwahr kein geringes Verdienst. Günter Herkel ■

Sebastian Esser

Alexander von Streit

Philipp Schwörbel

Fotos: Tivoli Entertainment / Frank Suffert

Wissenschaft mit Substanz

Geschichten mit Leidenschaft und Faktentiefe erzählen – Offenheit für Abseitiges

Screenshot: Failbetter.biz

Georg Dahm und Denis Dilba (r.)

Die Firma heißt „Fail Better" und ist „das Projekt zweier Magazinjournalisten mit zusammen 20 Jahren Berufserfahrung" (nebst einem Netzwerk erstklassiger Mitarbeiter), verrät die Homepage. Die beiden Macher Georg Dahm und Denis Dilba kokettieren in ihrer Projektdarstellung damit, als Totengräber bei der Bestattung „einiger großartiger Redaktionen" mitgewirkt zu haben. Dahm erlebte hautnah das bittere Ende der *Financial Times Deutschland*, Dilba das der deutschen Ausgabe des *New Scientist*. Jetzt wollen sie Deutschlands „erstes digitales Wissenschaftsmagazin" auf die Beine stellen.

www.failbetter.biz

Zwei Tage vor Ende der Crowdfunding-Kampagne Mitte März war das Mindestziel erreicht: 30.000 Euro, eingezahlt von 500 Unterstützern. So viele Menschen interessieren sich für das geplante digitale Magazin „Substanz". Motto: „Wissenschaft neu erzählt". Im konventionellen Online-Journalismus bestimmen Tagesaktualität oder Layout die Inhalte. „Substanz" bekennt sich zum Experiment. „Kein anderes Genre kann so sehr vom Digitalen profitieren wie der Wissenschaftsjournalismus", behauptet Georg Dahm. Wo sonst könne man mit den Möglichkeiten des Tablets spielen? Geschichten per Fließtext, mit Infografiken, Multimedia-Elementen, Filmen oder Slideshows bis hin zu Comics. Um auf diese Weise das schlechte Image zu korrigieren, das Wissenschaftsjournalismus in und außerhalb von Verlagen anhaftet: Zu alt, zu trocken, zu wenig attraktiv für Werbekunden. Für Dahm und seinen Ko-Gründer Denis Dilba ist der Gegenstand per se sexy. Allerdings nicht, wenn er in Salven von Science-News auf die Leserschaft abgefeuert wird. Alle paar Wochen eine Meldung über neue Erfolge der Antikrebsforschung – das hielten die Leser nicht aus. Die „Substanz"-Gründer wollen solche Themen zwar ebenfalls aufgreifen, aber gründlicher. Ganz ohne pädagogischen Anspruch geht es nicht: „Wir wollen auch erziehen, aber auf unterhaltsame Weise", bekennt Dilba. Zielgruppe sind nicht nur Schüler, Lehrer, Akademiker im weitesten Sinne, sondern „alle, die derzeit im Netz nach Niveau suchen".

Nach der Rekrutierungsphase sei jetzt „der erste Schwung Geschichten in Arbeit". Unter anderem aus den Disziplinen Luftfahrt, Astronomie, Hirnforschung, Archäologie, Teilchenphysik, Naturschutz, Toxikologie und Medizin – „Die Themenliste wächst ständig." Auch personell stehen die Zeichen auf Expansion. Die Layout-Abteilung wurde unlängst erweitert, ein Pauschalisten-Trio an Bord geholt, „mit dem wir jetzt den Redaktionsalltag einüben". Gesucht werden weiterhin „experimentierfreudige Autoren mit Rückgrat, Fachwissen und feinem Magazinhandwerk für große Wissenschaftsgeschichten, die mit Leidenschaft und Faktentiefe erzählt werden". Geboten werden neben „fairen Tagessätzen, Reisespesen und Umsatzbeteiligung" auch „Offenheit für Abseitiges". Nicht zu vergessen „Freigetränke ab dem dritten Beitrag".

Unterstützung gab es per Existenzgründungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit sowie der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Das Geld reicht allenfalls für den Start des Online-Magazins, danach müssen Abos her. Kein leichtes Unterfangen angesichts der bekannten Schnorrermentalität im Netz. Schon die 4,50 Euro, die der *New Scientist* pro Woche verlangte, mochten viele junge Leser nicht berappen. Mal sehen, was für „Substanz" geht. Günter Herkel ■

Foto: Carolin Weinkopf

Nora-Vanessa Wohlert und Susann Hoffmann (r.)

Smartes Netzwerk Edition F

Ein Wirtschaftsmedium mit weiblichem Blickwinkel

https://editionf.com

„Das digitale Zuhause für Frauen, die mehr wollen – im Job und im Leben" – so lautet der Claim der „Business-Lifestyle-Plattform EDITION F" (Selbstdarstellung), die am 8. Mai an den Start ging. Initiiert wurde sie von Kommunikationsmanagerin Susann Hoffmann (Ex-Scholz & Friends) und Nora-Vanessa Wohlert, Ex-Redaktionschefin von *Gründerszene*. Den Macherinnen schwebt ein „smartes Netzwerk" vor, einen Ort, an dem Frauen „meinungsstarke Geschichten aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft oder Kultur sowie Tipps für die eigene Karriere und Inspiration" finden können. Eine solche Plattform existiere bislang nicht. Die gängigen Frauenmagazine kreisten hauptsächlich um Themen wie Mode, Schönheit, Diäten und Partnerschaft. Den Wirtschaftsmedien wiederum fehle der weibliche Blickwinkel. „Frauen haben ein hohes Interesse an Business-Themen, aber die Perspektive und das Umfeld müssten anders sein, als das bisher der Fall ist", findet Gründerin Wohlert.

Das Projekt will mehr sein als nur ein Online-Magazin oder gar eine Art feministisches Gegenstück zum Krautreporter-Magazin. Daneben gibt es schon jetzt eine (registrationspflichtige) Community, in der die Edition-F-LeserInnen sich vernetzen und austauschen können. Im Sommer soll die Plattform um eine Jobbörse und einen „Marktplatz" erweitert werden. Die Redaktion besteht einstweilen aus zwei Redakteurinnen und einem Redakteur sowie diversen Freien.

Für die Anschubfinanzierung sorgten WestTech Ventures, Vogel Ventures, TV Plus, Simon Schäfer, Gründer des Berliner Startup-Campus „The Factory" sowie Jan Honsel, Ex-Verlagsleiter der Gruner + Jahr Wirtschaftsmedien. Künftig soll sich Edition F über Marketingerlöse, Stellenanzeigen und Premiumprofile finanzieren. Auch vor „Native Advertising", der jüngsten Verschleierungstechnik der Werbeindustrie, scheuen die Macherinnen nicht zurück. Native Advertising meint etwa gesponserte Interviews. Hoffmann gelobt allerdings, PR und Redaktionelles klar zu trennen. **kel** ■

Journalistischer Rohdiamant

Das lokale Online-Magazin hh-mittendrin ist dicht dran an den Menschen

Screenshot: hh-mittendrin

Es ist noch nicht die berühmte Tellerwäscher-Geschichte, aber ein Beispiel dafür, dass „Underdogs" den Etablierten Beine machen können. Wer in Hamburg-St. Georg einmal persönlich bei *hh-mittendrin* vorbeischaut, begegnet einem Low-Budget-Journalismus moderner Prägung mit alten Tugenden, und muss dem mutigen Handeln junger Medienaktivisten Respekt zollen.

„Mittendrin ist das Online-Nachrichtenmagazin für den Bezirk Hamburg-Mitte" – so wirbt das Portal für sich selbst. Es erfreut sich inzwischen einer stadtweiten wie überregionalen Beachtung. In einer Medienstadt wie Hamburg gibt es große Platzhirsche und ein paar wenige Anzeigenblätter. Man trifft auf eine an ihre Grenzen stoßende Großstadtberichterstattung, bei der sich augenscheinlich oberflächliche Betrachtungen und gänzlich nachrichtliche Vakanzen auftun – ein Zustand, der offenbar nur auf eine lokaljournalistische Wachküssung gewartet zu haben scheint. So jedenfalls beschreibt Dominik Brück von „hh-mittendrin" die Anfänge des crossmedialen Projekts.

„Alles begann eigentlich bei einem Frühstück im Sommer 2012", erinnert sich der 29-Jährige. Zusammen mit der heutigen Chefredakteurin Isabella David hatte er sich über den Umgang der bis dato vorhandenen Lokalmedien mit der Nachrichtenlage geärgert. Beiden fiel die fehlende Nähe der Medienmacher und ihrer Produkte zu ihren potentiellen Nutzern auf – in Hamburg Mitte wären das rund 300.000 Bewohner. Brück und David stellten dieses Manko vor allem bei der Politik fest, genau dort, wo diese vermeintlich noch am dichtesten an den Menschen dran ist, nämlich bei den Sitzungen und Beschlüssen in den Bezirksversammlungen und ihren Unterausschüssen. Statt dies nur zu monieren, war schnell klar, selbst aktiv zu werden. Und der Sprung ins kalte journalistische Wasser erfolgte am 18. September 2012. Was bescheiden mit einem Onlinetext pro Tag startete, hat sich zu einem Mini- bis beinahe schon mittelständischen Format entwickelt, das mittlerweile rund 4.000 Klicks pro Tag registriert.

hh-mittendrin.de

Was über eineinhalb Jahre noch im Nebenher-Freizeitmodus aus dem Brück-Wohnzimmer funktionierte, hat nun mit dem gerade erfolgten Umzug in eigene Räumlichkeiten eine weitere Stufe der Professionalisierung erfahren. *hh-mittendrin* operiert jetzt von 90 Souterrain-Quadratmetern aus. „Keiner von uns kann bisher allein davon leben", benennt Brück wirtschaftliche Zwänge. Das ver.di-Mitglied schämt sich beinahe dafür, dass er Autoren pro Beitrag derzeit nur maximal 20 Euro zahlen kann. Damit bleibt der Einsatz für das unter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts unternehmenstechnisch aufgestellte Projekt in erster Linie eine bis hin zur Selbstausbeutung gehende Herzensangelegenheit. Um die finanziellen Voraussetzungen zu verbessern, wird intern über die Gründung eines Fördervereins diskutiert, aber auch die Idee eines künftigen Genossenschaftsmodells ist noch nicht verworfen.

Die Redaktion setzt sich aus einem Kern von zehn Berichterstattern zusammen, insgesamt sind es rund 25. In den ersten Monaten noch kaum wahrgenommen oder belächelt, hat sich die Wertschätzung mittlerweile gewandelt. Bereits im März des Vorjahres fragte die Hamburger *taz*-Redaktion beim journalistischen Rohdiamanten nach einer Kooperation nach. Hamburgs *taz*-Redaktionsleiter Jan Kahlcke gibt unumwunden zu: „Wir profitieren, indem wir auf neue Themen aufmerksam werden", und lobt die Professionalität bei *hh-mittendrin*. Den jüngsten Brückenschlag gibt es mit der *Zeit Online*-Redaktion, die ebenfalls Texte der *hh-mittendrin*-Autoren auf ihre Website stellt und damit ihre nachrichtliche Präsenz in der Elbmetropole stärkt. Steffen Richter, redaktioneller Kopf beim neuen Hamburg-Teil von *Zeit Online*, lobt ebenfalls seinen Partner, der fundiert und sehr dicht an vielen Themen sitze. Man könne vielleicht für die Zukunft lernen, dass die Praxisausbildung in Redaktionsschulen näher am Objekt stattfinden müsse. Dafür sei ein lokal ausgerichtetes Medienmodell wie *hh-mittendrin* ein geeignetes Beispiel.

Nachrichtenvermittlung versteht das Hamburger Medienprojekt nicht als Einbahnstraße ausschließlich für Onlinetexte. In Echtzeit werden von Politiksitzungen oder Demonstrationen auch Liveticker, Livestreams und Twitternotizen abgesetzt. Der Bereich der Audio- und Videoberichterstattung soll nach Brücks Worten künftig sogar noch ausgebaut werden. Für ihn ist ohnehin klar: „Der Journalist von heute muss alle Medienvarianten beherrschen!" „Wir sind für alles offen. Einzig Blaulichtjournalismus, den gibt es bei uns nicht", lautet das Credo. Es gibt eine/n täglichen CvD, dazu Ressortleiter Politik, Kultur und „Buntes". Einmal pro Woche ist eine Leitungs- und Ressortleiterrunde angesetzt – klingt alles nicht super alternativ, und will dies auch gar nicht sein, denn, so Brück: „Ohne Strukturen geht es nicht!" Neid, dass die journalistische Konkurrenz inzwischen nach seinen Beobachtungen das Lokale ansatzweise wiederentdeckt, hegt er nicht, weil „wir immer wieder eine Geschichte haben werden, die noch nicht erzählt wurde." Das Modell *hh-mittendrin* ist beileibe kein Unikum. In der Hansestadt sorgen auch andere kleine Online-Projekte wie *wilhelmsburg-online.de*, *eimsbüttelernachrichten.de* oder *elbmelancholie.de* für eine journalistische Bereicherung. Das hat auch *Zeit Online* wahrgenommen und seit Anfang April mit all diesen eine Kooperation begonnen. Seitens *Zeit Online* spricht man dabei von einem „spannenden Experiment".

Dieter Hanisch ■

Dominik Brück

Isabella David

Fotos: hh-mittendrin

Orientierung mit Tame

Berliner Startup macht Twitter sinnvoll durchsuchbar

www.tame.it

Wer sich im Gewusel der sozialen Netzwerke zurechtfinden will, hat es nicht leicht. Das gilt speziell für den Kurznachrichtendienst Twitter mit seinen grob geschätzten 250 Millionen Nutzern. Orientierung liefert seit anderthalb Jahren „Tame", die erste Kontextsuchmaschine für Twitter. Tame ordnet Ergebnisse in übersichtlichen Relevanz-Rankings an und macht Twitter damit sinnvoll durchsuchbar – hilfreich auch bei der täglichen journalistischen Arbeit.

Bisherige Suchmaschinen und Twitter-Tools liefern meist nur chronologische Ergebnisse. Je nachdem, was der Nutzer sucht, werden schlicht die jeweils letzten Tweets zu einem bestimmten Thema angezeigt. „Es reicht aber nicht, nur Inhalte anzuzeigen", sagt „Tame"-Geschäftsführer Frederik Fischer. Angesichts hunderter täglich eingehender Twitter-Posts verliert der User schnell den Überblick. „Tame" basiert auf dem Prinzip, die wichtigsten News der jeweils letzten 24 Stunden zu bündeln. „In dieser Hinsicht funktioniert Tame wie Google News", erklärt Fischer. Auch dort werde für die wichtigsten Themen ein Ranking erstellt, die Nachrichten fließen nicht einfach chronologisch ein.

Wer auf Twitter zum Beispiel nach der Fußball-WM sucht, möchte eventuell nicht nur die aktuellsten Tweets zum Thema indiziert bekommen, sondern die wichtigsten Postings oder die Twitterer, die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Das kann Joseph Blatter sein, der sich zu den Misstrauensanträgen seiner Kritiker äußert oder das Magazin *11freunde*, weil es gerade eine witzige Analyse der Trends beim soeben beendeten Turnier veröffentlicht hat. „Tame" ordnet die Tweets in drei Kategorien: Erstens nach Inhalten,

also nach den populärsten Links, zweitens nach Themen, das heißt sortiert nach den verwendeten Hashtags. Die dritte Kategorie ermittelt die am häufigsten erwähnten User.

Zum Kernteam des Berliner Startups zählen neben Gründer Fischer noch Geschäftsführer Marco Buhlmann, IT-Mann Arno Dirlam und Marketingchef Torsten Müller. Die Initialzündung für ihr Projekt bekamen die Gründer während des „arabischen Frühlings" 2011. Damals avancierte die sozialen Netzwerke zu wichtigen Nachrichtenquellen, deren Output freilich häufig sehr unübersichtlich war (und ist), sowohl was Relevanz als auch Authentizität betraf. Hauptzielgruppe ihres Dienstes sind folglich jene Professionen, deren Akteure gezielt schnelle, aktuelle und relevante Informationen benötigen: Journalisten, Politikberater, Entscheider.

Gefördert wurde das Projekt unter anderem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie von der Industriebank Berlin. Zudem trugen per Crowdfunding Hunderte von Mikroinvestoren mit einer Viertelmillion Euro zur Anschubfinanzierung bei.

Fotos: tame.it

Frederik Fischer

Marco Buhlmann

Arno Dirlam

Mittlerweile hat „Tame" weltweit mehrere Tausende User. Darunter viele Journalisten und Medieninstitutionen. So nutzen die ARD, die BBC oder auch die *New York Times* den Dienst, um aus dem auf täglich eine halbe Milliarde Tweets weltweit geschätzten Gezwitscher wichtige Trends zu filtern. Geld verdient wird nach dem Freemium-Modell. Die Analyse der eigenen Twitter Timeline bleibt einstweilen kostenfrei. Für globale Suchen und weitere Funktionen gibt es Abomodelle ab 49 Euro pro Monat. **kel** ■

Torsten Müller

Visitenkarte durch torial

Portfolio-Plattform um der Anonymität des Marktes zu entkommen

https://torial.com

Es soll ja tatsächlich KollegInnen geben, die noch immer nicht über eine eigene Internetpräsenz verfügen. Gemeint sind weniger die Alpha-Journalisten und Edelfedern, die sowas nicht nötig haben. Eher die Digitalmuffel, die auch aufgrund einer gewissen Technik-Phobie freiwillig auf eine stärkere Profilierung im Netz verzichten. (Ich gehöre dazu.) Für diesen Personenkreis könnte „torial" perspektivisch die Rettung bedeuten.

„torial" will Journalisten und Angehörige artverwandter Berufe dazu animieren, der Anonymität des Marktes zu entkommen. Auf dieser Plattform sei es möglich, so versprechen die Betreiber, mit geringem Aufwand eine digitale Präsenz aufzubauen. Mit dem Ziel, Sichtbarkeit, Relevanz und Reichweite für die eigene journalistische Marke zu schaffen.

Journalisten können sich kostenfrei bei „torial" registrieren und eine persönliche Visitenkarte im Netz anlegen. Nach der Erstellung eines Profils mit den wichtigsten Daten zur Person gibt es eine Reihe von Optionen: So lassen sich Links erstellen, Videos einbetten, PDF-Dokumente eigener Texte hochladen. Das eigene Portfolio kann mit Feeds aus Blogs, Twitter, Flickr und Youtube verknüpft werden. Zugleich verfügt die Plattform über eine Netzwerkfunktion, die die Kontaktpflege mit anderen Kommunikationsprofis erleichtert. Der Vorteil gegenüber einer isolierten individuellen Homepage liegt auf der Hand: „Bei torial bist du Teil einer Relevanzplattform, im Web stehst du einfach auf irgendeiner Site", sagte Marcus Jordan, einer der beiden Geschäftsführer.

Screenshot: torial

Weitere Macher neben Jordan sind Konrad Schwingenstein, ehemaliger Gesellschafter beim Süddeutschen Verlag, und Hans-Peter Hösl, Gründer der Kommunikationsagentur Bloom. Ihnen schwebt eine Markt-Plattform vor, auf der Publizisten zielgenau die richtigen Autoren und die richtigen Inhalte finden. „Inhaltliche Inspiration, eine neue effektive Quelle für Recherche." Der Haken: die journalistische Zielgruppe ist einstweilen zu klein für eine erfolgreiche Kommerzialisierung etwa auf der Basis von Nutzungsgebühren. Ein funktionierendes Geschäftsmodell ist noch nicht in Sicht. Denkbar wäre eine Mischkalkulation aus Beiträgen institutioneller Nutzer (Verlage, Redaktionen, Agenturen) und Stiftungsgeldern oder öffentlichen Finanzierungen. Zu diesem Zwecke wird derzeit der Gang in die Gemeinnützigkeit geprüft. Auch die dju hat ihre Zusammenarbeit mit „torial" zugesagt.

kel ■

Marcus Jordan

Konrad Schwingenstein

Hans-Peter Hösl

Fotos: torial

Korrektiv zum Althergebrachten

Ulli Tückmantel mit Moderator Frank Überall und Lutz Feierabend (v.l.n.r.)

Stiftungen kümmern sich um journalistische Recherche- und Bildungsarbeit

„Die Zukunft des (investigativen) Journalismus" war die Medienversammlung 2014 überschrieben, die von der Medienkommission der Landesmedienanstalt Nordrhein-Westfalen (LfM) zusammen mit der „Initiative Qualität im Journalismus IQ", zu der auch die dju gehört, und dem Recherche-Förderprojekt „Investigate!" am 1. Juli in Düsseldorf veranstaltet wurde.

David Schraven, bis vor wenigen Wochen noch leitender Rechercheredakteur der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)*, nutzte die Tagung zur Vorstellung des jüngsten investigativen Start-Ups, der gemeinnützigen Rechercheredaktion „Correct!v". Die Zukunft seines investigativen Journalismus sieht Schraven in einer freien Redaktion, die von Stiftungsgeldern und Leserspenden finanziert wird. „Correct!v" will „Recherchen für die Gesellschaft" umsetzen und ein Bildungsprogramm anbieten, dass die Bürger informations- und transparenzmündiger machen soll. Finanziert wird die Redaktion in Essen zunächst drei Jahre mit je einer Million Euro von der Brost-Stiftung einer der beiden früheren Besitzerfamilien des Verlagskonzerns WAZ. Aus diesem ist inzwischen die Funke Mediengruppe geworden, im Besitz der zweiten Gründerfamilie um Petra Grotkamp. Mit dem Stiftungsgeld, einst im Verlag erwirtschaft, sollen jetzt arbeitsaufwändige Geschichten erzählt werden, die sich Medien heute nicht mehr leisten. In Kooperationen sollen sie an Verlage, Blogs sowie Radio und Fernsehen weitergereicht werden – kostenlos.

Fotos: FOX / Uwe Völkner

David Schraven

Um noch eine Stiftung ging es in der Auftaktdiskussion. Nach dem neuen Landesmediengesetz für Nordrhein-Westfalen, das kurz nach der Medienversammlung am 3. Juli vom Landtag beschlossen wurde, soll sie „die Vielfalt und Qualität von Journalismus im lokalen und regionalen Raum fördern", erklärte der Vorsitzende der LfM-Medienkommission Werner Schwaderlapp. Die LfM wird die Federführung übernehmen. Wie das aussehen könnte ohne die Konkurrenzprobleme zu provozieren, um die es schon aufgeregte Diskussionen gab, soll eine Konferenz im Herbst genauer definieren. Auf jeden Fall, so Schwaderlapp, müsse sie „staatsfern, wettbewerbsneutral, gemeinnützig" sein.

Werner Schwaderlapp

Über den „Journalismus unter digitalen Vorzeichen" haben Volker Lilienthal (Universität Hamburg) und Stephan Weichert (Makromediea Hochschule Hamburg) im vergangenen Jahr im Auftrag der LfM ausführlich geforscht. Erste Ergebnisse stellten sie vor, die gesamte Ausarbeitung soll im Herbst veröffentlicht werden. Als ein Resümee erscheint darin eine gewachsene Einsicht der Redaktionen, sich dem Leser digital mehr öffnen und das Feedback als wichtigen Teil der Arbeit werten zu müssen. Die Umsetzung sei vielerorts aber noch wenig professionell und werde den vielfältigen Möglichkeiten des Internets zu wenig gerecht.

Mangelnde Bindung zu den Lesern und Geringschätzung der Lokalredaktionen beklagte Alexander Völkel, früher Redaktionsleiter bei der inzwischen ohne eigene Redaktion auskommenden *Westfälischen Rundschau* als Grund für die nachhaltige Leserenttäuschung im Ruhrgebiet. Das Gegenteil ist das Ziel der „Nordstadtblogger" von ehemaligen Mitarbeitern der *Westfälischen Rundschau*. Der Lokalblog, den die „Nordstadtblogger" derzeit ehrenamtlich gestalten, soll nun zur Existenzgrundlage für die Macher ausgebaut werden, während die Redakteure noch von der Abfindungs-Lohnfortzahlung profitieren. Denn: „Lokale Inhalte sind es, die zu monetarisieren sind", sagte Völkel. Mit ihm diskutierten Lutz Feierabend vom *Kölner Stadtanzeiger*, der gespannt ist auf die Akzeptanz der frisch eingeführten Bezahlschranke, und Ulli Tückmantel, der gerade die halbe Redaktion der *Westdeutschen Zeitung* abbaut.

Alexander Völkel

Klaus Liedtke

Quer durch die Veranstaltung und besonders lebhaft in der Abschlussrunde zog sich die Diskussion, was denn eigentlich Journalismus qualitativ hochwertig mache. Tiefe? Schnelligkeit? „Ausgeruhtere Artikel" (Christian Fahrenbach von den derzeit omnipräsenten „Krautreportern")? Ethische Fundierung? Der gesellschaftliche Auftrag? Oder die Ausrichtung an den Wünschen der Leser, wie es der Düsseldorfer Professor Gerhard Vowe energisch befürwortete, denn „Millionen Bildzeitungsleser müssen auch eingebunden werden", und es der frühere *Stern*-Chefredakteur und Sprecher von „Investigate!" Klaus Liedtke ebenso heftig beklagte wegen der Tendenz der Medien „sich am unteren Massengeschmack zu orientieren".„Journalismus ist nicht nur Wirtschaftsgut, sondern auch Kulturgut", unterstrich Marlies Prinzing von der Makromedia Hochschule Köln, und Ulrike Kaiser von der Initiative Qualität forderte: „Aus und Weiterbildung ist das Thema der Zukunft. Bei Verlagen ist es zu untergeordnet, deshalb ist auch das eine Aufgabe für die neue Stiftung."

Susanne Stracke-Neumann ■

https://www.correctiv.org/
http://nordstadtblogger.de
www.lfm-nrw.de/
www.initiative-qualitaet.de
www.investigate-ev.net

WDR auf Crashkurs

Personalrat fordert „offene Diskussion" und einen Strategieplan

Gerade mal ein Jahr nach Dienstantritt schockt Intendant Tom Buhrow die WDR-Belegschaft mit einem radikalen Sparkurs. 100 Millionen Euro muss der Sender angeblich ab 2016 jährlich sparen, 500 Planstellen sollen bis 2020 wegfallen. Auch im Programm sind Abstriche geplant. Gewerkschaften und Personalräte fordern Alternativen, die personelle Ausblutung und Verschlechterung der Programmqualität verhindern.

Als Tom Buhrow im Juli 2013 Monika Piel im Amt des WDR-Intendanten ablöste, führte er sich mit einer populären Songzeile aus den 80er Jahren ein. „Ich bring die Liebe mit", warb der ehemalige „Tagesthemen"-Moderator mit dem Refrain des Neue-Deutsche-Welle-Hits „Codo" der Gruppe „Deutsch-Österreichisches Feingefühl" (DÖF) um das Vertrauen der Belegschaft.

Bereits 100 Tage später erschien das Liebesversprechen arg abgekühlt. Ein Kassensturz habe Bedrohliches ergeben, hieß es da plötzlich. Dem WDR gehe es schlecht, die Rücklagen des Senders würden bis Ende 2014 aufgebraucht sein. „Dann geht es in den Keller, da gibt es nichts schön zu reden", orakelte Buhrow im Oktober vergangenen Jahres. Bei einfacher Fortschreibung der aktuellen Rahmenbedingungen – keine höheren Beitragseinnahmen, rund zwei Prozent Inflation – so die interne Rechnung, werde man ab 2015 jährlich mit einem 61,3 Millionen-Defizit auf ein Haushaltsloch zusteuern. Horrorszenario bis 2022: ein Schuldenabgrund von 1,3 Mrd. Euro. Als Sofortmaßnahme kündigte Buhrow seinerzeit den Abbau von 50 der knapp 4.200 Planstellen bis Ende 2014 an. Weitere Kürzungsvorhaben: die Verringerung der Rücklage für Bausanierungen, die Verringerung freiwilliger Leistungen des Senders wie etwa für die Filmförderung.

Erst jetzt, acht Monate später, ziemlich genau ein Jahr nach Buhros Dienstantritt, lässt die Intendanz die Katze aus dem Sack. Wobei sich das vor acht Monaten gezeichnete Szenario noch verschlimmert hat: Bis 2020 sollen 500 Planstellen abgebaut werden – also fast jeder achte Arbeitsplatz. Begründung: Von 2016 an fehlen dem Sender angeblich 100 Millionen Euro jährlich im Etat.

Details gab die Intendanz am 1. Juli bekannt. Die meisten Jobs will der Sender in der Verwaltung und in der Produktion abbauen. Aber auch das Programm muss bluten. So wird die samstägliche aktuelle „Lokalzeit" mit ihren elf regionalen Ausgaben im WDR-Fernsehen zum Januar 2015 auf eine landesweit einheitliche Ausgabe namens „Lokalzeit Weekend" eingedampft. Nur so, heißt es, könne die Schließung ganzer Studios vermieden werden. Das seit 1984 existierende Format kostet aktuell 60 Millionen Euro pro Jahr. Sparen will der Sender auch bei Talkshows, die Sendung „Plasberg Persönlich" wird Ende 2014 eingestellt. Sündhaft teure ARD-Zulieferungen wie „Günther Jauch" dürften eher unangetastet bleiben. Das Wissensformat „Kopfball" wird gestrichen.

In Sachen Sportrechte gab Buhrow sich vage: Er wolle solche Rechte „nicht um jeden Preis". Sakrosankt bleiben dürfte der Quotenbringer Fußball: Auf WM, EM oder Bundesliga wird nicht verzichtet werden. Diese Events sollten „auch in Zukunft allen Bürgerinnen und Bürgern im frei empfangbaren Fernsehen zur Verfügung stehen und nicht hinter einer Bezahlschranke im Pay-TV verschwinden", sagt Unternehmenssprecherin Kristina Bausch. Klingt verdienstvoll. Die Rekordquoten bei der gerade beendeten Fußball-WM belegen aber auch: Bei Verzicht auf

die Übertragung solcher Events würden sich wohl die Restbestände des jungen Publikums von den Öffentlich-Rechtlichen verabschieden.

Kaum seriöse Angaben möglich. Medieninsider zweifeln gleichwohl die Gültigkeit der WDR-Sparprämissen an. Kein Mensch könne derzeit seriös und exakt angeben, wie hoch die Beitragseinnahmen des Senders ab 2016 ausfallen würden. Selbst die KEF spricht in ihrem jüngsten Bericht bei den Zahlen für diese Periode nur von „Prognosen", die mit vielen Unsicherheiten behaftet seien. Kurzfristig bescherte die Umstellung des Systems von der gerätebezogenen Gebühr auf die Haushaltsabgabe dem WDR 2013 sogar ein sattes Plus von 32,2 Millionen Euro. Das ergibt sich zumindest aus dem soeben vorgelegten Geschäftsbericht des GEZ-Nachfolgers „Beitragsservice". WDR-Sprecherin Bausch wehrt ab: „Unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Beitragseinnahmen ist schon jetzt klar: Mehreinnahmen bei den Beiträgen müssen einer gesonderten Rücklage zugeführt werden, über die der WDR nicht verfügen kann." Zum Sparkurs des Senders gebe es „keine Alternative".

Nun ist das Wort „alternativlos" erst 2011 zum „Unwort des Jahres" gekürt worden, weil es den poli-

tischen Diskurs erstickt. Klar ist aber auch, dass die politisch umstrittene Verringerung der monatlichen Rundfunkabgabe um 48 Cent voraussichtlich ab Frühjahr 2015 die Höhe des Etats beeinflussen wird. Nicht zuletzt die Personalräte von ARD, ZDF und Deutschlandradio hatten daher noch Anfang März in einem Offenen Brief an die Länder vor einer voreiligen Senkung des Rundfunkbeitrags gewarnt. Seit der letzten echten Gebührenerhöhung 2009 hätten die Anstalten bereits diverse Sparprogramme aufgelegt. Die jetzt geplanten Einschnitte würden weitere Arbeitsplätze kosten, zu Einschnitten im Programm und damit zu einem Qualitätsverlust beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk führen. Dass die KEF und die Medienpolitik seit Jahr und Tag die Sender zu erhöhten Sparanstrengungen aufrufen, ist bekannt. Darauf stützt sich auch die Argumentation des WDR. „Die KEF hat deutlich gemacht, dass sie mittelfristig kein Wachstum des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sieht", sagt Kristina Bausch. Im Gegenteil habe sie „explizit Kürzungen vorgeschrieben, insbesondere beim Personal".

Foto: WDR / Herby Sachs

WDR Köln am 1. Juli 2014: Die Intendanz stellt den Beschäftigten die neuen Sparpläne vor – (v.l.n.r.) die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, Hörfunkdirektorin Valerie Weber, Intendant Tom Buhrow und Fernsehdirektor Jörg Schönenborn.

Glaubwürdigkeit eingefordert. Allen Zwängen zum Trotz kommt bei Beschäftigten und Gewerkschaften der jetzt eingeschlagene Kurs nicht gut an. Man sei „für eine offene Diskussion" mit der Belegschaft „darüber, wie der Programmauftrag bei geringer werdenden Finanzmitteln verwirklicht werden kann", hieß es in einer ersten Stellungnahme von ver.di. Und: Eine solche Diskussion sei aber „glaubwürdig nicht möglich, wenn schon vorher der Stellenabbau als feste Größe verkündet wird".

Das findet auch der Personalrat. „Wie kann man 500 Stellen abbauen, ohne einen Strategieplan über Aufgabenreduzierungen zu haben", fragt PR-Vorsitzender Heri Stratmann in einem internen Rundschreiben – vor Bekanntgabe der Spardetails. Schon jetzt greife der Sender in seiner Personalpolitik auf ein fragwürdiges Instrumentarium zurück: auf Anmietungen, Leiharbeit und Auslagerung an freie Produktionsfirmen. „Was soll daran effizient sein, wenn sich Gebührengelder in Gewinne von Menschenverleihern, Rechteinhabern, Produktionsfirmen und in Umsatzsteuer verwandeln?" Eine ziemliche Bauchlandung erlebte der Sender zum Beispiel mit seiner vor 15 Jahren getroffenen Entscheidung, das Gebäudemanagement in eine selbstständige GmbH mit 230 Beschäftigten auszugliedern. Der Versuch, durch Privatisierung Kosten zu sparen und ein neues Geschäftsfeld zu erschließen, scheiterte grandios. Nach jahrelanger Misswirtschaft sah sich der Sender vor zwei Jahren genötigt, das Personal der GmbH wieder unter seinem Dach einzugliedern – angeschwollen auf 242 Stellen. Eine vorausschauende Personalpolitik sieht anders aus.

Eines hat die Intendanz immerhin zugesagt: Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Der anvisierte Personalschnitt soll sozialverträglich erfolgen, sprich: durch Vorruhestands- und Altersteilzeitregelungen. Nach ersten Gesprächen hätten kurzfristig bereits rund 200 Beschäftigte solchen Modellen zugestimmt, sagt ver.di Bezirkssekretär Bernd Fiegler. Das betreffe aber überwiegend „Besserverdienende und Außertarifliche, die sich das leisten können".

Vieles klingt reichlich nebulös: Der Sender werde „Sachkosten senken und die Effizienz steigern". Effizienz steigern, das klingt immer gut. Und Sachkosten senken? Unter Sachkosten fallen nicht nur Toilettenpapier und Radiergummis. Darunter werden auch die Honorare für die 1880 arbeitnehmerähnlichen Freien und Hunderte weitere „vogelfreie" Journalisten subsumiert.

Seit Herbst letzten Jahres habe die Ankündigung neuer Grausamkeiten „wie ein Damoklesschwert über uns geschwebt", sagt Anja Arp, Mitglied des Personalrates und ver.di-Freiensprecherin. Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bedeutet im Umkehrschluss: Die Krisenbewältigung geht mal wieder hauptsächlich zu Lasten der Freien. Denn sie sind es, die den weitaus größten Teil des journalistischen Outputs produzieren. Schon die bisherigen Sparmaßnahmen gingen weitgehend auf ihre Kosten. Jetzt könnte es ans Eingemachte gehen. Dabei sind die Zustände in vielen Abteilungen reichlich unbefriedigend. Bei etlichen Redaktionen bekommen die Freien seit Jahren das Gleiche. Exemplarisch lässt sich das etwa im Regionalbereich des WDR-Fernsehens beobachten. Vor zwölf Jahren habe ver.di Mindesthonorare ausgehandelt, die zehn Prozent unter den durchschnittlich gezahlten Honoraren lagen. Seither wurden bei den jährlichen Tarifverhandlungen regelmäßige lineare Erhöhungen für Festangestellte und Freie erzielt. „Angekommen sind diese Erhöhungen nur bei den Mindesthonoraren", kritisiert Arp. In vielen Bereichen, etwa in Eins Live, bei Funkhaus Europa oder bei den Regionalprogrammen seien alle Zahlungen auf Mindesthonorarlevel geschrumpft. Gleichzeitig würden die Programmetats seit vielen Jahren nicht mehr aufgestockt. Die Redaktionen müssten sich dann überlegen, wie sie die schmalen linearen Honorarerhöhungen auffangen.

Vor allem Freie betroffen. Ähnliches geschieht auch im Hörfunk. Bei WDR 5 zum Beispiel, früher ein reines Wortprogramm, nimmt seit einiger Zeit der Musikanteil zu. „Noch ist die Sparpolitik nicht so deutlich hör- und sichtbar", räumt ein Redakteur der Infowelle ein. „Aber für viele Freie läuft diese Politik darauf hinaus, dass sie für immer weniger Geld immer mehr arbeiten müssen." Hörfunkdirektorin Valerie Weber, erst im April vom privaten Dudelfunk „Antenne Bayern" zum WDR gewechselt, will jetzt den Rotstift zunächst beim publikumsschwachen Nachtprogramm einsetzen. Aber, so versichert sie: „Die Hochkultur und die Klangkörper bleiben."

Auch die jetzt beschlossenen Kürzungen bei der TV-„Lokalzeit" dürften vor allem die Freien hart treffen. Denn gerade in NRW haben sich in jüngerer Zeit die Arbeitsmöglichkeiten für freie Journalisten stark vermindert, wie Horst Röper in seiner aktuellen Studie „Zeitungsmarkt 2014" belegt. 45 Prozent der Bevölkerung leben in Zeitungsmonopolgebieten, haben also keine Auswahl mehr, wenn sie sich über das lokale Geschehen informieren wollen. Wenn jetzt auch noch der Landessender WDR die Aufgaben seiner Regionalstudios kürzt, könnte so mancher Freie in existentielle Nöte stürzen. Auf einer gut besuchten Personalversammlung wurden daher die Sparpläne des Senders unisono als „kontraproduktiv" bezeichnet. Einige Redner warnten davor, die Schere zwischen „verarmenden Freien" und „noch" privilegierten Festangestellten noch weiter auseinander driften zu lassen. Der WDR lebe von der Leistung der Freien, so ein langjähriger freier Autor, „jede weitere Kürzung erzeugt sozialen Sprengstoff". **Günter Herkel** ■

Der Einfluss der Eliten

Mit Uwe Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, sprach Günter Herkel

Sie haben in Ihrer Studie „Meinungsmacht" den Einfluss von Eliten auf einige der wichtigsten Leitmedien in Deutschland untersucht. Was ist Meinungsmacht und wer übt sie hierzulande aus?

UWE KRÜGER: Pauschal kann ich das natürlich nicht beantworten. Der Fokus meiner Studie lag auf dem Verhältnis, das große deutsche Medien zu den politischen und wirtschaftlichen Eliten dieses Landes aufweisen. Sie pflegen viel informellen Umgang mit Eliten aus Politik und Wirtschaft und es gibt da eine gewisse gedankliche Nähe. Das konnte ich zumindest für den Bereich Außenpolitik und transatlantische Beziehungen relativ gut belegen. Führende Journalisten sind hier in ein ziemlich dichtes Kommunikationsnetzwerk eingebunden, affin zur NATO, zu den USA, zur Bundesregierung. Das spiegelt sich auch in ihrem journalistischen Output wieder.

Ausgangspunkt Ihrer Analyse ist ja der Eindruck, dass die Berichterstattung dieser Leitmedien über zentrale Fragen der Sicherheitspolitik – in diesem Fall über die Auslandseinsätze der Bundeswehr – eine massive Schlagseite hin zur Position der Bundesregierung und der NATO aufweist – im Gegensatz zur eher ablehnenden Haltung der Bevölkerung. Wie erklären Sie sich dieses doppelte Meinungsklima?

Es existiert eine Kluft zwischen Elite und Bevölkerung in diesen Fragen, was Sicherheit eigentlich ist und wo und wie man sie verteidigen sollte. Die Bevölkerung ist zumindest gespalten oder sogar mehrheitlich gegen weltweite Bundeswehreinsätze. Demgegenüber haben wir einen Gleichklang von wichtigen Medien, die sich zusammen mit Eliten aus Politik und Wirtschaft für mehr Rüstung und weltweite Bundeswehreinsätze engagieren. Das hängt meiner Auffassung nach damit zusammen, dass die Medien bzw. die Entscheider in den Redaktionen selbst Teil dieses Elitendiskurses sind. Sie tendieren dazu, die Meinung der Bevölkerung als unqualifiziert abzuwerten, den Menschen Ignoranz vorzuwerfen. Das kann man mit kognitiver Vereinnahmung durch das Eliten-Milieu erklären.

Die Mehrzahl der führenden deutschen Journalisten, der so genannten „Alphajournalisten", ist verbandelt mit den Eliten aus Politik und Wirtschaft. Wie hat man sich das vorzustellen?

Es gibt etwa alljährlich im Februar die Münchner Sicherheitskonferenz, wo 350 Entscheider vor allem aus NATO-Staaten zusammen treffen und über Sicherheits- und Außenpolitik diskutieren. Da sind dann auch die außenpolitischen Ressortleiter der großen überregionalen Blätter wie der *FAZ* und der *Süddeutschen* mit von der Partie. Viele dieser Entscheider trifft der *FAZ*-Redakteur dann später wieder, etwa bei einer Sitzung der Trilateralen Kommission, einem vertraulichen Treff von Eliten aus Nordamerika und Westeuropa und Asien. So gibt es ganz verschiedene Organisationen, viele mit US- oder NATO-Bezug – etwa den American Council on Germany, die Atlantik-Brücke oder die Atlantische Initiative. Da tauchen immer wieder dieselben Personen auf.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel Wolfgang Ischinger, der mal deutscher Botschafter in Washington war und jetzt Chef der Münchner Sicherheitskonferenz ist und übrigens auch noch Cheflobbyist der Allianz. Es existieren beträchtliche personelle Schnittmengen zwischen diesen Organisationen. Einige der wichtigsten meinungsbildenden Journalisten sind über diverse Hintergrundkreise, Stiftungen und Think Tanks mit diesen Eliten verbunden.

Was ist so schlimm daran, wenn Journalisten versuchen, Zugang zu möglichst vielen Quellen zu bekommen? Das ist doch schließlich ihr Job …

Schon. Zum Problem wird es aber, wenn sie keine ausreichende Distanz zu den Akteuren einhalten und deren Perspektive übernehmen. Zumal, wenn es sich um die mächtigsten Akteure des jeweiligen Themenfeldes handelt. Die Münchner Sicherheitskonferenz mag ein Pflichtprogramm für Außenpolitik-Journalisten sein. Aber warum nicht auch mal ein Besuch bei der Gegenveranstaltung „Münchner Friedenskonferenz"? Da geht aber niemand hin. Alternative Diskurse werden in der Regel ignoriert oder marginalisiert.

Einer der Journalisten, deren persönliches Netzwerk Sie untersucht haben, ist Stefan Kornelius, Ressortleiter Außenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*. Er findet es „diskriminierend", wenn unterstellt werde, dass seine journalistische Unabhängigkeit durch die Mitgliedschaft in Organisationen wie der „Atlantik-Brücke" oder der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik" untergraben werde …

Ich habe sehr vorsichtig von einer Korrelation gesprochen, von einer Übereinstimmung zwischen den Positionen, die bestimmte Netzwerke vertreten, und den Inhalten in seinen Artikeln. Ich kann nicht behaupten, dass jemand nicht unabhängig ist. Aber ich erkenne bestimmte Denkmuster, die auch in offiziellen Dokumenten auftauchen. Da werden dann Bedrohungskataloge abgespult, die in Doktrinen und Dokumenten der Bundesregierung, der NATO, der USA auftauchen, und es wird regelrecht Werbung gemacht für eine umfassende Sicherheitspolitik. Mein Ansatz war, zu prüfen, ob es eine Übereinstimmung zwischen einem personellen Milieu gibt und dem Meinungsbild einzelner Journalisten. Diese Übereinstimmung ist beim journalistischen Output der von mir untersuchten Journalisten sehr hoch.

Im Interview mit dem NDR-Medienmagazin Zapp sagt *SZ*-Redakteur Stefan Kornelius, es handle sich bei den aufgelisteten transatlantischen Organisationen ausschließ-

Foto: Uni Leipzig / Olivia Jasmin Czok

Uwe Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig

lich um „ehrenhafte, demokratische und extrem transparente Veranstaltungen", auf denen über Außenpolitik geredet werde. Er finde es befremdlich, sich für die Teilnahme an solchen Veranstaltungen rechtfertigen zu müssen oder ihm gar zu unterstellen, er übernehme die Sicht dieser Think Tanks. Sie sprechen ja in diesem Zusammenhang das Homophilie-Phänomen an. Was hat es damit auf sich?
Ein Journalist kommt nicht als unbeschriebenes Blatt in so ein Milieu und wird dann umgedreht oder einer Gehirnwäsche unterzogen. Meine These ist eher, dass Journalisten, die schon vorher bestimmte Meinungen, Werte, Einstellungen mit einem Milieu teilen, aufgrund dieser geistigen Nähe überhaupt erst eingeladen werden in solche Elitenzirkel. Und dann nimmt auch die Wahrscheinlichkeit ab, dass sie den Konsens in diesen Zirkeln hinterfragen.

Kornelius hat in Zapp reagiert. Gab es auch Reaktionen der anderen drei Journalisten, deren publizistischen Output Sie untersucht haben? Die anderen: Michael Stürmer, Chefkorrespondent der *Welt*, Klaus-Dieter Frankenberger, Auslandschef der *FAZ*, schließlich *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe …
Ich hatte alle vier angemailt, als die Studie fertig war und bevor sie veröffentlicht wurde, und sie gebeten, für den Anhang ihre Sicht der Dinge aufzuschreiben. Ich bekam vier Absagen.

Erstaunlicherweise bildet auch die eher im linken Meinungsspektrum verortete Berliner *taz* kein Gegengewicht zur Ukraine-Berichterstattung des Mainstreams. Der Russland-Korrespondent der *taz* forderte im Kontext der Krim-Krise die EU-Staaten sogar zu massiver Aufrüstung auf. Gibt es einen Konformitätsdruck auch da, wo der Einfluss von Eliten vermutlich keine so große Rolle spielt?
Sicher. Auch Journalisten, die nicht so nah dran sind an Eliten, überlegen, was sie eigentlich sagen können, ohne sich sozial zu isolieren. Aber das Meinungsklima in der *taz* in der Ukraine-Frage ist ja gespalten, und dass Klaus-Helge Donath so Reagan-artig argumentiert, kann auch mit ganz individuellen Sachen zusammenhängen.

Politische Neutralität ist ja bekanntlich eine Schimäre. Aber wann wird der Journalist vom Berichterstatter zum politischen Akteur?
Journalisten sollen natürlich auch kommentieren, sollen sich politisch positionieren. Problematisch wird es aber, wenn Kommentare den Elitendiskurs nur reproduzieren und ihn nicht mit Abstand auch kritisch beleuchten. Auch blinde Flecken sollten angesprochen werden, im Fall der Ukraine-Berichterstattung zum Beispiel die Interessen und Strategien des Westens. Wenn man allerdings in solchen Elitenzirkeln Funktionen übernimmt, wird eine Grenze überschritten. Ein Beispiel: *Die Zeit* hatte über Jahrzehnte jeweils einen hochrangigen Vertreter bei der Bilderberg-Konferenz, einer jährlichen geheimen Konferenz von Eliten aus Westeuropa und Nordamerika. Bei dieser Veranstaltung gibt es einen Lenkungsausschuss mit ungefähr 20 Leuten, der die Teilnehmer und die Themen der Konferenz festlegt. *Die Zeit* hatte, früher mit Chefredakteur Theo Sommer, zuletzt bis 2012 mit Matthias Naß als stellvertretendem Chefredakteur dort einen Vertreter, der den informellen Diskurs mit organisierte. Das ist der Rolle des Journalisten als Anwalt der Öffentlichkeit nicht angemessen und ein eindeutiges Überschreiten der Linie, die Hanns-Joachim Friedrichs mal beschrieben hat mit „Überall dabei sein, ohne dazu zu gehören".

Es gibt ja auch den Fall des *Zeit*-Redakteurs Jochen Bittner, der in seinem Blatt die von Bundespräsident Gauck auf der letzten „Münchner Sicherheitskonferenz" eingeforderte Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik – neu im Sinne von „mehr Verantwortung übernehmen", sprich: mehr Auslandseinsätze fahren – gelobt hat. Ohne allerdings zunächst den Lesern zu verraten, dass er selbst an einem Papier über diese Strategie mitgearbeitet hatte. Das ist doch unter berufsethischen Kriterien höchst fragwürdig, oder?
Das finde ich auch. Man kann da zwei Fragen stellen. Einmal: War es überhaupt okay, dass Bittner in diesem Projekt der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund überhaupt mitgemacht, an so einem Konsenspapier über die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik mitgewirkt hat? Da wäre ich schon mal sehr skeptisch. Die zweite Frage ist, ob er dann auch noch darüber schreiben sollte. Da erscheint mir das Problembewusstsein für die nötige Trennschärfe zwischen der Rolle eines Reporters und eines Akteurs unzureichend ausgeprägt. Auch die lauwarme Klarstellung in der folgenden Ausgabe der *Zeit*, die auf Leserproteste hin erschien, fand ich nicht überzeugend.

Welche Konsequenzen sollte man aus solchen Vorgängen ziehen? Reichen Appelle zu mehr Transparenz? Die Risiken und Nebenwirkungen allzu großer Nähe der Journalisten zur Macht sind nicht Bestandteil des Kodex des Deutschen Presserates …
Ich sehe hier tatsächlich Nachbesserungsbedarf beim Pressekodex und auch bei anderen Kodizes in Deutschland. Man sollte darüber in doppelter Hinsicht diskutieren. Wollen wir nur Transparenz? Wenn jemand nahe dran ist, wenn jemand Mitglied ist in Elitenorganisationen zu einem bestimmten Thema, sollte das dann unter dem Artikel drunter stehen? Oder wollen wir vielleicht sogar völlige Abstinenz? Dass Journalisten sich prinzipiell nicht mehr so weit rein begeben in vertrauliche Diskussionen und Politikplanungsprozesse? Da wünsche ich mir eine breitere Debatte der Branche und auch der Zivilgesellschaft – was für einen Journalismus wollen wir haben? „Überall dabei sein, ohne dazuzugehören" – dieser Leitsatz von Hanns-Joachim Friedrichs findet sich bis jetzt in keinem Kodex in Deutschland wieder. ■

Weiterlesen …

Uwe Krüger. Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse.
Herbert von Halem Verlag, Köln 2013, 380 Seiten, 29,50 Euro

Nichts dazu gelernt?

Mehr Sensibilität bei Berichten über Rechtsextremismus notwendig

Foto: Jan-Timo Schaube

„Ich glaube, das reproduziert sich", sagte Ayca Tolun, Leiterin der Türkischen Redaktion beim WDR, in einer Diskussionsrunde zur Berichterstattung über den NSU-Anschlag in der Kölner Keupstraße vor zehn Jahren. Haben die Medien nichts dazu gelernt? Oder sind sie doch sensibler geworden, wenn es um die Berichterstattung über Rechtsextremismus geht – wie über den NSU-Prozess?

Die Integrationsagentur der AWO Mittelrhein und das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln hatten drei Journalisten eingeladen, die am 9. Juni 2004 in der Keupstraße waren, nachdem dort am Nachmittag eine Nagelbombe explodiert war. *Focus*-Redakteur Axel Spilcker, damals Polizeireporter beim *Kölner Stadtanzeiger*, kam eine halbe Stunde später zum Tatort und sprach mit Augenzeugen. „Wir hatten einen großen Druck, diese Sache in die Zeitung zu bringen," erinnerte sich Spilcker, denn um 19 Uhr war Redaktionsschluss. Richard Heister musste als AFP-Korrespondent außerhalb der Sperre bleiben und berichtete „das Nachrichtliche", das er von der Polizei erfuhr. WDR-Journalistin Ayca Tolun, die damals Schichtdienst hatte, wurde in der Redaktion gefragt: „Hat die PKK etwas mit der Keupstraße zu tun?" Abends sei sie hingegangen und habe mit den Anwohnern auf Türkisch gesprochen. Sie sagten: „Das ist ein rechtsradikaler Anschlag gewesen." Tolun konnte nicht glauben, dass so etwas nach dem Brandschlag von Solingen 1993 noch möglich ist.

Einen Tag später sagte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily, die bisherigen Erkenntnisse deuteten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu hin. Diese Äußerung gab die Richtung für die folgende Polizeiarbeit und die Berichterstattung vor, bedauerten alle drei Journalisten im Nachhinein. Selbst türkische Medien hätten von der Mafia als Täter gesprochen, so Tolun. Die Bewohner der Keupstraße wurden durch solche Mutmaßungen mundtot gemacht. Mitat Özdemir, Vorsitzender ihrer Interessengemeinschaft, erzählte: „Da sind Polizisten gekommen, begleitet von Journalisten und haben nach den Tätern gefragt. Als wir antworteten: Neonazis, fragten sie weiter: Und wer könnte das sonst gewesen sein? Irgendwann sagten wir nur noch, was sie hören wollten."

Wie konnte es zu diesen verzerrten Medienbildern kommen, die erst durch die Selbstentlarvung des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU 2011 korrigiert wurden? Zum einen spielt da sicherlich das vorherrschende journalistische Selbstverständnis als „neutraler Vermittler" eine Rolle. „Wir haben die Ermittlungen der Polizei begleitet" und „Wir können keine polizeiliche Aufklärungsarbeit leisten", rechtfertigte sich Spilcker. AFP-Korrespondent Heister erklärte: „Für Nachrichtenjournalisten war die Richtung durch Schilys Äußerung vorgegeben. Investigative Journalisten hätten aufklären können." Ein weiterer Schwachpunkt sind die Nachrichtenwerte, nach denen Politikeräußerungen ein stärkeres Gewicht haben als die von Betroffenen. Sie erschrecke die „Unfähigkeit von Journalisten, die Perspektive der Betroffenen in der Berichterstattung zu berücksichtigen", sagte Mercedes Pascual-Iglesias, Journalistin und Mitarbeiterin der Integrationsagentur AWO-Mittelrhein nach der Diskussion: „Die Nähe zum Apparat – Polizei, Behörden, Politik – prägt ihre Berichterstattung, ohne dass sie es bemerken. Sie reden auch heute noch von Sachlichkeit, obwohl sie wie der damalige Polizeireporter Axel Spilcker in der Berichterstattung über den Nagelbombenanschlag in der Keupstraße Mutmaßung an Mutmaßung reihten und damit das Ansehen der Bewohner und Geschäftsleute schwer schädigten. Diese Unreflektiertheit ist das Grundproblem!"

Bessere Quellenlage. Nach den Konsequenzen für die Berichterstattung befragt, antwortete Heister, die Glaubhaftigkeit von Politikerstatements sei ins Wanken geraten. Spilcker, dem das Unwort „Döner-Morde" herausrutschte, meinte trotzdem, man sei sensibler geworden, aber regionale Medien könnten ihre Kontrollfunktion nicht ausüben, wenn „keine Power reingegeben wird", wenn das Personal fehlt. Tolun berichtete, beim WDR würden freie Mitarbeiter mit entsprechendem Hintergrund jetzt schneller angerufen,

um Betroffene zu befragen. Die Quellenlage sei besser geworden.

Doch ein latenter Rassismus in der Gesellschaft, auf den Moderatorin Sheila Mysorekar von den Neuen Deutschen Medienmachern immer wieder zurückkam, scheint Polizeiarbeit und Berichterstattung nach wie vor zu beeinflussen – auch wenn Richard Heister das vehement abstritt. Ayca Tolun sagte, das Problem sei unser „Vorwissen über Migranten": sehr komplizierte Lebensverhältnisse, große Familien, die verteilt in zwei oder mehr Ländern leben und viel Geld in die alte Heimat schicken. Solche ikonografischen Bilder seien sehr stark und hielten sich hartnäckig. Diese Wahrnehmungsmuster ließen sich durch eine Ausschlussdiagnose durchbrechen, z.B. wenn bei Anschlägen zunächst nach rechtsradikalen Motiven und dann nach anderen gefragt wird. Toluns Kollegen dagegen verweigerten sich einem solchen Perspektivwechsel. Sie waren skeptisch, dass sich Polizeiarbeit und Berichterstattung ändern, wenn in Deutschland wie bereits in England und Frankreich „hate-crime" (Verbrechen aus Haß) ein Tatbestand wird.

Banalität des Bösen. Die Wahrnehmung von Rechtsradikalismus habe sich nicht geändert, stellte Tolun ernüchternd fest. Sie berichtet jetzt für die ARD vom Münchener NSU-Prozess und erlebt, wie schwierig es ist, das Thema in die Medien zu bekommen. Dort dominiere die Vorstellung: „Die Neonazis stehen jetzt vor Gericht. Jetzt brauchen wir nicht mehr darüber zu berichten." Und wenn berichtet wird, erscheint meist die Hauptangeklagte Beate Zschäpe schweigend im Bild. Sie entspricht so gar nicht den Vorstellungen, die Tolun von der Neonazi-Frau hatte. „Für mich persönlich ist die Banalität des Bösen sichtbar geworden. Was wir bislang über die mutmaßlichen NSU-Mörder erfahren haben, erschreckt mich so sehr, weil deren Lebensumstände so erschreckend normal gewesen sind. Wenn wir von Beate Zschäpe reden, geht es um die Diddl-Maus-Liebhaberin und Katzenfreundin, die in einer festungsgleichen Wohnung lebt und mit einer afghanischen Nachbarsfamilie im Garten grillt. Für mich ist die Bilanz von all dem, dass die Behörden lernen müssen, das rechte Auge nicht mehr vor so viel Normalität so massiv zusammenzukneifen", so Ayca Tolun im August vorigen Jahres im WDR5.

Rechtsextremismus scheint so unauffällig in unserer Gesellschaft zu sein wie Rassismus. Wer ihn nicht erlebt, negiert ihn.„Vielleicht war es auch naiv zu glauben, dass die Mordtaten des NSU zu einer gesellschaftlichen Debatte über Rassismus und zu einem Kampf gegen Rassismus führen würden", sagte Mehmet Gürcan Daimagüler (Nebenklagevertreter im NSU-Verfahren) am 14. Mai 2014. „Manchmal werde ich gefragt, ob nach allem, was wir heute wissen, in Zukunft die Taten des NSU noch einmal möglich wären. Natürlich wären sie möglich, muss die ehrliche Antwort lauten. Was hat sich denn bislang geändert?" **Bärbel Röben** ■

Zum Weiterlesen:

Presseschau zu 10 Jahre nach dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße
http://keupstrasse-ist-ueberall.de/tesekkuerler/

Von Mauerfall bis Nagelbombe – Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre.
Herausgegeben von der Gruppe Dostluk Sineması,
128 Seiten, 10 Euro zzgl. 2 Euro Versandkosten,
ISBN: 978-3-940878-16-8
Zu bestellen unter: info@amadeu-antonio-stiftung.de,
http://keupstrasse-ist-ueberall.de/die-publikation-von-mauerfall-bis-nagelbombe-ist-erschienen/

Ein Jahr NSU Prozess: Aktuelle Stunde vom 5.5.2014
www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/aktuelle_stunde/videoeinjahrnsuprozess100.html

Thementag – Ein Jahr NSU-Prozess. Persönliche Eindrücke: Ayca Tolun
www.funkhauseuropa.de/themen/aktuell/nsuprozess348.html

Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch.
AntiDiskriminierungsBüro Köln (Hrsg):
Handreichung für Journalist/innen. Köln 2013
www.oegg.de/index.php?de_ab-2008

Gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat

Ein Ex-Bild-Mann verbreitet im Weser-Kurier Stammtischparolen

Von wem stammen wohl diese Äußerungen über den Islamisten-Prediger Pierre Vogel? „Dem Reden Vogels folgt … zwangsläufig das Handeln von Glaubenskriegern" wie beim Attentat im Jüdischen Museum Brüssel. „Die Justiz sollte deshalb zügig versuchen, möglichst alle Vogels dieser Republik hinter Gitter zu bringen". Als der Bremer Verfassungsschutz-Chef Hans-Joachim von Wachter am Rande eines Pressetermins um eine Bewertung dieser Aussagen gebeten wurde, meinte er: „Das klingt eher nach Rechtspopulismus". Er wirkte überrascht, als er die wahre Herkunft erfuhr: Die Zitate stammen aus einem Kommentar des *Weser-Kuriers (WK)*. Auch Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) nannte die Äußerungen „an den Haaren herbeigezogen". Man müsse immer „den Einzelfall anschauen".

„Kein Pardon" hieß der *WK*-Kommentar, und er endete alarmistisch: „Unsere Demokratie muss sich gegen den Islamismus endlich wehrhaft zeigen – ehe es zu spät ist!" Der Verfasser, Daniel Killy (52), war mal *Bild*-Ressortleiter und ist seit Januar Chef vom Dienst beim *WK*. Worüber er sich so ereiferte: Das Oberverwaltungsgericht Bremen hatte einen zunächst verbotenen Auftritt der Islamisten Pierre Vogel und Sven Lau erlaubt, da die Meinungsfreiheit sogar verfassungsfeindliche Äußerungen schütze, solange sie nicht strafbar seien.

In der Tat begingen die Prediger bei ihrem Auftritt keine Volksverhetzung, sondern zeigten sich unerwartet friedfertig. Zwar polemisierten sie gegen „Lügensender" und nannten muslimische Krieger in Syrien „Freiheitskämpfer". Aber sie betonten auch, dass jeder glauben dürfe, was er wolle, und dass Tötungsaufrufe gegen Ungläubige, wie sie in Koran und Bibel stehen, im historischen Kontext zu sehen seien. Ansonsten ähnelte die Kundgebung Evangelisationsveranstaltungen. Sogar ein Vertreter der Evangelischen Kirche meinte hinterher, Vogel sei kein Hassprediger. Vielleicht hatten die Redner Kreide gefressen. Aber es unterscheidet den Rechtsstaat von einem Gottesstaat, dass Meinungsäußerungen kein Haftgrund sind. Auch Ausweisungen sind nicht nach Belieben möglich. Killy indes forderte in einem früheren Kommentar: „Wer von den Herren Salafisten keinen deutschen Pass haben sollte – der gehört subito abgeschoben."

Knallhart auch sein Urteil über Edward Snowden: Der sei nichts als ein Verräter. Killy ist allerdings kein strammer Rechter. Er zog auch schon über Berlusconi her („Duce 2.0"). Die Krim-Krise bewertete er ungewohnt differenziert. Aber oft verwechselt er die Zeitung mit dem Stammtisch. Offenbar neigen nicht nur Salafisten zu holzschnittartigen Weltbildern.

Eckhard Stengel ■

Verpflichtung zur Aufklärung

Zeit nehmen für unabhängige und hintergründige Berichte über braunen Terror

„Unterwegs im rechtsradikalen Spektrum" bist Du als Journalistin oft und deshalb als Gesprächspartnerin gefragt. Was kann das dju-Seminar den Kollegen an die Hand geben?

ANDREA RÖPKE | Auf jeden Fall, dass es lohnt, sich tiefer mit diesem Thema zu beschäftigen und nicht nur Pressemitteilungen von Polizei und Verfassungsschutz zur Kenntnis zu nehmen.

Rassismus geht uns alle an. Menschenverachtende Ressentiments gehen heute von der sogenannten Mitte der Gesellschaft aus, wir können nicht mehr nur von Subkulturen am Rand reden. Gerade wir Medienvertreter haben nach der zufälligen Aufdeckung der Verbrechen des NSU eine ethische und aufklärerische Verpflichtung. Wir müssen noch kritischer sein und den Behörden genauer auf die Finger schauen. Investigative Recherche darf nicht nur eine Floskel sein. Wir müssen uns wieder Zeit nehmen können, um uns ein Bild zu machen und wirklich unabhängig und hintergründig zu berichten. Wir können einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur nachhaltigen Prävention gegen rechte Gewalt und Rassismus leisten. Journalistisch. Über 180 Tote rechter Gewalt verpflichten uns dazu.

Foto: Eckhard Stengel

Die Politologin und Journalistin Andrea Röpke publiziert seit Anfang der 1990er Jahre zum Neonazismus und ist insbesondere durch ihre Insider-Reportagen dazu bekannt. Ihre Reportagen sind Teil des Angebots der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie schreibt außerdem für die Zeitschrift Der Rechte Rand.

Du wirst über Deine Erfahrungen bei der Berichterstattung in der Neonazi-Szene berichten. Vielleicht schon ein Beispiel im Vorgriff?

Es war eine aufwendige, jahrelange Recherche notwendig um endlich über die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) berichten zu können. Inlandsgeheimdienste halfen nicht, sondern blockierten eher. Die gefährliche Neonazi-Erziehertruppe interessierte kaum Behörden. Engagierte Polizisten wurden mitten in den Ermittlungen versetzt. Wir wurden verfolgt, angegriffen, angezeigt. Ein kleines Büchlein war der erste Versuch, ausreichend über die HDJ zu berichten. Damit fing es an. Unsere Fotos, die wir zumeist heimlich gemacht haben, trieben das Thema voran. Ein wichtiges antifaschistisches Archiv in Berlin bekam interne Materialien, die wir alle akribisch auswerteten. Es dauerte bis 2009, bis die HDJ endlich verboten wurde. Leider schaut heute niemand mehr hin, wenn Neonazis weiterhin ihre Kinder in kleineren Lagern erziehen und drillen. Das ist die Crux: Wir haben so viel für Aufmerksamkeit und ein Verbot der HDJ getan. Aber ich habe wohl selbst indirekt dafür mit gesorgt, dass das Thema für viele heute erledigt scheint.

Ansonsten werde ich ein paar Recherche-Beispiele vorstellen: Eine Woche unter SS-Angehörigen, verdeckte Recherchen, Rausschmisse, Drohungen, Gewalt in der Szene sowie subversive Strategien, Frauen oder Neonazi-SiedlerInnnen. Eine breite Bandbreite – immer auch angelehnt an unsere Bücher „Stille Hilfe", „Mädelsache", „Neonazis in Nadelstreifen" und „Blut und Ehre" und andere.

Warum ist es so wichtig, nicht blauäugig an dieses Thema heranzugehen?

Weil wir in der Bundesrepublik ja sowieso kein Problem mit rechts haben – ironisch gesehen. Die Jahresberichte der Inlandsgeheimdienste verschleiern viel. Während der dreijährigen Recherchen zum rechten Terror ist mir klar geworden, dass hinter institutionellem Rassismus und der „Einzeltätertheorie" von rechts durchaus System steckt. Opfer rechter Gewalt werden nicht anerkannt. Polizei und Justiz decken nicht die ganzen braunen Netzwerke auf. Rassistische Hintergründe werden viel zu oft ausgeblendet. Wir hinterfragen Wehrsport und Waffenfunde viel zu wenig. Auch die Verbürgerlichungsstrategien von NPD und Kameradschaften gehen in vielen Regionen längst auf: Sie verankern sich, sind die Kümmerer und finden Akzeptanz. Allein die NPD finanzierte sich in den letzten 10 Jahren mit rund 10 Millionen Euro aus Steuergeldern. Makaber! Ausgerechnet das Geld des Staates, den diese Partei abschaffen möchte. Es gibt mittlerweile viele Orte, an denen die NPD keine Protestpartei mehr ist, sondern Stammpartei. Wir berichten viel zu selten über Hintergrundorganisationen und Netzwerke der Neonazis. Sie haben Brauchtumsvereine, Sportvereine, Kulturorganisationen und sind viel weiter verstreut in unserer Gesellschaft als viele ahnen. Doch wir als Journalisten müssen selbst recherchieren und uns nicht nur auf staatliche Aussagen und öffentliche Statements beschränken.

Gespräch: Karin Wenk ■

Recherche und Schreibpraxis

Unterwegs im rechtsradikalen Spektrum

Seminar der dju in ver.di vom 29. bis 31. August im Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste

Die Medien haben mit ihrer Berichterstattung über die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und die Ausbreitung von Naziterror in den Jahren vor der Enttarnung des NSU eine wichtige und nicht unbedingt rühmliche Rolle gespielt, wenn es darum ging zu bewerten, welche Gefahr für unsere Demokratie von braunem Terror ausgeht. Das Seminar soll neue Ansätze in der Recherchepraxis entwickeln, den Blick im Umgang mit Verlautbarungen seitens der Ermittlungsbehörden schärfen sowie die Sprache und die Ausdrucksweise, mittels derer über Kriminalfälle berichtet wird, hinterfragen.
Ein Workshop mit dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß und den Journalistinnen und Rechtsextremismusexpertinnen Heike Kleffner und Andrea Röpke.

Das Seminar richtet sich insbesondere an professionelle Journalistinnen und Journalisten.
Die Teilnahme ist für ver.di-Mitglieder kostenfrei. Reisekosten werden nicht erstattet.

Anmeldung: Online: www.bit.ly/reschpra. Fon: 05232 / 983 – 464 (Regina Gorsboth)
Fax 05232 / 983 – 462. E-Mail: regina.gorsboth@verdi.de

20 000 Filmrollen gerettet

Nationale Initiative für das Filmerbe und ausreichende Finanzierung notwendig

Kinofilme stehen für 120 Jahre deutscher Film- und Zeitgeschichte. Dieses Erbe würdigt die Politik bisher wenig. Das betrifft nicht nur die Bestände des Bundesarchivs Filmarchiv und der Kinematheken. Der Nachlass eines 2008 pleitegegangenen Kopierwerks veranlasste die AG Dokumentarfilm zu einer Rettungsaktion und zum Nachdenken über den Umgang mit dem Filmerbe überhaupt.

Foto: Jürgen Heinrich

Fachgerechte Archivierung sieht anders aus – tausende Filmdosen lagerten in den Kreuzberger Kellern der „Höfe am Osthafen"

Als man noch ausschließlich auf Film drehte, wurden die wertvollen Originalnegative, Schnittreste und Rückläufer-Kinokopien im Kopierwerk eingelagert. So fanden sich, als die Berliner Film und Video Kopier GmbH 2008 insolvent wurde, dort 25.000 Filmrollen. Von Klassikern wie der „Feuerzangenbowle" über den Berlinale-Hit von 2008 „Yella" bis zu Pornos. Dokumentaristen und Filmhochschulen waren Kunden des billigsten Kopierwerks im Lande. Angesichts des in 25 Jahren aufgehäuften Filmlagers verlangten Hauseigentümer und Verwaltung 750 Euro pro Film für die Herausgabe.

„Die Branche operiert am Limit. Für einen Dokumentarfilmproduzenten ist das viel Geld", kommentiert Thorolf Lipp von der Berliner AG Dok. Gemeinsam mit dem Medienboard Berlin Brandenburg, der Filmförderungsanstalt (FFA) und anderen konnte 2008 eine Erfassung des Bestandes und die Herausgabe für nur noch 2,50 Euro pro Rolle erreicht werden. Dann kehrte Stille ein. Tausende Filmdosen lagerten seither in ungeeigneten Kellern der Kreuzberger „Höfe am Osthafen".

In kompetente Hände. Anfang 2014 nahm der Filmverband den Faden nochmals auf. Die Hausverwaltung wollte offenbar weder die weitere Lagerhaltung noch die Vernichtung finanzieren – womit man sich obendrein Klagen der Rechteinhaber eingehandelt hätte. Zur Überraschung von Thorolf Lipp und des AG DOk-Anwalts Andreas Schardt gab das Bundesarchiv Filmarchiv, das die Bewahrung des deutschen Kinoerbes und die Bereitstellung für Aufführungen und Forschungen betreut, im Juni 2014 die noch etwa 20.000 Rollen kurzfristig in kompetente Hände. Im Filmlager in Berlin Wilhelmshagen kann durch die AG DOK „nun Ordnung in die Wundertüte gebracht werden", ermuntert Archivleiter Karl Griep.

„Wir fangen jetzt an, zu inventarisieren. Unser vordringliches Ziel ist natürlich, das Material den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben", so Thorolf Lipp. „Wenn wir die 500 Quadratmeter mieten müssten, die uns das Filmarchiv zur Verfügung stellt – das hätten wir nicht stemmen können", so Lipp. Eineinhalb Jahre werden rund 20 Freiwillige der Berliner AG Dok auch einen schnellen Blick auf den Zustand des Materials riskieren, das zum Teil in angerosteten Dosen oder unverpackt ist.

Im Grunde geht es aber um den Erhalt des Filmerbes insgesamt. „Das kann die AG Dok nicht alleine, das kann auch das Bundesarchiv nicht allein. Wir haben in unserer Verantwortung etwa 1,1 Mio. Rollen – etwa 150.000 Filmtitel. Wir werden auch zukünftig analoge Materialien übernehmen. Die große Aufgabe ist, dieses Erbe nutzbar zu halten", beschreibt Karl Griep die digitale Herausforderung. Erste Digitalerfahrungen machte das Archiv bereits 1994/95 mit der Restaurierung des „Wintergartenprogramms" der Brüder Skladanowsky zum 100. Kinojubiläum. Inzwischen bringt man Perlen der Kinogeschichte digital ins Kino. „Mit dem Budget, das uns derzeit zur Verfügung steht, ist diese Aufgabe aber nicht zu stemmen", schränkt Griep Erwartungen ein.

Die AG Dok sieht politischen Handlungsbedarf. „Als Filmverband können wir jetzt gegenüber der Politik den Finger in die Wunde legen. Das Filmerbe ist Teil des kulturellen Gedächtnisses und nicht nur eine wirtschaftliche Privatveranstaltung", meint Lipp. Er fragt: „Was bedeutet der Zivilgesellschaft/Politik dieses Erbe? Wie viel seid ihr bereit, dafür an Ressourcen frei zu machen?" Antworten dürfe man, gerade was den Zelluloidfilm anbelangt, nicht auf die lange Bank schieben. Die Diskussion müsse endlich in Gang kommen.

Zu wenig Geld für Digitalisierung. Das 2012 von der Filmförderungsanstalt FFA aufgelegte Programm „Digitalisierung von Content" hilft nur begrenzt. Maximal 15.000 Euro plus mindestens 20 Prozent Eigenanteil des Rechteinhabers reichen laut Experten nicht für Kopien in der geforderten digitalen Kino-Qualität und eine entsprechende Datensicherung. Immerhin brachte die FFA seither 125 Projekte, von Gerhard Lamprechts „Emil und die Detektive" (1931) bis Werner Herzogs „Fitzcarraldo" (1982), auf den digitalen Weg.

Die dafür vergebenen 1,6 Mio. Fördereuro reichen nicht hin und nicht her. „Um den drohenden Untergang unserer Bestände abzuwenden, werden bis zum Ende dieses Jahrzehnts Investitionen von etwa 500 Millionen Euro benötigt." Das stellt die Online-Petition „Unser Filmerbe ist in Gefahr" fest. Die Initiatoren Klaus Kreimeier, Jeanpaul Goergen und Helmut Herbst und 5.300 Unterzeichner verweisen auf Frankreich, wo ein Sechsjahres-Programm zur Digitalisierung mit 400 Mio. Euro ausgestattet wurde. Sie fordern eine ausreichende Finanzierung der Film-Digitalisierung und des Bundesarchivs sowie eine nationale Initiative für das Filmerbe. Damit auch künftige Generationen ihren Spaß am boxenden Känguru aus dem Wintergarten haben können – und dem vielen Spannenden, Lustigen und Informativen, das sich seit der Kino-Frühzeit auf Film, Band, Festplatte und Speicherchips angesammelt hat.

Peter Dehn ■

Tarifvertrag wieder in Kraft

Die Geschäftsführung des Berliner Verlags (Berliner Zeitung, Berliner Kurier) hat sich mit den Gewerkschaften dju in ver.di und DJV darauf geeinigt, den von ihr gekündigten Haustarifvertrag unverändert wieder in Kraft zu setzen. Die Kündigung vom 27. September 2013 ist damit gegenstandslos. ■

http://dju-berlinbb.verdi.de

Massiver Sparkurs beim Darmstädter Echo

Die Echo-Medien GmbH in Darmstadt schlägt einen Sparkurs ein. Und das werde aller Voraussicht nach nicht ohne Abbau von Arbeitsplätzen gehen, erfuhren die Beschäftigten in einer Versammlung am 30. Juni. Schuld seien sinkende Auflagenzahlen und Einnahmen. Gegenwärtig habe die Mediengruppe etwa 400 Mitarbeiter. Die Auflage der *Echo*-Ausgaben sei auf durchschnittlich 90.000 Exemplare gefallen.

ver.di hat die Geschäftsführung der Echo Medien GmbH vor radikalen Einschnitten zu Lasten der Beschäftigten gewarnt. Das Sanierungsvorhaben könne nur dann zum Erfolg führen, wenn es mit und nicht gegen die Belegschaft erarbeitet werde. „Die Ankündigung von Arbeitsplatzabbau und möglichen Ausgliederungen von Teilen des Verlags halten wir für verfrüht", sagte Manfred Moos vom ver.di-Fachbereich Medien in Hessen. Stattdessen müssten zuerst ergebnisoffene Gespräche mit dem Betriebsrat begonnen werden, um zunächst über die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen zu beraten. „Dazu ist es aber erforderlich, dass der Betriebsrat alle erforderlichen Informationen erhält." Nur so könne in dieser wichtigen Angelegenheit auf gleicher Augenhöhe gesprochen werden. **PM/Red.** ■

In schlechter Gesellschaft

Der Verlag Aschendorff, der im Münsterland die Westfälischen Nachrichten herausgibt, hat angekündigt, seine Redaktion ab dem 1. Januar 2015 nicht mehr nach Tarif bezahlen zu wollen. Zwar wird die ab dem 1. Mai diesen Jahres fällige Tariferhöhung von 2,5 Prozent den derzeit 144 Redakteuren und Volontären noch gewährt. Danach werden die Gehälter für die nächsten drei Jahre eingefroren, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld auf 1,5 Monatsgehälter schon ab 2015 abgesenkt. Zwölf Redakteure werden in die Altersteilzeit gehen. Mit diesen Maßnahmen will der Verlag, so Chefredakteur Dr. Norbert Tiemann, insgesamt 1,3 Millionen Euro einsparen.

Die dju in ver.di Münsterland hat die Entscheidung scharf kritisiert. Völlig abwegig sei die Einschätzung des Chefredakteurs, der Verlag befinde sich mit seiner Entscheidung „in allerbester Gesellschaft". Ein modernes Unternehmen, das auf Tradition und Werte setze, sollte sich in Gesellschaft der „Tarifflüchtigen" nicht wohl fühlen. Dort sei es in schlechter Gesellschaft. **fbi** ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

ansTageslicht.de

Das Hamburger DokZentrum ansTageslicht.de hat in diesem Jahr zwei Gründe zu feiern: Zum einen das zehnjährige Bestehen und zum anderen eine inzwischen fünf Jahre währende Kooperation mit der Moskauer Lomonossow-Universität.

Das „Dokumentationszentrum Couragierte Recherchen und Reportagen", wie der volle Namen lautet, versteht sich als mediales Kooperationszentrum zwischen Wissenschaft und Praxis und ist an die Fakultät Design, Medien, Information der Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaft (HAW) angebunden.

Das „Langzeitprojekt", so die Eigencharakteristik, ist eng in das Curriculum der Fakultät eingebunden. Hier arbeiten Studierende an Projekten, in denen sie die Geschichte besonderer Skandale und ihrer Aufdeckung durch Journalisten und Whistleblower nachzeichnen, die Recherchewege beschreiben und die Autorinnen und Autoren sowie die „Nestbeschmutzer" zu Wort kommen lassen. Passender Name der Website: ansTageslicht.de. Dafür kooperiert das DokZentrum mit der Stiftung „Freiheit der Presse", die den berühmten „Wächterpreis" vergibt, oder dem Whistleblower-Netzwerk, mit dem das DokZentrum Mitte Juni als Geburtstagsfeier in einer „Langen Nacht" über „Informanten, Whistleblower, Wikileaks und Co" diskutierte. Mit auf dem Podium in Hamburg war Guido Strack, dessen Kampf gegen Korruption in der EU ebenfalls bei ansTageslicht.de nachzulesen ist.

Das Deutsch-Russische Kooperationsprojekt „Menschen – Medien – Demokratie" entstand aus einer Vorlesungsreihe „Was geschieht im Osten? Was wissen wir im Westen? Medien und Demokratie in Osteuropa", die von der Zeit-Stiftung finanziert wurde. Durch die Einbindung der Studierenden des Freien Russisch-Deutschen Instituts für Publizistik an der Fakultät für Journalismus liegt das Augenmerk der Reportagen und Recherchen besonders auf Russland. Das Projekt besteht aus zwei Teilen: Zunächst einem Intensivkurs in Recherche in Moskau, einem Sommersemester in Hamburg, in dem die Moskauer Studierenden ihre Recherchen weiterführen und ihre Texte ausarbeiten, die dann schließlich auf der Website ansTageslicht.de erscheinen. Im fünften Kurs haben sich die Studenten die schwierige Mediensituation in ihrer Heimat vorgenommen.

ansTageslicht.de bietet aber nicht nur Interessantes zu wichtigen Themen aus den vergangenen zehn Jahren, sondern greift weiter zurück. Es sind ebenso Dossiers zur Flick-Parteispenden-Affäre oder zum Strauß-Spezl-Netzwerk zu finden sowie die Darstellung aller mit dem Wächterpreis ausgezeichneten Recherchen.

Allerdings ist die Internetseite in Teilen noch im Aufbau, zum Beispiel bei den Chroniken, auf der bisher alle aufgegriffenen Geschichten bis 2008 zurück zu finden sind. Leider fehlt auch noch der angekündigte Text „Warum Whistleblower hierzulande so unbeliebt sind". Wir sind gespannt. **sus** ■

www.ansTageslicht.de

Tarifergebnis angenommen

77 Prozent der Mitglieder stimmten zu – im Norden wird weiter verhandelt

Die Tarifkommission der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di hat dem Verhandlungsergebnis für die rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure sowie Freien und Pauschalisten bei Tageszeitungen zugestimmt und damit das Ergebnis einer Mitgliederbefragung bestätigt.

Demnach steigen die Gehälter rückwirkend zum 1. Mai 2014 um 2,5 Prozent und zum 1. April 2015 ein weiteres Mal um 1,5 Prozent. Die Honorare und Pauschalen sollen zum 1. Juni 2014 und 1. Mai 2015 jeweils um 1,8 Prozent erhöht werden. Der neue Gehaltstarifvertrag läuft insgesamt über 29 Monate bis zum 31. Dezember 2015. Er gilt ab sofort auch für die Onliner in den Redaktionen.

Im Manteltarifvertrag werden Urlaubsgeld und Jahresleistung schrittweise bis 2019 von 1,75 auf dann 1,5 Monatsgehälter abgesenkt, beginnend mit der Auszahlung des Urlaubsgeldes 2015. Ab Mitte 2016 werden auch die Onlinejournalistinnen und -journalisten in den Verlagen in den Manteltarifvertrag einbezogen, dessen Laufzeit am 31. Dezember 2018 endet. Für die Beschäftigten in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen sollte die Kürzung auf 13,5 Monatsgehälter ab diesem Jahr in einem Schritt umgesetzt werden. Allerdings hatte der Verband der Zeitungsverleger Nord e. V. (VZN) dem Verhandlungsergebnis trotz dieses so genannten Nordopfers bereits Mitte Mai für die Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern eine Absage erteilt. „77 Prozent der betroffenen dju-Mitglieder haben in einer breit angelegten Befragung dieses Tarifergebnis angenommen. Auch in Niedersachsen-Bremen votierten 76 Prozent der dju-Mitglieder für das Ergebnis, das ihnen ein besonderes Opfer abverlangt. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern hat sich durch den Widerruf des Verlegerverbandes VZN zum Verhandlungsergebnis die laufende Abstimmung erübrigt.

Dank an Streikende. „Die dju-Tarifkommission hat auf Grundlage dieses Abstimmungsergebnisses dem Tarifergebnis nun ebenfalls zugestimmt und damit den Weg frei gemacht für seine Umsetzung", erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Ausdrücklich dankte die dju-Tarifkommission den Tausenden Aktiven und Streikteilnehmern für ihr Engagement, ohne sie wäre dieses Tarifergebnis nicht zu erreichen gewesen.

Die Verhandlungen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit dem VZN werden hingegen auf Basis der ursprünglichen dju-Forderungen nach 5,5 Prozent mehr Geld und einer Ausweitung des Geltungsbereichs auf die Onliner fortgesetzt.

Red. ■

Foto: ver.di

Tausende Journalistinnen und Journalisten streikten für die Anerkennung ihrer Arbeit durch einen neuen Tarifabschluss

Nord-Verleger lenkten ein

Mehr Gehalt für Angestellte in Zeitungsverlagen ab 1. Juli 2014

Am 10. Juni fand die zweite Verhandlung über die Gehalts- und Lohntarifverträge für die Verlagsangestellten der norddeutschen Zeitungsverlage (Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) statt. Die ver.di-Tarifkommission hatte schon zuvor deutlich gemacht, keine Koppelung mit Gehaltsstruktur- und Manteltarifmaterien zu akzeptieren. Entsprechende Ankündigungen der Verleger hatten in den Betrieben zu großer Unruhe geführt und die Bereitschaft zu Arbeitskämpfen provoziert. Angesichts des breiten Widerstandes in den Belegschaften lenkten die Verleger schon zu Beginn der Verhandlungsrunde ein.

Zunächst boten die Verleger bei einer Laufzeit von 24 Monaten eine Erhöhung der Gehälter und Löhne von insgesamt drei Prozent an. Nach intensiven Diskussionen und mehrfachen Unterbrechungen zur internen Beratung konnten sich ver.di und der Verband der Zeitungsverleger Nord e.V. (VZN) auf ein Ergebnis verständigen. Ab 1. Juli 2014 steigen die Löhne und Gehälter um zwei Prozent. Ab 1. Juli 2015 werden sie noch einmal um 1,8 Prozent angehoben. Die Laufzeit beträgt 27 Monate und endet am 30. Juni 2016. Gemessen an der derzeitigen und zu erwartenden Teuerungsrate bewertet die ver.di-Tarifkommission dieses Ergebnis als durchaus akzeptabel.

Im Weiteren haben die Tarifparteien vereinbart, Gespräche über eine Überarbeitung von Lohn- und Gehaltsmaterien mit dem Ziel eines Ergebnisses bis Juni 2016 zu führen. Eine erste Sondierung soll noch in diesem Jahr erfolgen. Red. ■

http://medien-kunst-industrie-hamburg.verdi.de

Qualität in der Bilderflut

Festival für jungen Fotojournalismus mit beeindruckenden Arbeiten

Zum vierten Mal fand vom 18. bis zum 22. Juni das Lumix Festival für jungen Fotojournalismus in Hannover statt. An den fünf Festivaltagen waren 60 Ausstellungen junger Fotojournalisten aus der ganzen Welt zu sehen und es gab Fotografenvorträge, Führungen der ausstellenden Fotojournalisten sowie zwei angegliederte thematische Symposien. Über 35.000 Besucher kamen nach Hannover und stellten damit einen neuen Rekord auf. Zum ersten Mal wurde das Festival nicht von der Hochschule Hannover, sondern dem vor einem Jahr neugegründeten „Verein zur Förderung der Fotografie in Hannover e.V." organisiert, der auch die neue Galerie für Fotografie in der Eisfabrik Hannover (GAF) betreibt.

Die in den 60 Fotoausstellungen gezeigten Themen waren so vielfältig wie der Hintergrund der Fotojournalisten. Es ging unter anderem um ethnische Minderheiten und indigene Völker, Armut und Umweltverschmutzung, die Folgen des Strukturwandels, Drogenabhängigkeit, Prostitution und Schönheitswettbewerbe. Die ausstellenden Fotografen stammten zum großen Teil aus Europa, aber auch einige junge Fotojournalisten aus Asien, dem Nahen Osten, den USA und Lateinamerika waren vertreten. Dass sich das Festival international einen Namen gemacht hat, zeigten die 1.200 Einreichungen aus 71 Ländern. Auffallend war, dass ein großer Anteil der Ausstellenden von der Hochschule Hannover kommt.

Freelens Preis. Von einem studentischen Festival ist Lumix weit entfernt: viele der Aussteller publizieren für renommierte Medien und werden von etablierten Agenturen vertreten, haben schon Preise beim World Press Photo Award oder anderen Wettbewerben gewonnen. Der mit 10.000 Euro dotierte Freelens Preis für jungen Fotojournalismus des Lumix Festivals 2014 ging an die finnische Fotografin Meeri Koutaniemi für eine Arbeit über Genitalverstümmelung in Afrika. Hannover ist dabei weniger ein Meet&Greet zwischen Fotografen und Redakteuren wie zum Beispiel „Visa pour L'Image" in Perpignan als ein Besucherfestival. Dies zeigt sich nicht nur an den hohen Besucherzahlen, sondern auch an den Aussagen der Aussteller. Der junge italienische Fotojournalist Giulio Piscitelli ist auf eigene Kosten extra aus Neapel angereist. „Für mich ist es eine tolle Möglichkeit, meine Arbeit zu zeigen und in direkten Kontakt mit den Besuchern zu treten, um Erfahrungen und Gedanken auszutauschen. Im Gespräch kann ich meine eigene Arbeit erklären, was mir über andere Medien wie die Zeitung nicht möglich ist", erzählte er. Seine Arbeit „From There to Here" steht exemplarisch für die Mühen, die junge Fotojournalisten auf sich nehmen, um große Geschichten erzählen zu können. Für sein mehrjähriges Projekt über die Migration von Flüchtlingen nach Europa über das Mittelmeer schiffte er sich auf eigene Faust mit einem Flüchtlingsboot von Tunesien nach Lampedusa ein.

Der amerikanische Fotograf Mustafah Abdulaziz führt durch seine Ausstellung

Überzeugend waren wie so oft die eher stillen Arbeiten. Die Folgen des Breivik Attentats auf der Insel Utoya in Norwegen schildert anschaulich die einfühlsame Porträtserie „One Day in History" der norwegischen Fotografin Andrea Gjestvang. Ihre Arbeit zeigt in achtsamen Bildern Verletzungen und Verstümmelungen, die man sonst nur aus Kriegsregionen kennt. Einblick hinter die Kulissen des iranischen Regimes in den Alltag der Menschen konnten die Besucher mit der Arbeit „An Iranian Journey" des iranischen Fotografen Hossein Fatemi gewinnen. In zurückhaltenden, erzählerischen Bildern zeigt er den privaten Alltag junger Iraner abseits von Politik. Bei der Reportage „Suburbia" des Spaniers Arnau Bach über Gangstrukturen in den Pariser Banlieus fühlt man sich angesichts der dramatischen Schwarz-Weiß-Bilder von schwerbewaffneten Dealern unwillkürlich an die Stories aus den Favelas in Rio de Janeiro erinnert.

Eines der Highlights waren die acht Fotografenvorträge. Nur selten bekommt man die Möglichkeit, Bilder in beeindruckender Qualität auf einer Kinoleinwand zu sehen. Darüber hinaus konnten die Besucher über die gezeigte Arbeit hinaus etwas über den Alltag der Berufsfotografen erfahren. Der junge ukrainische Fotojournalist Maxim Dondyuk beispielsweise berichtete von den Schwierigkeiten, seinem Beruf in seiner Heimat nachzugehen. Die Märkte für seine dokumentarischen Projekte liegen vor allem im Ausland. Die Revolution auf dem Majdan hatte nur eine kurzfristige positive Wirkung. Lokale Fotografen waren gefragt und belieferten aktuell die Nachrichtenagenturen. Von deren tagesaktueller Arbeit setzt sich Dondyuk mit seinen länger angelegten dokumentarischen

Fotos: Felix Koltermann

Projekten klar ab. Er wollte die Ereignisse auf dem Majdan zwar aus erster Hand erleben, seine Arbeiten aber nicht den Deadlines europäischer Redaktionen anpassen. Dabei kann sein Werk nicht auf die Dokumentation der ukrainischen Revolution reduziert werden. Herausragend ist seine Arbeit „Crimea Sich", die Kinder in einem militärischen Sommerlager russischer und ukrainischer Kosaken auf der Krim vor dem Umbruch zeigt.

Crowdfunding. Das Thema Crowdfunding ist auch in der Fotojournalistengemeinde mittlerweile in aller Munde. Durch den Wegfall fester Stellen und Budgetkürzungen sind umfangreiche Recherchereisen immer schwieriger zu finanzieren. Beim Thementag Crowdfunding berichteten Fotografen von ihren Erfahrungen mit der Finanzierung über den Nutzer-Schwarm. Deutlich wurde dabei, wie unterschiedlich die Ansätze und die Formen dieser Finanzierung sind und, dass sie weit über das Einstellen eines Projekts auf einer der bekannten Plattformen wie Krautreporter oder Kickstarter hinausgehen. Der Fotograf Rob Hornstra ging mit seinem Kollegen Arnold van Bruggen in einer hervorragenden, von Designern gestalteten Kampagne mit dem einfachen Slogan „Give us your money" an die Öffentlichkeit. Über vier Jahre warben sie fast 100.000 Euro ein, ohne eine der bekannten Plattformen zu nutzen. Sie bauten ihre eigene Webseite auf und versuchten Interesse über Vorträge auf Fotofestivals und kostenlose Veröffentlichungen in Magazinen zu wecken, wo im Gegenzug ihre Anzeigen gedruckt wurden. Hornstra und seine Partner entwickelten eine Reihe herausragender Fotobücher, die während der Projektphase entstanden und ebenfalls zur Finanzierung beitrugen. Die zentralen Punkte des Crowdfunding sind laut Hornstra, dass die Menschen nicht in ein Projekt, sondern in einen Menschen investieren und, dass die Unterstützer eine Form der „Community" sind, die gepflegt werden muss. Die sozialen Medien wie Facebook spielen dabei eine zentrale Rolle.

35.000 Besucher beim Fotografie-Event in Hannover

Ganz ohne das Web 2.0 kam der deutsche Fotograf Claudius Schulze aus, der seinen Emailverteiler nutzte, um sein erstes Buch „Socotra" sowie sein neues Projekt „Naturzustände" zu finanzieren. Er machte darüber hinaus die interessante Erfahrung, dass sein Buch über die jemenetische Insel Socotra in der wissenschaftlichen Community der Inselforscher einen reißenden Absatz fand, während Fotointeressierte eher zurückhaltend reagierten. Dies zeigt wie wichtig es ist, eine Community zu finden, die dem eigenen Projekt aufgeschlossen gegenüber steht. Den klassischen Weg wählte der Berliner Fotograf Kai Wiedenhöfer mit seinem Projekt „Wall on Wall", für das er auf der Plattform Kickstarter um Unterstützung warb. Schade war, dass es keine Moderation gab, die durch die verschiedenen Vorträge geführt und die einzelnen Enden beispielsweise in einer abschließenden Podiumsdiskussion wieder zusammengetragen hätte. Ein Erkenntnisgewinn, der vor allem in einem Vergleich verschiedener Ansätze und einem Abwägen der Chancen und Risiken liegen würde, wurde dadurch erschwert und blieb allein dem Besucher überlassen.

Der Frage „Wie managen wir die Bilderflut?" widmete sich eine Veranstaltung, die von der Sektion Technik der Deutschen Gesellschaft für Photographie organisiert worden war. Beim Auftaktvortrag von Peer Rüdiger, selbsternannter „Pixelschuber" vom Medienhaven Bremen, war unklar, ob sein Vortrag sich an professionelle Fotografen oder Amateure richtete. Kaum zu glauben, dass es professionelle Fotografen geben soll, die, wie von Rüdiger geschildert, ihm und seinem Team die Bildauswahl und die Wahl des Ausschnitts überlassen. Interessant wurden seine Ausführungen, als er die Fotografen dazu aufforderte, auch umfangreichere Bildbearbeitung und ausführliche Verschlagwortung den Kunden in Rechnung zu stellen, um die Kontrolle über möglichst große Teile des Workflow zu behalten. Nachdenkenswert auch sein Vorschlag, Standards für ein Berufsbild von Assistenten für Fotografen zu entwickeln.

Aus der Perspektive des professionellen Fotojournalisten beklagte Heinz Krimmer, dass der der aktuellen Bilderflut vorangegangene Wechsel von der analogen zur digitalen Fotografie das Berufsbild Fotograf stark verändert habe. Dies habe nicht nur den Unterschied zwischen Amateuren und Profis nivelliert, sondern auch die analogen Archive vieler Kollegen für den Markt unbrauchbar gemacht. Als Rezept wusste er auch nicht mehr zu präsentieren als die Aufforderung, auf Qualität zu setzen und Nischen zu suchen. Den Arbeitsalltag aus der Sicht des Bildredakteurs schilderte der Bildchef der *Süddeutschen Zeitung* Jörg Buschmann. Die Bildersuche ist hier in weiten Teilen zu einer Beschickung von Datenbanken mit Schlagworten und dem Scrollen durch Tausende Miniaturbilder verkommen. Buschmann beklagte, dass mit der Bilderflut der Verfall der Halbwertszeit von Fotografien einher gehe, der zum Teil zu einer größeren Beliebigkeit führe.

Ausgebucht. Sechs Jahre nach seiner Gründung hat sich das Hannoveraner Festival einen festen Platz in der Landschaft deutscher Fotografie-Events erarbeitet. Mit seinem besonderen Profil zieht es sowohl die junge Fotojournalistengeneration als auch das breite Publikum an. So waren in diesem Jahr zum ersten Mal alle Gruppenführungen ausgebucht, was die Bedeutung des Festivals auch aus kunst- und fotopädagogischer Perspektive belegt. Zu wünschen wäre jedoch, dass das Festival über das Zeigen von Bildern hinaus auch stärker in eine inhaltliche Diskussion über die Rolle und Bedeutung des Fotojournalismus und der Dokumentarfotografie im 21. Jahrhundert einsteigen würde. **Felix Koltermann** ■

Felix Koltermann ist Medienwissenschaftler und promoviert an der Universität Erfurt über die fotojournalistische Produktion im Nahostkonflikt. Auf www.fotografieundkonflikt.blogspot.com bloggt er zum Thema.

Öfter Peitsche statt Zuckerbrot

Umfrage: Pressefreiheit durch Mangel an Zeit für Recherche gefährdet

Während sich der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und vor allem der ehemalige Verfassungsrichter Udo di Fabio nicht entblöden, einen gesetzlichen Mindestlohn für Zeitungszusteller/innen als Bedrohung der Pressefreiheit und damit „verfassungswidrig" zu denunzieren, sieht das redaktionelle Führungspersonal der Tageszeitungen ganz andere Gefahren für dieses Grundrecht in Bundesdeutschland.

Nicht etwa irgendwelche „gesetzlichen Vorgaben" sind demnach das Problem. Vielmehr steht an der Spitze der Bedrohungen der Mangel an Zeit für eigene Recherchen, der „die Pressefreiheit in Deutschland stark gefährdet" bzw. „gefährdet". So schätzen es nicht weniger als 83 Prozent von 432 Chefredakteuren, Redaktions- und Ressortleiter/innen ein, die dem Institut für Demoskopie Allensbach im März und April 2014 bei einer Befragung Rede und Antwort standen.

Und es waren nicht etwa kritische Medienwissenschaftler oder die Gewerkschaften, die die Befragung der verantwortlichen Redakteur/innen aus den Ressorts Politik, Wirtschaft und Lokales von 230 Zeitungen in Auftrag gegeben hatten, sondern die Verlegereigene „Stiftervereinigung der Presse" wollte die „Pressefreiheit in Deutschland" und die „Einflussnahmen auf die journalistische Arbeit" unter die Lupe genommen sehen – und zwar aus dem Blickwinkel der redaktionellen Führungskräfte.

Wenn sich nun Zeitungsunternehmer und Konzernspitzen ernsthaft mit den Ergebnissen der Allensbach-Studie auseinandersetzen wollen, sollten sie sich nicht mit der ersten Seite der Kurzfassung und dem Schaubild Nummer 1 zufriedengeben. Daraus geht nämlich hervor, dass 93 Prozent der Befragten zunächst einmal höflich bestätigen, die Pressefreiheit in Deutschland sei generell „gut" bzw. „sehr gut" verwirklicht. Aber dann! Dann folgt – in scheinbarem Widerspruch zu dieser Grundsatzaussage und illustriert mit den aufschlussreichen Schaubildern Nummer 2 bis 12 – eine Schilderung des wirklichen Lebens in den Zeitungsredaktionen, dass man aus dem Staunen nicht herauskommt – Staunen wegen der Offenheit, mit der die Probleme benannt werden, und wegen des breiten Problembewusstseins.

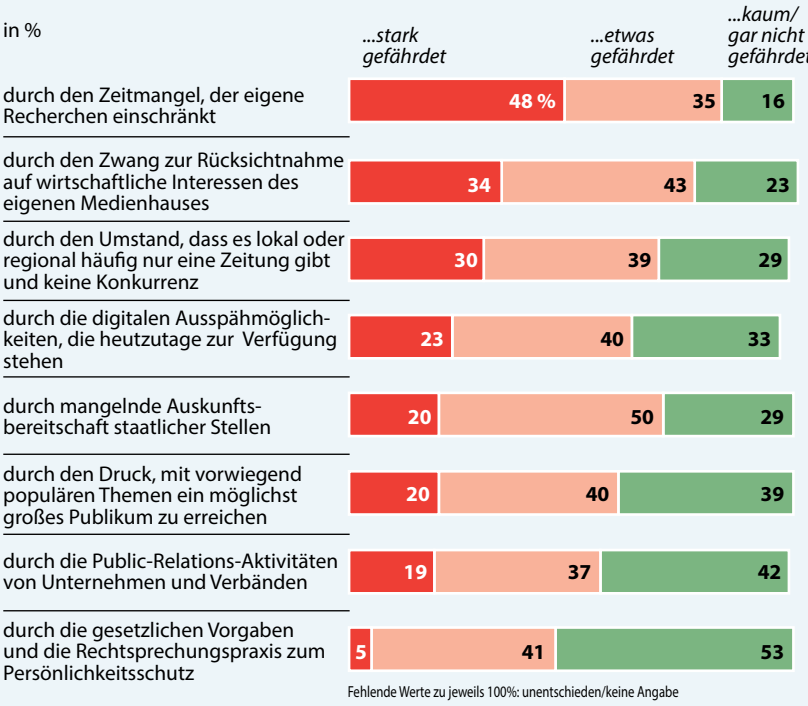
Beeinflussung. Nach dem Allensbach-Papier haben nämlich „60 Prozent der Zeitungsjournalisten bereits persönlich Behinderungen oder Beeinflussungen ihrer Arbeit erlebt, die sie als Eingriff in die Pressefreiheit empfunden haben". Als da wären: dass wichtige Anfragen von öffentlichem Interesse hinhaltend oder gar nicht beantwortet wurden; dass bereits gegebene Interviewantworten vor ihrer „Freigabe" stark verändert wurden; dass Unternehmen, Verbände oder Politiker die Berichterstattung in ihrem Sinne zu lenken versucht oder Recherchen behindert haben.

Laut Allensbach-Studie hat fast jede/r zweite Befragte „den Eindruck, dass die Einschränkungen und Behinderungen der Pressefreiheit in den letzten Jahren zugenommen haben". Und dass es statt Zuckerbrot immer öfter die Peitsche gibt: Seltener geworden sind demnach die Versuche, durch die Gewährung von „Vorteilen und Vergünstigungen eine wohlwollende Berichterstattung zu erreichen"; stark zugenommen hat dagegen der wirtschaftliche Druck auf Zeitungsverlage mit dem Ziel, die Berichterstattung zu beeinflussen. „Aus Sicht von Politik- und Wirtschaftsjournalisten versuchen vor allem Unternehmen, die Berichterstattung auf inakzeptable Weise zu beeinflussen, mit deutlichem Abstand gefolgt von Verbänden und Politikern", fasst Allensbach zusammen: „Unternehmen gelten unter Journalisten auch als die am wenigsten zuverlässige Informationsquelle. Nur 29 Prozent sehen Auskünfte von Unternehmen (...) als zuverlässig an, Auskünfte von Politikern gelten 35 Prozent der Journalisten als in der Regel zuverlässig."

Das größte Problem für die „Pressefreiheit in Deutschland" ist, wie erwähnt, aus Sicht von 83 Prozent der befragten journalistischen Führungskräfte angesichts tiefgreifender struktureller Umbrüche in der Zeitungsbranche und nach dem „Einsparen" vieler Stellen der eklatante Zeitmangel in den Redaktionen. 74 Prozent beklagen, so die Studie, dass auch sie selber „oft zu wenig Zeit für Hintergrundrecherchen und das Schreiben ihrer Artikel" haben, nur knapp jede/r Vierte hat dafür in der Regel genügend Zeit. Zwei Drittel konstatieren laut Studie, dass „sie heute weniger Zeit für Recherchen und das Schreiben ihrer Artikel haben als noch vor zehn Jahren".

Gefahren für die Pressefreiheit

Die Pressefreiheit in Deutschland ist aus Sicht der Journalisten...



Fehlende Werte zu jeweils 100%: unentschieden/keine Angabe

Basis: Zeitungsjournalisten aus den Ressorts Politik, Wirtschaft und Lokales

Quellen: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6287 (März/April 2014)

Infografik: Michael Breuer

Lesetips

Die Kurzfassung der Internetstudie „Pressefreiheit in Deutschland: Einflussnahmen von außen auf die journalistische Arbeit" ist im Internet zu finden unter **www.stiftervereinigung.de/Studien-und-Texte-zum-Download.html** – ebenso die Vorgänger-Studie zum Thema **„Einschränkungen der Presseberichterstattung aus Sicht von Kultur- und Sportjournalisten".**

Zweitgrößtes Problem ist die Rücksicht, die Journalist/innen nach eigenem Bekunden auf wirtschaftliche Interessen des eigenen Verlagshauses nehmen müssen: 77 sehen die Pressefreiheit dadurch „etwas gefährdet" oder „stark gefährdet". Die teilweise vorhandene Monopolstellung von Regionalzeitungen in ihrem Verbreitungsgebiet stufen 69 Prozent als mehr oder weniger große Gefahr für die Pressefreiheit ein, so die Autoren der Studie. Erst mit deutlichem Abstand folgen die digitalen Ausspähmöglichkeiten, die heutzutage zur Verfügung stehen, und die mangelnde Auskunftsbereitschaft staatlicher Stellen (siehe Schaubild).

Verschwimmende Grenzen. Schließlich und endlich die Rolle von PR-Agenturen und PR-Abteilungen: 86 Prozent der von Allensbach Befragten beobachten, dass die Versuche von PR-Agenturen und PR-Abteilungen, Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen, stark oder etwas zugenommen haben. 79 Prozent stimmen der Formulierung zu: „Die Grenzen zwischen PR und Journalismus verschwimmen immer mehr und PR-Material findet immer öfter ungefiltert seinen Weg in die Medien." Und was die künftige Entwicklung der Probleme angeht, sehen die meisten führenden Politik-, Wirtschafts- und Lokalredakteur/-innen schwarz: Die Einschränkungen und Behinderungen der Berichterstattung nähmen künftig eher noch zu, fürchten 54 Prozent; ganze drei Prozent glauben, dass es noch einmal besser wird.

Vor solchem Hintergrund feierten bei einer gemeinsamen Konferenz Verlegerverband und Bundeszentrale für politische Bildung am 3. Juni in Berlin den 65. Geburtstag des Grundgesetzes: Es „sprachen renommierte Medienexperten über die im Grundgesetz festgeschriebene Pressefreiheit", formuliert der BDZV auf seiner Website, wo bei dieser Gelegenheit auch die Studie der „Stiftervereinigung der Presse" am Rande erwähnt wird. Allensbach-Chefin Renate Köcher persönlich stellte sie während der Konferenz vor. Laut BDZV-Text hob sie diese Aussage eines befragten Journalisten hervor: „Zur Zeit findet eine Renaissance der Printmedien statt, sie werden neu anerkannt, als seriöser empfunden". Print sei unverzichtbar, so Köcher. Dann ist ja – scheinbar oder anscheinend – doch alles in Ordnung. Henrik Müller ■

MEDIENPOLITISCHE TAGUNG IN LAGE-HÖRSTE 2014
17. Oktober bis 19. Oktober

Journalismus in vernetzten Zeiten: Alle hören mit – und wen interessiert's?

Der erst durch die investigative Arbeit internationaler Medien aufgedeckte NSA-Skandal hat ein ungeahntes Ausmaß an staatlicher Datensammelei offenbart. Die Kommentare in der Presse hatten einen einhellig empörten Tenor, während die öffentliche Gegenwehr eher verhalten blieb angesichts der Dimension der Datenerfassung. Und auch die großen Digitalkonzerne wie Google, Facebook und Apple bestimmen und speichern unser Leben Schritt für Schritt – mit unserem Wissen und stillem Einverständnis.
Was bedeutet das für zeitgemäßen Journalismus? Wie verändert sich unser Arbeiten angesichts der Datenkraken, die uns fest im Griff haben? Wie schützen wir unsere Daten und Quellen? In diese und andere Fragen bietet die Tagung Einblick. In Vorträgen und Workshops sollen Zusammenhänge und Lösungen gemeinsam erörtert werden.

Informationen und Anmeldungen

Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK)
Teutoburger-Wald-Str. 105
32791 Lage-Hörste

Fon: 05232 / 983 – 465
(Maike Schmidt)
Fax 05232 / 983 – 462
E-Mail:
maike.schmidt@verdi.de

online buchen unter:
http://tinyurl.com/qg9pg5h

17.10.2014, 18 Uhr Abendessen, 19.00 – 21.00 Uhr

Begrüßung:
- Josef Peitz, Leiter Bildungszentrum Lage-Hörste
- Karlheinz Grieger, Tagungsleitung

Einführungsvortrag
- NSA, Google und Co.: Wie steht es um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung?
  Thilo Weichert,
  Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holstein

18.10.2014, 9.00 Uhr – 15.00 Uhr

Vorträge und Diskussion im Plenum (inkl. Mittagpause)
- Gefällt mir (nicht): Das Social Web als Spannungsfeld zwischen Selbstoffenbarung und Datenschutz
  Philipp K. Masur, Medienpsychologie Uni Hohenheim
- Willkommen in der Parallelwelt: Haben Journalistinnen und Journalisten den Anschluss an die digitale Realität verloren?
  N.N.
- Journalismus in der Demokratie: Was tut die Politik für unabhängige Berichterstattung?
  N.N., Vertreter/in der Regierungskoalition

Workshops
- Whistleblowing: Eine(r) für alle, alle gegen eine(n)?
  Inge Hannemann, Jobcenter Hamburg-Altona, Bloggerin und Whistleblowerin
- Der schwierige Weg zur Transparenz: Wie man geheime Dokumente an den Mann bzw. die Frau bringt
  N.N.
- Meine Daten und die Daten anderer schützen: Schutzsysteme nutzen, sichere Verbindungen aufbauen
  Helgo Ollmann, Medienpädagoge

19.10.2014, 9.00 Uhr – 12.00 Uhr

- Berichterstattung aus den Workshops
- Zusammenfassung, Denkanstöße und Schlussfolgerungen
  Uli Janßen, dju-Bundesvorsitzender

Link zur Seite mit mehr Informationen und Download des detaillierten Programms:
http://tinyurl.com/qg9pg5h

Weniger Politikeinfluss, stärkere Gremien

Mainz: ver.di-Diskussion nach dem Urteil von Karlsruhe im ZDF

Große Einigkeit in der Einschätzung des ZDF-Urteils. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer befand, das Urteil stärke die Gremien und die öffentlich-rechtlichen Medien. Nach Ansicht von Uwe Grund, Vorsitzender der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK), dem Dachverband der Rundfunkräte, hat das Bundesverfassungsgericht die „herausragende Rolle" der Gremien betont. ZDF-Intendant Thomas Bellut freut sich gar über starke Fernsehräte: „Das Urteil stärkt auch die Gremien, sich selbstbewusst und unabhängig im Fernsehrat einzubringen."

Foto: ZDF / Rico Rossival

Werner Hahn, Justitiar des NDR und Vorsitzender der Juristischen Kommission ARD, ZDF-Intendant Thomas Bellut und ZDF-Journalist Uli Röhm während der Diskussion über die Verantwortung der Medienpolitik für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Mainz

Einen Überblick über das ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu geben und erste Schlussfolgerungen zu ziehen – das war das Ziel der hochkarätig besetzten Tagung „Nach dem Urteil von Karlsruhe", die ver.di im ZDF am 4. Juni im Mainzer Sendezentrum veranstaltete. Anders als vorgesehen, sagten allerdings die eingeladenen CDU-Politiker ihre Teilnahme ab. Offenbar ist die Einigkeit im politischen Raum doch nicht so groß. Man darf annehmen, dass mit dem Urteil der Kampf um den politischen Einfluss in den Sendern nicht erledigt ist. In einigen Staatskanzleien wird, wie man hört, recht erfindungsreich daran gebastelt, den verfassungsrechtlichen Vorgaben zu folgen und zugleich der Politik ihren Einfluss zu bewahren.

Zentraler Diskussionspunkt des ZDF-Urteils ist eben diese Frage nach dem Einfluss der Politik. Künftig dürften nur ein Drittel der Gremienvertreter aus dem politischen Raum kommen, Vertreter der Exekutive eingeschlossen. Der Verfassungsrechtler Dieter Grimm hob hervor, dass die Verfassungsrichter das Vielfaltsgebot in den Vordergrund gestellt hatten – dieses Vielfaltsgebot „gilt auch für Staatsvertreter". Die Besetzung der Gremien müsse also auch in diesem Punkt ausgewogen sein.

Tabea Rößner von Bündnis 90/Die Grünen, die die Verfassungsklage mit angestoßen hatte, will die Politik nicht aus den Gremien verbannen: „Die Politik ist ein Teil der intermediären Sphäre der Gesellschaft, Politiker vertreten die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern. Es ist richtig und wichtig, dass sie in der Aufsicht von ARD und ZDF einen Platz haben." Es müsse aber verhindert werden, dass sie ihre Macht in einer Art und Weise konzentrieren können, „um unliebsame Kritik der vierten Gewalt an der ersten und zweiten Gewalt zu blockieren".

Kontrollfunktion. Nicht ganz so einig waren sich die Referenten in der Frage, ob die Exekutive aus den Gremien herauszuhalten sei, weil Medien schließlich die Politik kontrollieren und kritisieren sollten und die Kontrollierten nicht einfach gleichzeitig Kontrolleure sein könnten – wie es auch Verfassungsrichter Paulus in seinem Minderheiten-Votum sieht. So stellte es in Mainz auch Frank Werneke als offizielle ver.di-Position dar: „Vertreter und Vertreterinnen der Exekutive gehören nicht in Rundfunk- und Verwaltungsräte". Für Karl-Eberhard Hein, den Prozessbevollmächtigten von Rheinland-Pfalz, hat das Urteil auch eine für die Staatsvertreter positive Perspektive: „Endlich auch eine positive Legitimation der Anwesenheit von Staatsvertretern". GVK-Vorsitzender Uwe Grund befand, die Exekutive solle sich aus den Gremien fernhalten, denn „sie machen die Mediengesetze". Werner Hahn, Justitiar des NDR und Vorsitzender der Juristischen Kommission ARD, schlug vor, die Staatsvertreter in den ZDF-Gremien könnten in Fernsehrat und Verwaltungsrat auch ohne Stimmrecht mitwirken, wie das im NDR schon seit Jahren praktiziert werde.

Sichtbar wurde freilich auch, dass der Einfluss der Politik auf die Sender nicht allein an der Zahl der Gremien-Sitze zu bemessen ist. ZDF-Intendant Thomas Bellut hielt sich da erwartbar sehr bedeckt und sagte, er habe sich weder als Leiter der Innenpolitik, noch als Programmdirektor noch als Intendant „unziemlich unter Druck gesetzt gefühlt". Gleichwohl gibt es natürlich diesen Einfluss, etwa über die im ZDF sehr mächtigen Freundeskreise. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in der Anhörung sehr ausführlich mit diesen Freundeskreisen befasst. „Die Freundeskreise sind nicht verboten", so Dieter Grimm, es handle sich aber um eine „freiwillige Unterwerfung" unter den Willen von Parteien. Tabea Rößner nannte dies „die schwierigste Aufgabe der Politik: Die Macht oder politische Dominanz bestimmter Gruppen durch informelle Absprachen zu durchbrechen und Verkrustungen aufzuheben."

Wie geht es weiter? Das Bundesverfassungsgericht hat den Ländern nur einen knappen Spielraum gelassen, das Urteil umzusetzen – bis Juni 2015. Jacqueline Kraege, Chefin der Mainzer Staatskanzlei, koordiniert die Medienpolitik der Länder. Sie berichtete, dass Anfang Mai die Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei, die die Voraussetzung schaffe, „dass wir bis 2015 fertig sind". Noch im Juni 2014 würden die Ministerpräsidenten einen konkreten Fahrplan verabschieden. Die Ein-Drittel-Vorgabe für die Gremienbesetzung mache es leichter, nun die Neuregelung des Staatsvertrages auszugestalten. Und der Zeitdruck sei am Ende bei den Diskussionen eher hilfreich.

Gefahr einer Versteinerung. Eine Frage, die nach dem ZDF-Urteil noch einige Probleme aufwerfen wird, ist die Vertretung der gesellschaftlichen Gruppen. Hier hat das Bundesverfassungsgericht von der Gefahr einer „Versteinerung" gesprochen und gefordert, auch andere als die eingeführten Großverbände zu berücksichtigen. Der Medienrechtler Karl-Eberhard Hain prognostizierte, die künftige Besetzung der gesellschaftlichen Gruppen werde „zu einem Kampffeld" werden. Er schlug vor, 10 oder 20 Prozent der Sitze in den Gremien als Experimentierfeld zu betrachten und sie mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu besetzen, die bisher keinen Zugang zu den Gremien hatten. Wie auf der Tagung zu hören war, ist die Nachfrage nach einem Platz im Fernsehrat des ZDF ziemlich groß. Sogar die Karnevalisten in Mainz haben schon Bedarf angemeldet – was nur darauf hinweist, dass viele die Aufgabe der Gremien nicht verstanden haben; sie sollen als Vertreter der Allgemeinheit agieren, nicht als Lobbyisten. Die Medienwissenschaftlerin Barbara Thomaß, Mitglied im ZDF-Verwaltungsrat, verwies darauf, dass das Bundesverfassungsgericht mit einem erweiterten Begriff von Öffentlichkeit arbeite. Er umfasse „mehr als das politische System mit seinen Hauptakteuren". Ihre Schlussfolgerung: Die Bedeutung von sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft sei gewachsen. Es sollte mit wissenschaftlichen Methoden und in einem „diskursiven Konsultationsprozess" ein Modell für die Besetzung durch gesellschaftliche Gruppen entwickelt werden, basierend auf aktuellen Erkenntnissen über Zusammensetzung, Tätigkeitsfelder und Beteiligte der Zivilgesellschaft für eine „gelingende Repräsentanz vielfältiger VertreterInnen".

Tabea Rößner schlug vor, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die einen solchen Prozess vorbereitet und Kriterien definiert. Wissenschaftler aus den Ländern könnten hier zuarbeiten. Eine solche unabhängige Kommission sollte schnell eingerichtet werden und turnusmäßig alle fünf Jahre zur Überprüfung des Status quo aktiv werden.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, zog schließlich den politischen Bogen noch etwas weiter. Die öffentlich-rechtlichen Sender müssten stärker auf ihren Markenkern setzen, die Programme schärfer profilieren und den Qualitätsjournalismus fördern. Sie versicherte, die enge Terminvorgabe durch das Bundesverfassungsgericht müsse unbedingt eingehalten werden. Sie kündigte auch an, dass die Ministerpräsidenten sich in den nächsten Schritten mit der Begrenzung der Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk befassen werden. **Fritz Wolf** ■

Mehr Anträge auf Informationszugang

Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit:

http://tinyurl.com/m6s6oq2

Foto: Christian v. Polentz

Am 2. April 2004 wurde ein gemeinsamer Gesetzentwurf zum IFG an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übergeben.

Die neue Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Vosshoff, die zugleich für die Informationsfreiheit zuständig ist, hat in ihrem ersten Jahresbericht eine positive Bilanz gezogen: Die Zahl der Anträge sei deutlich gestiegen, was für ein großes Interesse der Bürger spreche.

Waren in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 4837 Anträge auf Informationszugang gestellt worden, habe sich diese Zahl im Berichtszeitraum 2012 und 2013 mit nunmehr 10.813 Anträgen mehr als verdoppelt. Parallel dazu sei auch die Zahl der Eingaben von 276 auf 397 gestiegen, in denen sich Antragsteller zur Vermittlung an die Ombudsstelle gewandt haben. Die vermehrte Nutzung des IFG auf Bundesebene ist dabei vermutlich auch auf die vereinfachte Antragstellung über Portale wie www.fragdenstaat.de zurückzuführen, eine zivilgesellschaftliche Initiative, die zugleich zur Bekanntheit der Auskunftsrechte beigetragen hat.

Ferner sprach sich Vosshoff für eine zügige Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes aus. So sollten die Ausnahmeregeln auf das verfassungsrechtlich gebotene Maß reduziert werden, wie es auch im Evaluationsbericht empfohlen wird, der bereits im Mai 2012 an den Bundestag gegangen ist.

Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ist im Jahr 2006 nicht zuletzt auf Betreiben der Journalistenverbände – darunter netzwerk recherche und dju in ver.di – von Transparency International und der Humanistischen Union zustande gekommen. Leider fehlte den Abgeordneten dann jedoch der Mut, ein wirklich weitreichendes und bürgerfreundliches Informationszugangsrecht zu verabschieden. Herausgekommen ist ein typisches Kompromissgesetz, das mit seiner Vielzahl an breit gefassten Ausnahmen den Behörden zahlreiche Optionen zum Abblocken lässt. netzwerk recherche bewertet das IFG des Bundes insofern als Einstieg in ein neues Rechtsprinzip und in dieser Hinsicht als kleinen Fortschritt. Damit die Regelungen für die journalistische Recherche und auch für interessierte Bürger wirklich zu einem wirksamen Instrument werden, bedarf es aber dringender Verbesserungen bei Ausnahmeregelungen, Kosten und Fristen. **Manfred Redelfs, netzwerk recherche** ■

Minimalstandard im Presserecht

Bundesbehörden verschanzen sich hinter umstrittenem Urteil

Eineinhalb Jahre nach dem einschneidenden Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) zur Auskunftspflicht von Bundesbehörden gegenüber der Presse fehlt nach wie vor eine bundesweite Rechtsnorm. Angesichts der Rechtslücke drohen Medienvertreter zunehmend in die Defensive zu geraten.

Grund für die zunehmenden Probleme ist das viel diskutierte Urteil des BVerwG (6 A 2.12) vom 20. Februar vergangenen Jahres. Die in Leipzig ansässigen Richter wiesen damals eine Klage des *Bild*-Reporters Hans-Wilhelm Saure gegen den Bundesnachrichtendienst (BND) ab. Saure wollte vor dem BVerwG die Herausgabe von Informationen über die NSDAP-Vergangenheit von BND-Funktionären erreichen. Der 6. Senat des BVerwG lehnte dies mit einer folgenschweren Begründung ab: Das Landespresserecht, auf das sich Saure berufen hatte, gelte nicht bei einer Bundesbehörde. Ein entsprechendes Bundesgesetz aber gibt es nicht. Die Richter verwiesen auf Artikel 5 des Grundgesetzes, der – sofern der Gesetzgeber weiterhin untätig bleibe – immer noch einen Minimalstandard wahre.

Manfred Redelfs, der im Vorstand des Journalistenvereins Netzwerk Recherche für das Thema Auskunftsrecht verantwortlich ist, genügt das beileibe nicht. „Das Problem ist, dass ohnehin auskunftsunwillige Behörden seit dem Leipziger Urteil ein formales Argument haben, um Anfragen abzuweisen", sagte er gegenüber M. Dieser „unerträgliche Zustand" müsse schnellstmöglich verändert werden. Zwar hatte die SPD nur sechs Tage nach dem Urteil des BVerwG einen Entwurf für ein Presseauskunftsgesetz vorgelegt. Die Gesetzesinitiative wurde nach vier Monaten nach zweiter Beratung im Bundestag jedoch abgelehnt. Im Regierungsvertrag der Großen Koalition fand sich das Thema nicht mehr wieder.

Die Folgen dieser „Regelungslücke", die Redelfs beklagt, bekommen investigativ arbeitende Journalisten nun zunehmend zu spüren. Der Bonner Kollege Helmut Lorscheid recherchierte zum Fall des deutschen Unternehmers Jürgen Ziebell, der offenbar unter konstruierten Vorwürfen seit Mai 2012 im Königreich Bahrain festgehalten wird. Auf mehrere konkrete Fragen zum Fall antwortete das Auswärtige Amt mit Allgemeinplätzen. Man setze sich „umfassend und auf allen Ebenen" für Ziebell ein. Mehr war nicht zu erfahren. Auf Nachfrage hieß es, man gebe „keine weiteren Stellungnahmen ab". Lorscheid ist sich sicher: „Das wäre vor dem Leipziger Urteil undenkbar gewesen." Das dürfte auch für eine Antwort der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an den ebenfalls in Bonn ansässigen Journalisten Marvin Oppong gelten. Auf Nachfrage im Zuge einer laufenden, vertraulichen Recherche verwies die KfW „hinsichtlich Ihres Hinweises auf etwaige presserechtliche Auskunftspflichten" explizit auf das BVerwG-Urteil.

Erfahrungen mit Bundesauskünften?

Die dju trägt Beispiele zusammen, bei denen Kolleginnen und Kollegen im Rahmen von Recherchen bei Bundesbehörden Auskünfte verweigert wurden.
Wer hat entsprechendes erlebt? Wurde dabei vielleicht – wie bei dem im Beitrag erwähnten Fall – explizit auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes verwiesen? Zuschriften bitte an: dju@verdi.de.

Foto: Fotolia / Frank Boston

Eine solche Entwicklung war für die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) absehbar. Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß hatte das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts noch am gleichen Tag scharf kritisiert. „Verwaltungsrechtliche Hürden dürfen nicht dazu führen, dass es keine Transparenz über die Arbeit von Bundesbehörden gibt", so Haß. Wenn die landesspezifischen Regelungen nicht greifen, dann müssten bundesweite gesetzliche Standards geschaffen werden, fügte Haß an.

Auf eine Lösung drängt auch der Dortmunder Journalistik-Professor Tobias Gostomzyk. Der Verweis auf das Grundgesetz alleine reiche nicht aus. „So ist unklar, wie weit dieses Mindestmaß an Auskunftsanspruch reichen soll", sagte Gostomzyk gegenüber M. In den Landespressegesetzen sei dies „wesentlich anwendungsfreundlicher konkretisiert.

Nicht nur unter Journalisten, sondern auch vor Gerichten dauert der Streit an. Denn während im September 2013 das Berliner Oberverwaltungsgericht eine Klage abwies, mit der die Bundestagsverwaltung nach dem Berliner Landespressegesetz zur Auskunft über die Verwendung von Bundesgeldern gezwungen werden sollte, kam das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in einem ähnlich gelagerten Fall nur drei Monate später zu einem gegensätzlichen Urteil. Die Münsteraner Richter wiesen die in Bonn ansässige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an, nach dem Landespressegesetz NRW Auskunft über die Vermietung des Flughafen Tempelhof in Berlin zu geben.

Die dju fordert angesichts der Rechtslücke ein Presseauskunftsrecht auf Bundesebene. Verweise auf das Informationsfreiheitsgesetz und die Landespressegesetze hält dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß für unzureichend. dju-Vorsitzender Ulrich Janssen bekräftigte: „Wir brauchen endlich klare Verhältnisse für Journalistinnen und Journalisten, die auf Bundesebene recherchieren". **Harald Neuber** ■

Abendzeitung München: Alles wird kleiner

Nur ein Viertel der Mitarbeiter behält einen Arbeitsplatz

Minimalismus ist das Credo des *AZ*-„Retters" Martin Balle. 25 Kolleginnen und Kollegen (Print und Online) statt bislang rund 100 sollen den „Charakter als kritische und selbstbewusste Stimme für München" garantieren. Von Bord geht auch Noch-Chefredakteur Arno Makowsky.

Ein neuer Chefredakteur wird wohl aus Straubing kommen. Dorthin, zu Balles Heimatzeitung *Straubinger Tagblatt*, soll auch der Druckauftrag wandern. Dazu muss die *Abendzeitung* auf das kleinere „Berliner Format" umgestellt werden. Zudem soll die Druckauflage deutlich reduziert werden. Die ambitionierte Preiserhöhung, nach außen offensiv vertreten, soll nach Brancheninformationen rund 10 Prozent Verkaufsauflage gekostet haben. Was bleibt bei so viel Minimalismus noch von der *Abendzeitung*?

Balle, der im Umgang mit Beschäftigten einen eher rustikalen Stil pflegt, hat sich zur Verstärkung Dietrich von Boetticher als Mitgesellschafter geholt. Der Wirtschaftsanwalt hat nebenbei nicht nur ein edles Gestüt in Ammerland und Hotelprojekte in Berlin, sondern pflegt auch eine gewisse Affinität zu Medien. In den 90er Jahren stieg er u.a. beim Luchterhand Literaturverlag, dem Limes Verlag, dem ex-DDR-Verlag Volk+Welt sowie bei der *Wochenpost* ein. Den rund 70 Kolleginnen und Kollegen, die für vier Monate in eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft wechseln, kann das herzlich egal sein. Sie sind de jure „draußen", und ob sie jemals wieder zu ihren alten Tätigkeiten zurückkehren können, ist mehr als ungewiss. Schon gar nicht zu alten Konditionen, denn Verleger Martin Balle hält Tarifverträge für „Folklore". Räumlich wird ohnehin nicht viel Platz sein; die derzeitige weitläufige Bürofläche mit dem zentralen roten Desk wird aufgegeben.

Balle und von Boetticher wollen der *Abendzeitung* für eine „ausgeglichene Bilanz" ein Jahr Zeit geben. Die verlegerischen Rezepte dafür sind leider allzu bekannt, und Balle hat sie bereits kundgetan: In München soll es nur noch eine Lokalredaktion, ein Feuilleton und eventuell auch noch eine Sportredaktion geben. Der Rest kommt aus Straubing. Unklar ist noch, welche Konzepte die neuen Verleger bei Anzeigen und Vertrieb verfolgen werden. Bei der Anzeigenentwicklung kam die *AZ* immer stärker unter Druck, weil sie keinen auflagenstarken Verbund im Rücken hatte (wie ihn etwa die Lokalkonkurrenten *tz* und *Münchner Merkur* bilden). Der Vertrieb wiederum erfolgt bislang in großem Umfang über „Stumme Verkäufer". In der Vergangenheit wurde die hohe Verlustquote für die höhere Verkaufsauflage in Kauf genommen. Für eine „ausgeglichene Bilanz" dürfte das Konzept aber nicht mehr taugen.

So bleiben bislang noch viele Fragen offen, besonders auch, welches journalistische Konzept die „neue" *AZ* eigentlich haben soll. Ein „liebevolles Heimat-Boulevardblatt" wolle man machen, sagte Balle gegenüber dem BR. „Rückenschule statt Champagner" ätzt dazu die *taz*. Und so ist nur eines gewiss: es wird vorerst weiterhin eine *Abendzeitung* geben. Aber so wie es ausschaut, wird es nicht mehr die freche und liberale *AZ* sein, die zu München gehört wie der Alte Peter.

Bernd Mann ■

Foto[M]: Fotolia / oleksey

Funke in Hamburg auf Einkaufstour

Nach dem Deal mit Springer, bei dem die Funke Mediengruppe unter anderem das Hamburger Abendblatt erworben hat, geht die Einkaufstour am Standort Hamburg weiter. „Die größte Zeitung der Metropolregion (das *Hamburger Abendblatt,* d. Red.) übernimmt die Lokalmagazine Hamburger Klönschnack und Pinnwand und geht eine weitreichende Kooperation mit Der Hamburger ein", teilte die Funke Mediengruppe am 12. Juni mit. Alle drei Stadtmagazine seien in ihren Märkten bei Lesern und Werbekunden etabliert. Die Kooperation mit Der Hamburger in Redaktion und Anzeigenvermarktung soll zunächst über Jahr laufen. Hamburger Klönschnack erscheint seit über 30 Jahren mit 61.000 Exemplaren in den Elbvororten. Das Magazin Pinnwand wird für Pinneberg veröffentlicht und hat eine Auflage von 28.000. **wen** ■

Springer-Kundenservice zieht nach Berlin

Der Kundenservice von Springer steht vor tiefgreifenden Umbau-Arbeiten. Die Verlags-Tochter AS Direkt soll von Hamburg nach Berlin ziehen. Bisher wurde das gesamte Customer Care Management in Hamburg abgewickelt. Mit dem Verkauf der in Hamburg ansässigen Springer-Titel gibt es hier weniger zu tun. Zudem sollen Teile der Aufgaben von AS Direkt an einen externen Dienstleister übergeben werden. Und Funke zieht den Kundenservice der „neuen Titel" in seine eigenen, bereits bestehenden, Call-Center. Betroffen sind 300 Mitarbeiter, die damit zu den Verlierern des Funke/Springer Deals gehören könnten. Für jene AS Direkt-Beschäftigten, die weder nach Berlin umziehen noch einen anderen Job im Unternehmen finden, bemühe man sich um „sozialverträgliche Lösungen", heißt es bei Springer. **wen** ■

Fotos auf Ebay verschleudert

Urheberrechtsverletzungen bei Bildern keine Seltenheit

Foto[M]: Fotolia / vege

Ob Bilder von Schlagersängerin Helene Fischer bei der Taufe eines Kreuzfahrtschiffes oder andere Ereignisse mit Prominenten: Auf Ebay kursieren Fotos, deren Vermarktung auf der Auktionsplattform nicht nur illegal, sondern grob geschäftsschädigend ist. Die Fotografen und Agenturen wissen nichts davon, dass ihre Fotos dort für ein Taschengeld verschleudert werden. Mit der Masse macht der Verkäufer möglicherweise einen erquicklichen Gewinn.

Schlagersängerin Helene Fischer hat ihre Fans. Als die Musikerin im Juni in die Hansestadt kam, um ein Kreuzfahrtschiff zu taufen, strömten Tausende auf den Fischmarkt, um sie zu sehen. Auch zur deutschen Party während des Eurovision Song Contest stand sie in Hamburg auf der Bühne. Jan-Timo Schaube, Fotograf und Mitglied des Hamburger Vorstands der dju in ver.di, staunte nicht schlecht, als er auf der Website des Auktionshauses Ebay als Poster ausgedruckte Bilder von diesen Veranstaltungen entdeckte – für ein Taschengeld angeboten. Sie stammten von Berufsfotografen und waren offensichtlich nicht von den Verkäufern aufgenommen worden. Auch andere Prominenz – Sylvie Meis, Miley Cirus, Micaela Schäfer – werden dort abgebildet. „Wir müssen davon ausgehen, dass große Bild- und Nachrichtenagenturen und freie Kolleginnen und Kollegen bestohlen wurden", so Schaube. Wahrscheinlich, vermutet er, stammt ein Teil der Bilder sogar aus dem Fundus von picturemaxx. Die wichtige Münchner Firma bietet einen Service, mit dem Fotografen und Agenturen ihre Arbeiten vermarkten können.

Firmenchef Bernd M. Czichon reagiert überrascht: „Das ist ein neuer Fall", sagt er. Angesichts von 1,2 Mrd. Fotos von 2.000 Agenturen und sehr vielen Transaktionen seien konkrete Hinweise notwendig, um Verstößen – etwa gegen das Urheberrecht – nachgehen zu können. Sein Unternehmen – und alle Fotografen – lebten davon, dass professionelle Arbeit ernst genommen werde.

Auf Ebay verschwinden Angebote mit den beschriebenen Fotos sehr schnell wieder. „Ebay hat größtes Interesse daran, derartige Rechteverletzungen zu unterbinden. Grundsätzlich ist jedoch nicht Ebay, sondern einzig der Anbieter für die Inhalte seiner Angebote verantwortlich. Rechteinhaber müssen sich daher für alle Maßnahmen, die über die Entfernung des Angebotes hinausgehen, grundsätzlich an den Anbieter wenden". Dass das Auktionshaus ein eigenes Tool betreibt, um Rechte geltend machen bzw. Verstößen nachgehen zu können, lässt den Schluss zu, dass das Problem erkannt wird. Dazu, wie viele Angebote von Ebay selbst entfernt wurden, lägen „keine genauen Zahlen vor".

Auf der Website „Forum Romanum" taucht eine Bemerkung auf: man hoffe, dass das „hier nicht wieder einige nutzen, um die Bilder bei Ebay zu verkaufen". Beim Durchklicken durch das Forum zeigt sich schnell: Auch hier sind Bilder von diversen, meist weiblichen Prominenten zu sehen, die mit professionellem Equipment gemacht wurden. Timo Schaube erläutert, dass sich von einem Termin mit Helene Fischer über Hundert Bilder gefunden hätten, von denen ein Pressefotograf einen Großteil als seine wiedererkannt habe. Die Betreiber teilen mit, sie hielten rund 500.000 Foren vor. „Leider sind uns die Inhalte der einzelnen Foren nicht im Detail bekannt." Man sei nicht Betreiber oder Moderator, „sondern bietet diesen Dienst für Dritte an". Die Bilder lägen nicht auf dem eigenen Server, sondern bei einem anderen Anbieter. Bemerkenswert: Während der M-Recherchen wurden entsprechende Beiträge vom Netz genommen.

Schadenersatz verlangt. Die Hamburger Fotografin Ulrike Blitzer, die für verschiedene Agenturen arbeitet, hat eines der Bilder als ihres identifiziert und fügt hinzu, die aktuellen Fälle seien keine Premiere. Da auch Bilder anderer Kollegen gefunden wurden, nimmt sie an, dass diese vom Angebot einer Redaktion heruntergeladen worden seien. Ihre Einschätzung ist klar: „Damit auf diese Weise Geld verdienen, das finde ich Scheiße". Blitzer berichtet, bei Talkshowterminen in Bremen und Hannover seien „wenn es hochkommt, nur fünf Leute" am Set, die Fotos machten. Also ein überschaubarer Kreis.

Christian Röwekamp, Sprecher der dpa, sagte, man prüfe „den Umfang der missbräuchlichen Nutzung" und werde dann klären, welche rechtlichen Schritte die dpa ergreife. In der Regel würden Unterlassungserklärungen und Schadensersatz verlangt, der dann auch geleistet werde: „Gerade heute ist eine Zahlung eingegangen", so Röwekamp. Auch bei Reuters bedankte man sich für den Hinweis, dem nun nachgegangen werde.

Wolfgang Schimmel, lange Jahre als Jurist für ver.di tätig, sieht den Verkauf solcher Bilder als illegal an, wenn der Verkäufer die Kopien selbst hergestellt hat. Die Regelung zur Privatkopie erlaube kein Kopieren zum Verkauf. „Der Verkauf dieser illegalen Kopien selbst wäre eine Verletzung des Urheberrechts und würde zu Schadensersatzansprüchen des Urhebers führen", so Schimmel, auch wenn dabei leider meist nur wenig herauskomme. Nicht zu beanstanden sei der Verkauf nur dann, wenn die Verkäufer die Bilder legal erworben hätten. Dem Urheber bleibe allerdings das so genannte Folgerecht, das eine Grenze von 400 Euro kennt. Ulrike Blitzer jedenfalls will sich zur Wehr setzen.

Frank Berno Timm ■

Hinweise und Fragen?

Timo Schaube kümmert sich weiter um das Thema, er ist unter timo.schaube@dju-hamburg.de erreichbar.

Gutes Geschäftsjahr für die VG Wort

Aber weniger Einnahmen aus Reprografieabgaben

Mit Erlösen von fast 129 Millionen Euro (Vorjahr: 115 Millionen) war 2013 für die VG Wort ein gutes Geschäftsjahr. Im Mittelpunkt der Versammlungen am 23. und 24. Mai 2014 in Berlin standen denn auch andere Dinge, insbesondere die Reform der Satzung.

Nach wie vor wichtigste Einnahmequellen der Verwertungsgesellschaft sind die Urhebervergütungen für Kopiergeräte und Speichermedien (Reprografieabgaben). Sie sind um rund 11 Millionen auf 54 Millionen Euro gegenüber 2012 gesunken, weil weniger Geräte in Deutschland verkauft wurden. Zudem werden aus den Einnahmen für Drucker rund 4 Millionen Euro (2012: 4,8 Mio. Euro) zurückgestellt, bis der Bundesgerichtshof in dem seit 2003 laufenden Prozess über die Vergütungspflicht von Druckern und PCs nach „altem Recht" für die Jahre 2001 bis 2007 entschieden hat. Nach einer für die VG Wort positiven Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs im Juni 2013 (siehe M 5/2013) hat nun auch der BGH am 3. Juli grundsätzlich eine Vergütungspflicht von Druckern und eingeschränkt PCs bejaht. Über die Höhe der Vergütungen müssen aber noch die Vorinstanzen entscheiden.

Im Bereich Hörfunk / Fernsehen stiegen die Einnahmen zwar von 11,8 auf 32,5 Millionen Euro, doch davon wurden bereits Ende Februar 20,7 Millionen Euro aus nachträglichen PC-Einnahmen für die Jahre 2008 bis 2010 im audiovisuellen Bereich an die jeweiligen Bezugsberechtigten ausgeschüttet (M 2/2014). Weitere Einnahmen aus Geräte- oder Speichermedienabgaben wurden 2013 nicht erzielt. Sie sind strittig und die Verfahren bei der Schiedsstelle des DPMA oder vor Gerichten anhängig. Folglich und wegen der immer umfassenderen Sendungserfassung sinken hier abermals die Ausschüttungsquoten (Tabelle auf dieser Seite).

Das gilt auch für einige andere Bereiche, denn bei ansonsten kaum nennenswerten Veränderungen in den einzelnen Einnahmeposten steigt die Zahl der Ausschüttungsempfänger leicht auf über 170.000, davon rund 164.000 Autoren. Zudem wurden die Rückstellungen bezüglich des Klageverfahrens gegen die VG Wort auf jetzt 67 Millionen Euro erhöht. Die Verwaltungskosten machten 2013 nur noch 7,6 Prozent der Inlandserlöse aus.

Perspektiven. Immerhin stehen in Zukunft weitere große Nachausschüttungen durch die in der Zentralstelle für private Überspielungsrechte (ZPÜ) zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften an: rund 240 Millionen Euro für Urheberabgaben auf Computer für die Jahre 2011 bis 2013 und ab 2014 jährlich schätzungsweise rund 70 Millionen Euro. Noch weitaus mehr wird es sein bei der VG Wort und Bild-Kunst auf Drucker und PCs für die Jahre 2002 bis 2007 (Prozess vor dem BGH). Zudem zeichnet sich eine einvernehmliche Lösung mit den Ländern über die Intranetnutzung von Texten an Hochschulen (seit 2003) ab.

Satzungsreform. Bei der von der Mitgliederversammlung beschlossenen neuen Satzung ging es vor allem um bessere Verständlichkeit und eine klarere Strukturierung. Ein wesentlicher Punkt ist die Vereinheitlichung und Senkung der Aufnahmeschwellen für Mitglieder (bisher gibt es nur rund 450 Mitglieder gegenüber rund 176.000 Wahrnehmungsberechtigten). Autoren können jetzt Mitglied der VG Wort werden, wenn sie im Durchschnitt 400 Euro Ausschüttungen in den letzten drei Jahren erhalten haben. Außerdem wird das Autorenversorgungswerk künftig aus dem Gesamtaufkommen der VG Wort (bisher im Wesentlichen aus der Bibliothekstantieme) finanziert. Für die Delegierten der Wahrnehmungsberechtigten wurden einige Klarstellungen und Verbesserungen beschlossen, weitergehende Vorschläge aber nicht aufgegriffen.

VG Bild-Kunst. Was für den Wortbereich gilt, trifft naturgemäß den Foto- und Filmbereich gleichermaßen. Durch rückläufige Reprografie- und fehlende Gerätevergütungen im audiovisuellen Bereich sanken 2013 auch bei der VG Bild-Kunst die Erlöse. Aufgefangen wurde das durch die Nachzahlung, die bereits ausgeschüttet wurde. Durch steigende Einnahmen in weiteren Bereichen wuchs das Gesamtaufkommen von 58,6 auf 61,3 Millionen Euro. Rüdiger Lühr ■

Ausschüttungsquoten 2014 für 2013 für Urheber/-innen in Euro (= Quoten 2013)

Pressespiegel: Sockel 30,00 (34,00) / Punktewert 6,00 (6,20)
Elektronische Pressespiegel: Faktor 2,0 (2,3)
Presse-Repro: Punktewert 14,00 (12,00)
Bibliothekstantieme: mindestens 91,99 (99,65)
Beiträge Wissenschaft: 2,00 pro Normseite (2,00)
Buch Wissenschaft: 800,00 (800,00)
Broschüre Wissenschaft: 3,00 pro Druckseite (3,00)
Hörfunk: 10-Punktewert 1,50 (2,00)
Fernsehen: 10-Punktewert 0,24 (0,35)

METIS (Texte im Internet):
10,00 (10,00) ab 1.500, 12,00 (13,00) ab 6.000, 16,00 (18,00) ab 24.000 Abrufe
METIS-Sonderausschüttung:
10,00 (10,00) bis 20 Texte in 6 Stufen von 30,00 (30,00) für 21 – 60 Texte bis 480,00 (480,00) bei über 480 Texten pro Domain

Alles geschützt?

Aktuelle Urteile zum Urheberrecht

Karikatur: Roger Schmidt

Urheberrecht? Das Thema ist längst in der öffentlichen Diskussion, vor allem wenn es ums Internet geht. Politisch umstritten, scheint rechtlich alles klar zu sein: Alles ist geschützt, davon gehen auch viele Urheberinnen und Urheber aus. Was vom Urheberrecht tatsächlich erfasst wird, dazu einige aktuelle Urteile.

Geschützt werden durch das Urheberrechtsgesetz (UrhG) unter anderem Sprachwerke (außer Texten auch Reden und Computerprogramme), Fotografien, Karikaturen und Filme, Werke der Musik, der Bildenden Kunst und der Tanzkunst sowie Darstellungen wissenschaftlicher und technischer Art. Voraussetzung: Es handelt sich um persönliche „geistige Schöpfungen".

Ohne diesen Schutz könnten Publizisten und Künstler nicht existieren. Denn sie leben von ihren Urheberrechten – egal ob sie Artikel oder Bücher schreiben, journalistisch oder künstlerisch fotografieren, Beiträge für den Hörfunk oder das Fernsehen erstellen. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt damit, dass sie Genehmigungen für die Nutzung ihrer Werke erteilen (UrhG: Nutzungsrechte einräumen) und dafür als Vergütung Honorar oder Gehalt erhalten.

Nicht nur daraus entstehen Konflikte – wie die Auseinandersetzungen um „Rechteklau" und Buy-Out-Verträge immer wieder deutlich machen. Auch darüber, ob der Urheberschutz im Einzelnen überhaupt konkret greift, muss oft genug – vor Gericht – gestritten werden. Denn Urheberrechte erlöschen erst 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Erst danach darf jeder die Werke nach Belieben nutzen. Erst dann sind sie „gemeinfrei".

In der Regel 50 Jahre nach der erstmaligen Veröffentlichung (teilweise auch nach Erstellung) erlöschen Leistungsschutzrechte, die als verwandte Schutzrechte ebenfalls im UrhG geregelt sind. Die gibt es zum Beispiel auch für „Lichtbilder". So bezeichnet das Gesetz „gewöhnliche" Fotos, bei denen es sich nicht um eine „persönliche geistige Schöpfung" handelt. Und darum geht es im ersten Urteil.

Dokumentarische Filmbilder. Der Bundesgerichtshof hat in einem Urteil vom 6. Februar 2014 (Az.: I ZR 86/12) entschieden, dass bei dokumentarischen Filmaufnahmen das Leistungsschutzrecht auch das Recht zur Verwertung der Einzelbilder umfasst. Geklagt hatte ein Journalist, der die Verwertungsrechte an einem Film übernommen hatte, den der Kameramann Herbert Ernst am 17. August 1962 vom Sterben und Abtransport des Flüchtlings Peter Fechter an der Berliner Mauer gedreht hatte. Der RBB sendete Bilder aus diesem Film am 13. August 2010 in der Abendschau.

Anders als die Vorinstanzen urteilte der I. Zivilsenat in Karlsruhe, dass Ansprüche auf Unterlassung und Wertersatz wegen Nutzung der Filmaufnahmen nicht daran scheitern, dass dieses nicht als Filmwerk geschützt ist, weil es sich dabei lediglich um dokumentierende Aufnahmen und nicht um persönliche geistige Schöpfungen handele. „Denn an den einzelnen Filmbildern besteht jedenfalls ein Leistungsschutzrecht" als Lichtbilder (§ 72 UrhG) und dieses umfasst „das Recht zur Verwertung der Einzelbilder in Form des Films", heißt es in der BGH-Pressemitteilung.

Für den Kameramann ist das BGH-Urteil nur ein einmaliger und kurzfristiger Erfolg, denn mittlerweile sind 50 Jahre vergangen. Für die Filmemacher insgesamt handelt es sich aber um eine wichtige Grundsatzentscheidung. Nun ist höchstrichterlich festgestellt, dass sie beispielsweise Screenshots im Internet aus ihren Filmen nicht ohne weiteres hinnehmen müssen.

Auszüge aus Buchrezensionen. Ein neues Urteil des Landgerichts München I hat die Buchbranche in Aufregung versetzt. Auszüge aus Buchrezensionen sind urheberrechtlich geschützt, ihre Verwendung muss lizenziert werden, hat das LG gegen den Internetbuchhändler buch.de am 12. Februar 2014 (Az.: 21 O 7543/12) entschieden. Geklagt hatte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

In der Urteilsbegründung betonte das Münchener Gericht die urheberrechtliche Schutzfähigkeit der FAZ-Artikel, die für die bisher branchenüblichen Online-Rezensionen genutzt wurden. Bei journalistischen Arbeiten, die sich „mit literarischem Schaffen befassen und literarische Werke feuilletonistisch darstellen", sei die für Zeitungsartikel typische „individuelle Prägung sogar noch eher anzunehmen als bei herkömmlichen Artikeln … der Tagespresse". Buch.de habe aber keine Nutzungsrechte für die Verwertung der Artikel erworben. Auch das Zitatrecht greife nicht, da bei den Online-Rezensionen kein „Zitatzweck" erkennbar sei.

„Bedauerlich ist, dass das symbiotische Miteinander von Buch- und Presseverlagen bei der Verwendung von Rezensionen nach diesem Urteil faktisch aufgekündigt ist", erklärte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels. Allerdings hatte der Verlag der *FAZ* aufgrund des starken Unmuts in der Verlagsbranche bereits im Oktober 2013 in einer Erklärung betont, dass die „Nutzung von Buchbesprechungen der *FAZ* zu Werbezwecken möglich" sei – auch in Zukunft. „Lizenzfrei und ohne gesonderte Genehmigung möglich ist somit die Nutzung von Auszügen aus Rezensionen, die aus bis zu 25 aufeinanderfolgenden Wörtern bestehen. Möglich ist zudem damit ausdrücklich die Verwendung auf Umschlagseiten und in Klappentexten sowie zukünftig die Bewerbung der besprochenen Bücher im Internet." Der Online-Händler buch.de hat Berufung vor dem OLG München eingelegt.

„Kleine Münze". Das Münchner Landgericht hatte bereits am 4. August 2011 (Az.: 7 O 8226/11) auch den urheberrechtlichen Schutz als Sprachwerk für einen aus zwölf Worten bestehenden Spruch des nicht nur in der bayerischen Hauptstadt verehrten Karl Valentin bejaht: „Mögen hätte ich schon wollen, aber dürfen habe ich mich nicht getraut". Dieser Spruch darf auf einer Zitat-Webseite ohne Genehmigung nicht öffentlich zugänglich gemacht werden. Erfolgreich machte die Enkelin von Karl Valentin als Gesamtrechtsnachfolgerin ihren Unterlassungsanspruch geltend.

Ohnehin gilt für Sprachwerke die sogenannte kleine Münze. Der Begriff bedeutet, dass auch einfache Werke durch das Urheberrecht geschützt sind, die nur über ein schwaches Maß an individueller, schöpferischer und gestalterischer Ausdruckskraft verfügen. Maßgeblich ist, dass eine schöpferisch wertvolle und daher schutzwürdige Errungenschaft erschaffen wurde. Das gilt bei verschiedenen Werkarten in unterschiedlich starkem Maße: Die Schutzuntergrenze bei Sprachwerken ist höher angesetzt als auf musikalischem Gebiet, wo auch einfachste Melodien wie beispielsweise Jingles schutzwürdig sein können.

AGB und Nachrichtentexte. So gibt es mehrere Urteile, dass auch Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) urheberrechtlichen Schutz genießen (können), anders als Urteils- und Gesetzestexte. So entschied etwa das Oberlandesgericht Köln am 27. Februar 2009 (Az.: 6 U 193/08): „Allgemeine Geschäftsbedingungen können als (wissenschaftliches Gebrauchs-) Sprachwerk … urheberrechtsfähig sein …, wenn sie sich wegen ihres gedanklichen Konzepts oder ihrer sprachlichen Fassung von gebräuchlichen juristischen Standardformulierungen abheben." Das gleiche OLG hatte schon zuvor den Urheberschutz von Urteilsleitsätzen festgestellt, die ein Rechtsanwalt auf seiner Website von der eines Kollegen „übernommen" hatte (Beschluss vom 28. August 2008 – Az.: 6 W 110/08).

Dass auch Nachrichtentexte „persönliche geistige Schöpfungen" sind und damit den Schutz des Urheberrechts genießen, ist eigentlich klar. Die Nachrichtenagentur AFP musste deswegen aber gegen den Betreiber eines Internetmagazins prozessieren, der meinte, er könne sie unverändert übernehmen, da das Urheberrecht nicht zum Zug komme. So kam es zum Urteil des OLG Karlsruhe vom 10. August 2011 (Az: 6 U 78/10), in dem der Urheberschutz von Nachrichtentexten eindeutig festgestellt wurde.

Webseiten. Im Bereich der Grafik liegt die Grenze für den urheberrechtlichen Schutz weitaus höher und gilt allenfalls für herausragende Grafiken. Lange wurde auch vor Gericht über den Urheberschutz von Webseiten gestritten. Dass eine Webseite nur unter ganz besonderen Umständen Urheberrechtsschutz genießt, hat sich vor Gericht wohl allgemein durchgesetzt.

Das hat auch das OLG Hamburg in seinem Urteil vom 29. Februar 2012 (Az.: 5 U 10/10) noch einmal bestätigt: „Da nach Auffassung des Senates die Webseite der Klägerin bereits keinen Schutz als urheberrechtliches Werk genießt, liegt in der Übernahme eines Teils der Gestaltungselemente … auch keine Urheberrechtsverletzung vor." Auch sei nicht schon ein Quellcode an sich geschützt, führte das OLG weiter aus. Die Schutzfähigkeit lasse sich nicht alleine mit der Benutzung einer bestimmten Programmiersprache oder bestimmter Programme begründen, sondern sei daran zu messen, inwieweit das erstellte Programm keine ganz einfache Gestaltung aufweise.

Gebrauchsdesign. Bei Gebrauchsgrafik oder Produktdesign fand der Schutz der kleinen Münze lange keine Anwendung, weil diese auch durch das Geschmacksmustergesetz (nach einer Reform jetzt: Designgesetz) geschützt werden können. Erst mit dem „Geburtstagszug"-Urteil des Bundesgerichtshofs vom 13. November 2013 (Az.: I ZR 143/12) gilt, dass der Urheberrechtsschutz auch für Werke der angewandten Kunst gelten kann. Geklagt hatte mit Unterstützung der Gewerkschaft ver.di eine selbstständige Spielwarendesignerin. Der BGH revidiert damit seine frühere Rechtsprechung und entschied, dass Schöpfer von Gebrauchsdesign grundsätzlich einen Anspruch auf eine angemessene Vergütung nach dem Urheberrecht haben.

Rüdiger Lühr ■

aktuell

Verlage klagen gegen Google

Die Klage der VG Media gegen Google für eine angemessene Vergütung auf Basis des Leistungsschutzrechts (LSR) ist auf dem Weg. Sie wird zunächst bei der Schiedsstelle für Urheberrechtsangelegenheiten des Deutschen Patent- und Markenamtes geprüft, die dem Landgericht vorgelagert ist. Das kann bis zu einem Jahr dauern. Gleichfalls haben zwölf deutsche Zeitungsverlage gemeinsam mit der VG Media Ende Juni Beschwerde beim Bundeskartellamt eingereicht. Sie werfen der Suchmaschine vor, ihre Marktmacht zu missbrauchen. Google weigert sich Vergütungen für die Veröffentlichung von Snippets zu zahlen und verlangte stattdessen eine Einverständniserklärung für die Nutzung. Alternativ würden die Angebote der Verlage nicht mehr bei Google auffindbar sein, lautete die Drohung. Das Leistungsschutzrecht gilt seit August 2013. Danach dürfen Verleger Gebühren verlangen, wenn ihre Inhalte kommerziell im Internet genutzt werden, beispielsweise durch Suchmaschinen.

wen ■

Tiefschlag

In Ägypten müssen Journalisten wegen ihrer Recherchen ins Gefängnis

Die Reaktionen auf langjährige Haftstrafen für drei Journalisten in Ägypten ließen nicht lange auf sich warten: „Ein schwarzer Tag für die Pressefreiheit", kritisierte Amnesty International, von einem „neuen Tiefschlag" sprachen die Reporter ohne Grenzen. Und der arabische Fernsehsender Al-Dschasira, dessen Mitarbeiter Opfer des Richterspruches wurden, beklagte, das Urteil habe sich „über jede Logik und über jeden Anschein von Gerechtigkeit hinweggesetzt".

Als die Kairoer Richter ihr Urteil verlasen, ahnten die zahlreichen Journalisten im Gerichtssaal, dass sich die Entscheidung indirekt gegen sie alle richtete. Wegen der „Verbreitung falscher Nachrichten", der „Arbeit mit nicht genehmigter Ausrüstung" sowie wegen der „Unterstützung einer terroristischen Organisation" (gemeint ist die Muslimbruderschaft) wurden drei Mitarbeiter des Fernsehsenders Al-Dschasira zu sieben – beziehungsweise zehnjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Weitere Schuldsprüche wurden gegen sieben Journalisten in Abwesenheit verhängt. Sie hatten Ägypten verlassen, bevor sie festgenommen werden konnten. Sechs von ihnen arbeiten ebenfalls für Al-Dschasira.

Das Verfahren gegen die seit Dezember 2013 inhaftierten Kollegen Peter Greste, Mohamed Fahmi und Baher Mohamed entsprach in keiner Weise rechtsstaatlichen Prinzipien. Anträge der Verteidigung seien ignoriert worden, und die Beweisaufnahme der Staatsanwaltschaft habe zwischendurch eher einer Komödie als einem Prozess geglichen, monierte ein Anwalt der Angeklagten.

So hatten viele Beweismittel, die von Kameras und Laptops stammten, gar keinen Bezug zu dem Fall, sondern waren Filmmaterial aus anderen Ländern oder Bilder von Familienangehörigen. Belastungszeugen widersprachen ihren eigenen schriftlichen Aussagen. Nach übereinstimmenden Berichten von Prozessbeobachtern gelang es der Staatsanwaltschaft nicht, auch nur einen überzeugenden Beweis dafür zu erbringen, dass die Al-Dschasira-Mitarbeiter die Muslimbruderschaft unterstützt hätten. Unbestritten ist, dass die Journalisten mit Mitgliedern der Organisation gesprochen haben, um ihre Einschätzung der Lage nach dem Sturz des gewählten und von den Muslimbrüdern nominierten Präsidenten Mohamed Mursi einzuholen – eigentlich eine journalistische Pflicht.

„Nur weil sie ihren Job erledigt haben, wurden die Journalisten eingesperrt und als Kriminelle und Terroristen gebrandmarkt", kritisiert Philip Luther, Direktor der Nahost-Abteilung bei Amnesty International. „Es gibt nur einen Grund, warum die drei Männer im Gefängnis sitzen: Die ägyptischen Behörden waren mit der Berichterstattung nicht einverstanden. Sie sehen es als legitim an, gegen jeden vorzugehen, der es wagt, sie zu kritisieren."

Auch Christian Mihr, Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen" beklagt die „grotesken Verfahrensmängel" in dem Prozess. Das Klima von Einschüchterung und Gewalt gegen in dem Land arbeitende Journalisten nehme zu. Insgesamt sind laut ROG zurzeit mindestens 14 Journalisten in Ägypten inhaftiert. Mihr verlangt ebenso wie Amnesty International, das Komitee zum Schutz von Journalisten, die dju in ver.di und die Internationale Journalistenföderation die sofortige Freilassung der Al-Dschasira-Mitarbeiter. Der dju-Bundesvorsitzende Ulrich Janßen spricht von einer die Demokratie aushöhlenden Justizwillkür und betont: „Die mehrjährigen Haftstrafen gegen Journalisten sind ein weiterer Beleg dafür, dass Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit nicht automatisch deckungsgleich sind, sondern dass Grundrechte immer wieder verteidigt und ihre Einhaltung immer wieder neu erkämpft werden müssen."

Marc Engelhardt, früherer Afrika-Korrespondent und Vorsitzender des Netzwerks „weltreporter.net", ruft explizit die Bundesregierung auf, sich für die Journalisten einzusetzen. „Wenn sie nicht ihr ganzes Gewicht für die Freilassung unserer Kollegen einsetzt, müssen in Zukunft auch deutsche Korrespondenten fürchten, ohne Grund verhaftet und verurteilt zu werden", erklärt er. Außerdem warnt er davor, dass Urteile wie das gegen die Al-Dschasira-Mitarbeiter dazu führten, dass bei manchen Berichterstattern aus Angst vor Repressionen bereits die Schere im Kopf ansetze."

Auch der englischsprachige Dienst von Al-Dschasira will sich weiter lautstark für seine Mitarbeiter einsetzen und fordert die internationale Gemeinschaft auf, in dem Druck auf die ägyptischen Behörden nicht nachzulassen. „Die Solidarität kam aus allen Teilen der Welt und ist die Basis für die Informations- und Pressefreiheit", sagt der Geschäftsführer des Senders, Al Anstey, und betont: „Vor jedem normalen Gericht wäre dieses Verfahren eingestellt worden."

Die Verurteilten selbst hoffen auf die nächste Instanz oder auf eine Begnadigung durch die ägyptische Führung. Für Peter Greste, einen australischen Staatsbürger, ist die Chance dafür am größten. Der australische Ministerpräsident Tony Abbott erklärte bereits, er hoffe, dass der ägyptische Staatschef Abdel Fattah al-Sisi auf die Freilassung Grestes hinwirken werde. Das Urteil habe ihn fassungslos gemacht. Der Austra-

Peter Greste (links), Australier, und ehemaliger BBC Korrespondent, ▶

Proteste bei der BBC, London

Human Rights Watch

TNN, Tunis

Weitere Proteste, zum Beispiel Toronto Star

Foto: picture alliance / Khaled Elfiqi

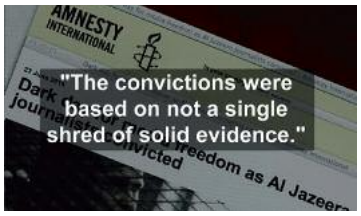
Mohamed Fahmy, kanadischer Journalist (Mitte) und Baher Mohamed, Ägypter (rechts)

lier Greste arbeitet eigentlich im kenianischen Nairobi als Korrespondent für Al-Dschasira und ist nur über Weihnachten in Kairo eingesprungen. Kurz nach dem Fest wurde er in einem Hotel festgenommen. Ob auch der ägyptisch-kanadische Kollege Mohamed Fahmi, Al-Dschasira-Bürochef in Kairo, und der ägyptische Produzent Baher Mohamed mit anhaltender Unterstützung aus dem Ausland rechnen können, erscheint hingegen fraglich. Letzterer erhielt sogar zehn Jahre Haft, weil er bei seiner Festnahme im Besitz einer Patrone war, die er nach eigenen Angaben bei Dreharbeiten eingesteckt hatte.

Dass internationaler Druck nicht aussichtslos ist, zeigt ein kleines Zeichen der Hoffnung, das wenige Tage vor dem Urteilsspruch aus Kairo kam. Ein weiterer Al-Dschasira-Reporter, der Journalist Abdallah Elshamy, der nicht zusammen mit den verurteilten Kollegen angeklagt war, kam am 17. Juni auf Anordnung der ägyptischen Generalstaatsanwaltschaft frei. Er hatte mehr als 100 Tagen aus Protest gegen seine Inhaftierung auf die Aufnahme von Nahrung verzichtet, so dass auf gesundheitliche Gründe für die Haftentlassung verwiesen wurde. ver.di hatte sich zusammen mit Amnesty International für die Freilassung Elshamys eingesetzt (M 4/14). Dass gegen Elshamy trotz der Freilassung noch Anklage erhoben wird, ist anzunehmen, aber gegenwärtig nicht sicher.

Harald Gesterkamp ■

Proteste bei Channel 4, London



Amnesty International

Al-Dschasira, Doha

Journalist Abdullah Elshamy, gerade aus der Haft entlassen

Screenshots (8): Aljazeera.com

Gegen Kreml-Propaganda

Neue russische Journalisten-Gewerkschaft gegründet

Namhafte russische Journalisten wehren sich gegen die Propaganda des Kreml: Sie haben eine unabhängige Journalisten-Gewerkschaft gegründet. Ihr Ziel: die Rettung ihres Berufsstands.

Schon die Suche nach einem Namen war heikel. Eigentlich wollten Alexander Ryklin und seine 15 Kollegen ihre neue Gewerkschaft „Journalistische Notwehr" nennen. „Doch wir kamen zu dem Schluss: Das geht nicht", berichtet der Chefredakteur des kremlkritischen Nachrichtenportals www.ej.ru. „Der Begriff Notwehr wird in Russland ständig propagandistisch im Ukraine-Konflikt verwendet, er ist jetzt viel zu militärisch besetzt. Deshalb haben wir uns für den Namen ‚Journalistische Solidarität' entschieden."

Ryklin und seinen Mitstreitern geht es um nichts anderes als um die Existenz des Journalismus in Russland. „Der Journalismus ist vom Aussterben bedroht, wir haben fast nur noch Propaganda", klagt der Journalist. „De facto haben wir in Russland ein Berufsverbot für ehrliche Journalisten. Für sie ist es kaum möglich, Arbeit zu finden." Ryklins Portal wird wie andere auch von den Behörden blockiert. Die Sperre überwindet er immer wieder mit technischen Finessen – in einem „Hase-und-Igel-Spiel", wie er es nennt.

„99 Prozent unserer Medien sind staatlich oder auf die eine oder andere Weise vom Staat kontrolliert", klagt auch Igor Jakowenko, der Initiator der neuen Gewerkschaft. Jakowenko war früher Duma-Abgeordneter für die liberale „Jabloko"-Partei und ab 1998 Generalsekretär des Russischen Journalistenverbands. 2009 wurde er aus dieser Funktion entlassen, als der Verband immer kremlnäher geworden sei.

Alle zentralen Fernsehsender seien gleichgeschaltet, es gebe nur noch eine Handvoll kritischer Zeitungen und Internet-Medien, sagt Jakowenko. Gefragt seien „Info-Krieger", keine Journalisten. Seit Wladimir Putin im Jahr 2000 an die Macht kam, habe er einen Feldzug gegen den Journalismus gestartet und ihn Schritt für Schritt durch Propaganda ersetzt: „Wir müssen eine große chinesische Mauer errichten zwischen Journalisten und Info-Kriegern, den Menschen klar machen, dass diese Art von Medien nichts mit Journalismus zu tun hat."

Dementsprechend dramatisch klingt auch das Gründungsmanifest der Gewerkschaft. „Unser Land rutscht vor unseren Augen zum totalitären Regime ab. Dabei spielen die Medien in einem massiven Informationskrieg gegen die Bürger des eigenen Landes die führende Rolle", heißt es in dem Papier. Was jetzt in der Ukraine passiere, sei „zu 90 Prozent die Schuld des russischen Fernsehens", glaubt Jakowenko. Die Macher vergifteten mit ihren Lügen das Bewusstsein der Zuschauer, versuchten, sie blutrünstig zu machen, so der Vorwurf des Journalisten.

„Unsere finanziellen Mittel liegen bei null", sagt Jakowenko, doch das wollen er und seine Kollegen durch ihre Arbeitskraft wettmachen. Als erste Schritte werden sie eine Internet-Seite online bringen, Kontakte mit ukrainischen Kollegen knüpfen und so ein Zeichen gegen den Hass setzen. Geplant ist ein Monitoring für Propaganda-Lügen, eine Job-Börse und Hilfe für notleidende Kollegen. Es habe bereits Entlassungen von Journalisten gegeben, nur weil sie sich kremlkritisch äußerten, klagt Jakowenko. Die Angst gehe um. „Russland steht vor einem Punkt, von dem ab ein freier Meinungs- und Informationsaustausch nur noch in den privaten Küchen möglich sein wird", heißt es im Aufruf der Gewerkschaft.

Von vielen Kollegen habe es positive Reaktionen auf die Gründung gegeben, berichtet Jakowenko – die meisten davon allerdings hinter vorgehaltener Hand: „Einige sagten, wir finden das prima, aber wir können nicht mitmachen, weil wir sonst unsere Existenz gefährden." Jakowenko selbst hat noch keine Angst vor Repressionen: Es sei zwar leicht möglich, dass ihnen die Behörden bei der Registrierung der Gewerkschaft Steine in den Weg legen. „Aber für massivere Störmanöver sind wir im Moment noch zu klein und zu unwichtig. Wenn die Idee Erfolg hat, werden wir aber zwangsläufig ins Visier der Staatsmacht geraten. Ich hoffe, dann sind wir bereits stark genug, um uns zu wehren."

n-ost-Korrespondent Boris Reitschuster, München ■

Das Berlusconi-Syndrom

Albanien auf dem Weg in die Europäische Union

Ende Juni erhielt das Land den lang ersehnten Status eines EU-Beitrittskandidaten. Nun stehen Reformen an, denen sich auch Rundfunk und Presse stellen müssen. Zwar gibt es formal Medienfreiheit in Albanien, doch die Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft ist groß.

An Medien mangelt es den Albanern nicht. Fünfzig Radiosender, 26 Tageszeitungen und 150 Fernsehsender kann das Balkan-Land vorweisen – bei gerade mal 2,8 Millionen Einwohnern. Dass sich das nicht rechnen kann, liegt auf der Hand. Alle Zeitungen kämpfen mit roten Zahlen. Auch die privaten Fernsehkanäle arbeiten nicht rentabel. Aufs Programm wirkt sich das sehr negativ aus, wie jeder in der Branche offen zugibt. Zum Beispiel Lufti Dervishi, der als Nachrichtendirektor beim Privatsender Vision+ arbeitet. „Wenn es zu viele Fernsehstationen gibt, bedeutet das, dass die meisten unterbesetzt sind und die Zeit, die für echten Journalismus aufgewendet wird, sehr gering ist", erklärt der 47jährige. „Sehr präsent sind auch Selbstzensur und eine Haltung des „easy going", also dass Journalisten nicht genug Distanz zu Politikern haben. Die Themen werden meist von PR-Agenturen, Spin Doktoren oder Offiziellen der Regierung und der Parteien bestimmt. Es ist nicht so, dass die Medien ihre eigene Agenda hätten."

Akzeptanz für Medienmanipulierung. Unabhängigen oder gar investigativen Journalismus sucht man denn auch in Albanien vergeblich. Grund dafür ist jedoch nicht nur die prekäre wirtschaftliche Situation der Medien, sondern auch eine besondere Mentalität. „Berlusconi-Syndrom" ist der Begriff, der dafür kursiert. Das heißt, bei den Privatsendern orientiert man sich inhaltlich am italienischen Krawallfernsehen. Aber auch bei der Unternehmensphilosophie hat man bei Berlusconi abgeschaut, kritisiert Mirela Oktrova, Fernsehdirektorin im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. „Es gibt hier die Tendenz jedes Unternehmers, eine Fernsehstation zu gründen, um einen medialen Schutzschild zu haben, der dann für die eigenen Interessen benutzt werden kann", so Oktrova. „Und es gibt eine breite Akzeptanz in der albanischen Bevölkerung für das Modell der Medienmanipulierung. Wir sehen teilweise die Medien nicht als vierte Macht, sondern als unsere Macht."

Auch der gebührenfinanzierte Rundfunk macht hierbei keine Ausnahme. Die Nachrichten im öffentlich-rechtlichen „rt.sh" unterliegen direkter politischer Einflussnahme – wie bei seinem Vorgänger, dem Staatsfernsehen der Enver-Hoxha-Diktatur. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist für die albanische Öffentlichkeit kaum ein Thema, konstatiert Mirela Oktrova. „Einer der Schäden, den wir immer noch zu tragen haben aus der kommunistischen Zeit, ist die gesellschaftliche Mentalität, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als ein Mittel zum Zweck ansieht oder ihn gar ignoriert. Deswegen stellt sich die Frage: Ist die albanische Gesellschaft interessiert, ein starkes öffentlich-rechtliches Medium zu haben oder nicht? Bis jetzt war die Antwort: nein."

Neue Modelle gesucht. Stattdessen puzzeln sich die Albaner lieber die Wahrheit aus den pluralen Medienverlautbarungen selbst zusammen. „Um eine Geschichte verstehen zu können, muss man drei verschiedene Sender sehen, drei verschiedene Zeitungen lesen und ins Café gehen und hören, was die Leute darüber denken" sagt Nachrichtenmann Lufti Dervishi und ergänzt: „Das ist eine Metapher um zu erklären, wie die Wahrheit ans Tageslicht kommt oder wie die Öffentlichkeit sie identifizieren kann." Aus Sicht von Astrit Ibro, der als Hörfunkjournalist auch für die ARD arbeitet, kann das mit Blick auf einen EU-Beitritt so nicht bleiben. „Wir müssen Modelle suchen, deutsche Modelle oder englische Modelle, wo man viel recherchiert und verantwortungsvoll schreibt und berichtet."

Wie so eine Reform der Medienlandschaft vonstatten gehen kann, ist nur schwer vorstellbar. Der Markt ist unreguliert, die zuständige „Autorität der audiovisuellen Medien" etwa tut sich schwer mit Eingriffen. Auch Journalistenorganisationen haben wenig Einfluss. Gledis Gjipali von der NGO „European Movement Albania" setzt auf Druck aus dem Internet. „In den letzten drei bis vier Jahren haben wir gesehen, dass einige Onlinemedien – wie zum Beispiel gazetatema.net – mit kritischen und konstruktiven Berichten über die Regierung viele Leser gewonnen haben. Das setzt die traditionellen Medien unter Druck.

Foto: privat

Dr. Mirela Oktrova: Fernsehdirektorin im öffentlich-rechtlichen Rundfunk rt.sh

Foto: Vera Linß

Das Rundfunkgebäude rt.sh in der Hauptstadt Tirana

Mirela Oktrova von „rt.sh" hofft hingegen, dass die EU die traditionellen Medien zwingt, sich zu reformieren. Dass Albanien nun Beitrittskandidat geworden ist, wirke sehr motivierend, weil das eine Perspektive schaffe. „Der Albaner an sich ist ein Südländer, der motiviert bleiben muss, um Ergebnisse zu erzielen", sagt Oktrova. „Er ist kein Deutscher, der nach Grundregeln spielt. Grundregeln sind für den Albaner schwierig. Aber wenn man motiviert ist, kann man alles erreichen." **Vera Linß** ■

Ein Jahr nach dem Aus von ERT

Kampf für einen neuen öffentlich-rechtlichen Sender mit Vollprogramm

Auch ein Jahr danach ist die plötzliche Schließung der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt ERT in Griechenland nicht vergessen. Zum ersten Jahrestag der Entlassung von mehr als 2.600 Medienarbeitern versammelten sich am 11. Juni tausende Menschen vor der Athener Sendezentrale, in dem mittlerweile die Nachfolgeanstalt NERIT residiert.

Mehrere hundert der entlassenen ERTianer produzieren seit damals bis heute in Eigenregie und mit äußerst prekären Mitteln ein vollwertiges Radio- und Fernsehprogramm. Ausgestrahlt wird es von Radiostationen überall im Land, analog vom immer noch besetzten Sender der ehemaligen ERT in Thessaloniki und über Internet. Letzteres aus Büros auf äußerst beschränktem Raum in Athen, genau gegenüber dem riesigen Gebäude der einstigen ERT.

„Es geht nicht nur um die ERT, es geht um die Demokratie“, meint Vagia Baladaki, an die Empörung erinnernd, die die Hals über Kopf-Schließung der einzigen nicht von privaten Kapitalinteressen regierten Sendeanstalt des Landes in der Bevölkerung ausgelöst hatte. Die junge ehemalige Verwaltungsangestellte der

Foto: Heike Schrader

Der Vorsitzende von SYRIZA, Alexis Tsipras, auf der Kundgebung am 11. Juni

ERT arbeitet seit ihrer Entlassung für den Sender der Widerständigen ertopen.com. „Wir produzieren mit hohem persönlichen Einsatz und unseren marginalen eigenen Mitteln“, erläutert Baladaki. „Ohne die Hilfe der Branchengewerkschaft POSPERT wäre das nicht zu machen.“ POSPERT vertritt alle bei den Radio- und Fernsehanstalten des Landes Angestellten bis auf die anderweitig organisierten Journalisten und war 2013 von Anfang an federführend im Kampf der 2.656 über Nacht Entlassenen für ihre Wiedereinstellung und die Wiederinbetriebnahme der ERT. Eine Klage der POSPERT gegen die Schließung hatte zunächst Erfolg. Das höchste Verwaltungsgericht des Landes urteilte, dass eine ersatzlose Schließung der einzigen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt nicht verfassungskonform sei. Doch die Regierung reagierte mit der Inbetriebnahme eines Übergangssenders, der aus den Räumen eines privaten Studios ein auf Archivfilme (Konserven) und eine Nachrichtensendung am Tag beschränktes Programm ausstrahlte. Erst kurz vor den Europawahlen im Mai nahm dann die eigentliche Nachfolgeanstalt NERIT (Nea Elliniki Radiofonia, Internet kai Tileorasi, Neues Griechisches Radio, Internet und Fernsehen) die Arbeit auf. Auch ihr Programm beschränkt sich derzeit noch auf wenige Nachrichten- und Magazinsendungen sowie die Ausstrahlung von Filmen und Dokumentarsendungen aus Archivbeständen. Auf einem Sportkanal werden neben den Übertragungen der Fussballweltmeisterschaft in Brasilien vor allem alte Spiele gezeigt.

Doch nicht nur die dürftige Programmausstattung der neuen öffentlich-rechtlichen Anstalt bietet Anlass zur Kritik an NERIT. Nur wenige hundert der vormals ERT-Angestellten haben hier wieder Brot und Arbeit gefunden. Die meisten von ihnen mit befristeten Verträgen zu geringen Löhnen, was insbesondere die Journalisten hinsichtlich der Inhalte ihrer Arbeit erpressbar macht. Die Hauptnachrichtensendung am Abend könnte, was die Auswahl der Themen und Ausrichtung der Kommentare angeht, jedenfalls in etwa so auch von der Pressestelle der Regierung fabriziert worden sein.

Auch die Struktur der Sendeanstalt legt Zweifel an ihrer Unabhängigkeit nahe, denn die gesamte Führungsspitze von NERIT wird von einem der griechischen Regierung unterstehenden Gremium bestimmt. Damit wird Vetternwirtschaft bei Stellen- und Auftragsvergabe sicher kein Riegel vorgeschoben. Dabei war es genau die Verstrickung in Korruption und Parteiinteressen gewesen, die Ministerpräsident Antonis Samaras vor einem Jahr als Begründung für die Schließung der ERT angeführt hatte. Doch diese war von eben jener Regierung zu verantworten gewesen, die sie nun anprangerte.

„Wenn die Schließung der ERT wirklich der Rettung unseres verschuldeten Landes gedient hätte, wären wir sogar damit einverstanden gewesen“, fasst Vagia Baladaki die Kritik am staatlichen Umgang mit der Frage nach unabhängigen Medien zusammen. Und deswegen geht es ihr und ihren Kollegen auf der Protestdemonstration auch weniger um die immer noch ausstehende Bezahlung der Abfindungen, sondern nach wie vor um die Wiedereinrichtung einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt, die diesen Namen auch verdient. Unterstützt werden die Widerstandleistenden dabei von einer breiten Koalition aus den Reihen der Oppositionsparteien im griechischen Parlament. „Ein Jahr danach hat sich gezeigt, dass es leicht ist, etwas zu zerstören, aber viel schwieriger, etwas Neues und Besseres an seiner Stelle aufzubauen“, erklärte ein Sprecher der sozialdemokratischen DIMAR, die aufgrund der ERT Schließung vor einem Jahr aus der Regierungskoalition ausgestiegen war. Und der Vorsitzende der linken und größten Oppositionspartei SYRIZA, Alexis Tsipras, versprach im Falle einer Regierungsübernahme die ehemalige Sendeanstalt mit all ihren Angestellten wieder in Betrieb zu nehmen.

Heike Schrader, Athen ■

Ungarn: Der Fall Origó

Deutsche Telekom beteiligt sich an Einschränkung der Medienfreiheit

In Ungarn startet der vor Kurzem wiedergewählte Premier Viktor Orbán einen neuen Angriff auf die noch übrig gebliebenen unabhängigen Medien. Die rechtspopulistische Regierungspartei Fidesz belegte Werbeeinnahmen mit einer Sonderabgabe von bis zu 40 Prozent. Gleichzeitig wurde der Chefredakteur von *origo.hu*, einer der führenden unabhängigen Nachrichtenmagazine in Ungarn, entlassen. Doch auch die Proteste der ungarischen Journalisten werden immer lauter.

Vor dem Hauptsitz der Magyar Telekom sammeln sich Demonstranten. „Freies Land, freie Medien", steht auf den Transparenten, und: „Keine Zensur!". Mehrere tausend Budapester sind an diesem sommerlichen Pfingstmontag gekommen, um gegen den erneuten Angriff auf die Pressefreiheit zu protestieren. Sie sind Studenten, Aktivisten aus den Reihen der Zivilgesellschaft, Intellektuelle, aber vor allem Journalisten. Sie tragen Europaflaggen und schreien ihre Wut heraus. Denn diesmal geht es nicht nur um einen weiteren Versuch der rechtspopulistischen Regierung von Viktor Orbán, ein für alle Mal die linksliberalen Kritiker zum Schweigen zu bringen. Das einst staatseigene Telefonunternehmen, heute eine Tochterfirma der Deutschen Telekom, beteiligt sich offensichtlich an der Einschränkung der freien Berichterstattung in Ungarn. „Einer der größten Internetanbieter im Land will keinen kritischen Online-Journalismus", ruft Aktivistin Réka Kinga Papp, die den Protest mit organisierte.

Die erste schlechte Nachricht kam Anfang Juni aus heiterem Himmel. Die Geschäftsführung des Nachrichtenportals *origo.hu* verkündete in einer knappen Pressemitteilung, dass sie sich mit sofortiger Wirkung vom Chefredakteur trennt. *Origó* gilt seit Jahren als das größte Online-Magazin in Ungarn und als eines der wenigen seriösen Medien, die einem überwiegend urbanen Publikum unabhängige und oft kritische Berichterstattung anbieten. Genau wie die direkte Konkurrenz *index.hu* hat sich *Origó* vor allem durch exklusive Geschichten, interessante Hintergrundstücke und erfolgreiche Experimente mit Multimedia einen Namen gemacht.

Große Leserschaft. Mit ihrer Unabhängigkeit und ihren innovativen Formaten sicherten sich die beiden Nachrichtenmagazine eine Leserschaft, die um ein vielfaches größer ist als die der klassischen Medien. So hatte *Origó* seit Jahresanfang im Durchschnitt fast 580.000 einzelne Besucher jeden Tag und landete damit auf dem dritten Platz in der Rangliste aller Webseiten landesweit. *Index* kommt mit seinen 500.000 täglichen Besuchern dahinter, während die elektronischen Ausgaben der großen Tageszeitungen gerade mal von 80–90.000 Personen am Tag besucht werden. Noch kleiner ist die Printauflage dieser Traditionsblätter: Die linke, regierungskritische *Népszabadság* (Volksfreiheit) verkauft täglich nur noch 48.000 Exemplare, die rechtskonservative *Magyar Nemzet* (Die Ungarische Nation) liegt bei 38.000. Selbst *Blikk*, das größte Boulevardblatt, erreicht mittlerweile weniger als 150.000 Käufer jeden Tag.

Száling, erst seit Oktober vergangenen Jahres Chefredakteur bei *Origó*, galt unter seinen Mitarbeitern als erfahrener, professioneller Journalist, der eine Vision über die Zukunft der Online-Medien hatte und die gute Entwicklung seines Magazins weiter vorantreiben wollte. Umso größer war die Aufregung in der Redaktion, als die Nachricht eintraf, dass Száling gehen muss. Auf einer Sitzung mit der Geschäftsführung seien seitens der Redakteure „laute und unmissverständliche Worte" in den Mund genommen worden, berichten mehrere interne Quellen. *Origó*-Journalisten sind überzeugt, dass die Eigentümerin Magyar Telekom Száling entließ, weil sie ihre marktführende Position nicht riskieren wollte. Denn der Vorfall kam un-

mittelbar nachdem das Portal aufgedeckt hatte, dass Viktor Orbáns Kanzleichef, János Lázár, in einen Spesenskandal verwickelt ist. Der 39-jährige Politiker ist stellvertretender Vorsitzender der Regierungspartei Fidesz, er gehört zum engen Kreis des Ministerpräsidenten und wird sogar als dessen möglicher Nachfolger gehandelt. Als Kanzleichef koordiniert er die Geheimdienste, die Personalpolitik und die Kommunikation innerhalb des Kabinetts sowie etliche andere Bereiche, die Orbán in den letzten Jahren zur Chefsache erklärte. Indessen zeigte *Origós* investigatives Stück deutlich, dass Lázár für seine Dienstreisen in mehrere europäische Metropolen Spesen in Höhe von mehr als einer halben Million Euro in Anspruch genommen hatte. So kostete allein ein zweitägiger Aufenthalt in London rund 200.000 Euro. Aus den Hotelrechnungen ist zu entnehmen, dass der Kanzleichef stets mit Begleitung eincheckte. Nachdem die Geschichte die Runde in den Medien machte, kündigte Lázár an, dass er auf die Spesen verzichte, obwohl die Erstattung sein gutes Recht sei. Gleichzeitig weigerte er sich, weitere Details der Affäre zu nennen.

Druck standgehalten. Unmittelbar danach soll Lázár beschlossen haben, „etwas gegen *Origó* zu unternehmen“, berichteten ungarische Medien, die sich dabei auf Quellen aus Regierungskreisen berufen. *Origó*-Redakteure bestätigen, dass die Kanzlei des Ministerpräsidenten auch in der Vergangenheit immer wieder versucht hatte, Druck auf die Geschäftsführung auszuüben, um unangenehme Berichterstattung zu verhindern. Chefredakteur Sáling soll jedoch die Andeutungen aus der Chefetage der Magyar Telekom weitgehend ignoriert haben. „Wir wussten, dass es mit dem oder dem Text ein Problem gab. Aber dann passierte weiter nichts“, sagt einer der Redakteure, der nicht namentlich genannt werden möchte.

Doch die Führung des größten ungarischen Telekommunikationskonzerns hatte mehr als einen Grund, sich ernste Sorgen zu machen. Zum einen mussten die Chefs bereits vor einigen Jahren feststellen, dass die Werbeaufträge der öffentlichen Einrichtungen und staatseigenen Unternehmen immer wieder an Origó vorbei gehen. Ausschreibungen von EU-finanzierten Projekten veröffentlichen die Behörden bis heute lieber bei der Konkurrenz, obwohl Origó die meisten Leser hat. Zum anderen war die Magyar Telekom in der letzten Zeit mehrmals in Konflikte mit der Regierung geraten. Vor drei Jahren führte das Kabinett eine Sondersteuer auf Telekommunikationsdienstleistungen ein, die zeigen sollte, dass „nicht nur die ungarischen Familien, sondern auch die Multis“ nach der Krise an die Kasse gebeten werden müssen, wie es ständig in Orbáns Reden heißt.

Wegen *Origó* eine neue Eskalation zu riskieren, ging dem Unternehmen offensichtlich zu weit. Und sich ausgerechnet mit János Lázár anzulegen, galt als besonders gefährlich. 2013 wurden die Frequenzen für Mobilfunkanbieter neu ausgeschrieben, die Zukunft von T-mobil, der lukrativen Handysparte des Konzerns, stand auf dem Spiel. Kerstin Günther, Aufsichtsratschefin der Magyar Telekom, führte in Absprache mit der deutschen Mutterfirma die Verhandlungen. Sie erzielte eine Verlängerung des Vertrags bis 2022. Ihr Gesprächspartner war niemand anderes als Lázár, der seitens der Regierung die Kommunikation mit den Telekommunikationsunternehmen verantwortet. Der Kanzleichef überreichte der Telekom im Laufe der Verhandlungen einen Bericht, in dem auch die „unausgeglichene Berichterstattung“ und die „linksliberale Neigung“ von *Origó* thematisiert waren. Spätestens damit waren die Erwartungen des Kabinetts klar.

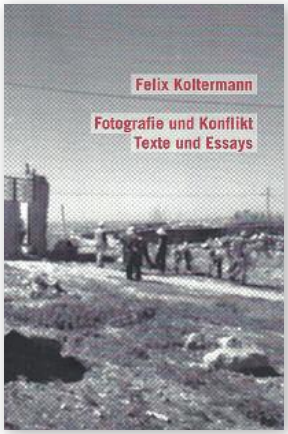
Hohe Sondersteuer. Parallel peitschte Fidesz im Parlament ein neues Gesetz durch, das eine Sondersteuer auf Werbeeinnahmen einführt. Bis zu 40 Prozent des Umsatzes müssen Medien abführen. Private Fernsehsender wie RTL Ungarn, aber auch Online-Nachrichtenportale sind am heftigsten betroffen und könnten dadurch bald in Zahlungsunfähigkeit geraten. Einen Tag nach Sálings Entlassung betonte Lázár in einer Presseerklärung die guten Beziehungen mit der Magyar Telekom und stellte weitere gemeinsame Projekte in Aussicht. Zahlreiche *Origó*-Redakteure kündigten unmittelbar danach in Solidarität mit ihrem Vorgesetzten. Daraufhin verkündete Geschäftsführer Miklós Vaszily eine weitgehende Umstrukturierung des Portals. „*Origó* muss sich neu orientieren und die wechselnde Nachfrage berücksichtigen“, sagte er in einem Interview. „Die Wahlen und der politische Streit sind vorbei, jetzt haben andere Themen wie die Fußball-WM Priorität.“

Silviu Mihai, Osteuropa-Korrespondent ■

„Einer der größten Internetanbieter im Land will keinen kritischen Online-Journalismus“, ruft Aktivistin Réka Kinga Papp, die den Protest in Budapest mit organisierte.

Foto: László Mudra

Fotografie und Konflikt



Felix Koltermann
Fotografie und Konflikt. Texte und Essays.

2014. Books on Demand Norderstedt. 76 Seiten, 5,90 Euro.
ISBN 978-3-7357-2397-0
Das Buch im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek
http://www.bod.de/buch/elix-koltermann/fotografie-und-konflikt/9783735723970.html

Es ist ein schmales Bändchen, das sich mit schweren Fragen beschäftigt: Auf 76 Seiten reflektiert der Fotograf und Medienwissenschaftler Felix Koltermann über die Fotografie in Kriegs- und Krisenregionen. Wie bereitet man sich auf solche Einsätze vor? Wie wird der Berichterstatter mit der Kamera selbst zum Akteur? Zumindest in den Augen der Kriegsparteien, die Berichterstatter immer offensiver angreifen und in ihnen keine neutralen Reporter mehr sehen. Was steckt hinter der Diskussion um „Bilderkriege", den „Krieg der Bilder" und der „War-Porn"-Diskussion?

Koltermann behandelt Fragen der Ethik ebenso wie praktische Fragen zum Verhalten in der Krisenregion bis hin zu Distribution und Publikation der Arbeitsergebnisse. Das Bändchen ist eine Auswahl seiner Texte aus seinem Blog „Fotografie und Konflikt". „Über das Verhältnis von Fotografie und Konflikt zu schreiben bedeutet, etwas in Worte zu fassen, das die Grenzen der Darstellbarkeit berührt", resümiert Koltermann seine Erfahrungen. „Letzlich geht es immer wieder um die zentralen Themen der Menschheit, um Fragen nach Humanität und Respekt, nach Nächstenliebe und Empathie." Bilder, so der Autor, waren noch nie reine Abbilder der Realität und werden es auch nie sein. „Aber sie können, wenn sie nach bestimmten journalistischen Standards produziert und kontextualisiert werden, ein Fenster zur Wirklichkeit sein." **sus** ■

Geheimsache NSU

Andreas Förster (Hrsg.):
Geheimsache NSU: Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur.

AutorInnen: Frank Brunner, Esther Dischereit, Hajo Funke, Manfred Gnjidic, Anton Hunger, Thomas Moser, Rainer Nübel, Thumilan Selvakumaran, Ahmet Senyurt.

Verlag: Klöpfer & Meyer, Waldachtal 2014. 315 Seiten. 22 Euro

„In der Öffentlichkeit bestehen und wachsen noch die Zweifel daran, dass die quasi staatsoffizielle NSU-Version auch die tatsächliche ist." So der freie Journalist Andreas Förster im Vorwort zu dem spannenden Sammelband, der diese Zweifel mit vielen Fakten nährt. In 15 flott geschriebenen Beiträgen präsentieren zehn AutorInnen alte und neue Puzzlesteine zur rassistischen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU, die 2011 aufflog. Sie decken Ungereimtheiten auf zu den Verbrechen der Neonazis und analysieren die Verstrickung von Verfassungsschutz und rechtsterroristischen Netzwerken, die Machtlosigkeit der Untersuchungsausschüsse und den NSU-Prozess in München, in dem die Nebenkläger bei der Wahrheitssuche brillieren.

Anders die schreibende Zunft. Anton Hunger verdeutlicht am Beispiel des Heilbronner Polizistenmords, wie sich Medien von Behörden instrumentalisieren lassen. Zum Hintergrundgespräch bei der Bundesanwaltschaft geladen, übernehmen die meisten Journalisten deren Zwei-Täter-Theorie. Sie erfüllen eine vermeintliche „Bringschuld", um die Quelle exklusiver Informationen nicht versiegen zu lassen. Rainer Nübel, der aufgrund seiner Recherchen die Version der Bundesanwaltschaft mutig anzweifelt, wird als „Fälscher" diskreditiert – Journalistenkollegen distanzieren sich von ihm. Er schildert seine Betroffenheit, Wut und Ohnmacht: „Ich schäme mich. Auch für den Zustand meiner Branche."

Dieses Buch ist ein Politthriller und zugleich ein Lehrstück für mehr Zivilcourage – in Politik und Medien.

Bärbel Röben ■

Hohle Idole

Sein Werk sei ausdrücklich kein Buch „eines Fernsehkritikers für Fernsehkritiker", schreibt Bernd Gäbler im Vorwort seiner Ausführungen über TV-Phänomene wie Dieter Bohlen oder Heidi Klum. In gewisser Weise ist es das natürlich doch geworden: weil es sich vorrangig an Leser richtet, die den Erfolg der entsprechenden Formate zumindest mit Skepsis zur Kenntnis nehmen; also keineswegs bloß TV-Kritiker, sondern auch Zuschauer, die sich dafür interessieren, wie solche Sendungen funktionieren. Im Rahmen der detaillierten Analyse von „Deutschland sucht den Superstar", „Germany's Next Topmodel" oder „Berlin Tag und Nacht" geht Gäbler in seinem Buch „Bohlst Du noch oder Klumst du schon?" der Frage nach, welche Rollen die Protagonisten als Stifter von Sinn und Gemeinschaft spielen. Er beschreibt, welches Menschenbild die Sendungen vermitteln, und widmet sich dem gesellschaftlichen Wandel, der den „Siegeszug des Banalen" überhaupt erst ermöglicht hat. Die Lektüre ist schon jetzt ein Gewinn, erst recht aber in spätestens zehn Jahren, wenn die Formate nur noch eine Fußnote der Fernsehgeschichte sein werden. **tpg** ■

Bernd Gäbler:
Bohlst du noch oder klumst du schon? Der Siegeszug des Banalen und wie man ihn durchschauen kann.

Gütersloh 2013:
Gütersloher Verlagshaus.
192 Seiten, 17,99 Euro.

Leute

Grafik: Hermann Haubrich

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
http://mmm.verdi.de/service

Das ARD-Sport-Team wurde mit weiteren Moderatorinnen und Interviewerinnen verstärkt. **Jessy Wellmer** (RBB), bisher u. a. Moderatorin für den Sport im ZDF-"Morgenmagazin", gehört jetzt zum Team der „Sportschau" am Sonntag und führt Interviews im Bereich Biathlon und Fußball. **Julia Scharf** (SWR), bislang schon Moderatorin im „Sportschau Club" und beim Wintersport, wird ebenfalls für die „Sportschau" am Sonntag sowie als Interviewerin bei Fußball-Übertragungen sowie der DTM tätig. **Valeska Homburg** (NDR), u. a. bereits bei Olympischen Spielen und der Fußball-WM in Südafrika für die ARD im Einsatz, tritt im Bereich Fußball und als Interviewerin im Wechsel mit Julia Scharf bei der DTM in Erscheinung. **Franziska Schenk** (MDR), ehemalige Eisschnellläuferin, moderiert weiterhin Eisschnelllauf- und künftig auch Bob-Übertragungen.

Jochen Arntz, bisher bei der SZ stellv. Ressortleiter der Seite 3, folgt als Chefredakteur der DuMont Redaktionsgemeinschaft auf **Robert von Heusinger**, der zum 1. August in den Vorstand der Mediengruppe M. DuMont Schauberg wechselt.

David Brandstätter, Geschäftsführer der Mediengruppe Main-Post sowie Chefredakteur von deren Zeitungstiteln, seit 2003 Mitglied des Aufsichtsrats der dpa und seit 2004 Leiter des Redaktionsausschusses, folgte als Vorsitzender des dpa-Aufsichtsrats auf **Karlheinz Röthemeier**, der zum Ehrenvorsitzenden des Gremiums ernannt wurde. Stellv. Aufsichtsratsvorsitzende sind **Laurent Fischer** (Bayreuth) und **Valdo Lehari** jr. (Reutlingen).

Ralf-Dieter Brunowsky, von 1991 bis 2001 Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins Capital, derzeit Kolumnist und Blogger, wurde Chefkolumnist beim Wirtschaftskurier (Weimer Media Group).
Neuer Chef vom Dienst des zweimonatlich erscheinenden Unternehmerblatts wurde Dr. **Stefan Groß**, zuletzt Herausgeber und Geschäftsführer des Online-Portals tabularasamagazin.de.

Göksen Büyükbezci, bisher u. a. Leiter der Redaktion Dokumentationen bei Phoenix, wurde Leiter Strategische Programmplanung bei dem Nachrichtensender n-tv.

Markus Feldenkirchen, bislang stellv. Leiter des Spiegel-Hauptstadtbüros, folgte als Washington-Korrespondent auf **Marc Hujer**, der in das Berliner Büro des Nachrichtenmagazins wechselte.

Jürgen Feldmann, in seiner langjährigen Tätigkeit für Hubert Burda Media u. a. Verlagsleiter für verschiedene Titel und Verlagsgeschäftsführer der Playboy Deutschland Publishing GmbH, seit 2012 als Geschäftsführer der Burda Magazine Holding zuständig für die Bereiche M&A und strategische Kooperationen, verließ das Unternehmen.

Robert Felus, zuletzt Head of Sport Newsroom bei Ringier Axel Springer Polen, löste als Chefredakteur der polnischen Tageszeitung Fakt, bei der er von 2003 bis 2013 stellv. Chefredakteur war, **Grzegorz Jankowski** ab.

Die Journalisten und ausgebildeten Redakteure **Jan Filipzik** und **Florian Schmitz** geben die neue lokale Wochenzeitung Talwaerts in Wuppertal heraus, die ohne Werbeanzeigen auskommen will.

Silke Fredrich, Chefin vom Dienst, wird stellvertretende Chefredakteurin von Wirtschaftswoche Online.
Vor ihrem Wechsel zur Wirtschaftswoche im Juli 2012 leitete Fredrich die Onlineredaktion der Westfälischen Nachrichten in Münster und des Bremer Weser-Kuriers.

Dr. **Udo Grätz**, beim WDR-Fernsehen bisher Abteilungsleiter der Programmgruppe Zeitgeschehen aktuell sowie stellv. Chefredakteur Politik und Zeitgeschehen Fernsehen, folgte als Leiter der Programmgruppe Inland Fernsehen auf **Sonia Mikich**, die Chefredakteurin Politik und Zeitgeschehen Fernsehen wurde; Graetz bleibt in dieser Funktion ihr Stellvertreter.

Gruner + Jahr: Der inzwischen vollzogene Umzug der Redaktionen von Neon und Nido von München nach Hamburg brachte personelle Veränderungen mit sich. Die Chefredaktion der Magazine besteht aus **Oliver Stolle**, früher Textchef, dann Berater der Chefredaktion, den beiden Stellvertretern **Anke Helle** und **Sascha Chaimowicz**, die ebenfalls schon bei Neon/Nido tätig waren, so wie **Oliver Kucharski**, der für die digitalen Inhalte zuständig ist. Neue Bildchefin wurde **Milena Carstens**, zuvor in der

Anzeige

UVK: Medienfachbücher

Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte

Julian J. Rossig
Fotojournalismus
3., völlig überarb. Auflage
2014, 266 Seiten
100 s/w und 35 farb. Abb.
flexibler Einband
ISBN 978-3-86764-482-2
€ (D) 24,99

Wie bringt man Dynamik in ein langweiliges Gruppenbild? Mit welchen Symbolen lassen sich unterbewusste Assoziationen transportieren? Und wie entstehen packende Action-Fotos? Julian J. Rossig zeigt anhand zahlreicher Beispielfotos, wie man als Fotojournalist arbeitet. Er informiert über Technik, Komposition und wie man welche Motive fotografiert. Für die dritte Auflage wurde der bewährte Fachbuch-Klassiker grundlegend überarbeitet und aktualisiert. Mit Zusatzmaterial auf www.uvk.de/plus.

www.uvk.de

UVK

gleichen Position beim Zeit-Magazin. **Ji-Young Ahn**, bisher stellv. Art-Direktorin von Neon, rückte zur Art-Direktorin auf. Neuer Textchef ist **Tobias Moorstedt**, schon seit 2011 Mitglied der Neon-Redaktion. **Judith Liere**, die bisher als Pauschalistin und Kolumnistin für die SZ schrieb, wurde Mitglied der Redaktion. Für die Art-Direktion von Nido zeichnet **Kristian Kutschera** verantwortlich, der zuvor u. a. das Blond-Magazin mitentwickelte. Redakteur wurde **Daniel Ramm**, zuletzt frei für View tätig. **David Schumacher**, früher Leiter der Wochenendbeilage Weekend und des Magazins How to spend it der Financial Times Deutschland, schreibt als freier Autor für Nido. Auch **Susanne Lang**, zuvor Ressortleiterin tazzwei bei der taz, zuletzt bei der Wochenzeitung Freitag zuständig für besondere Aufgaben, wird ab September als freie Autorin für Nido wirken.

Volker ter Haseborg, zuletzt Chefreporter des Hamburger Abendblatts, wird zum 1. August Chefreporter bei dem neuen Wirtschaftstitel Bilanz (Axel Springer SE). **Sophie Crocoll**, bisher im Wirtschaftsressort der SZ sowie für die Zeit und Zeit Campus tätig, und **Stephan Knieps**, bislang freier Journalist (Financial Times Deutschland, Capital, Spiegel Online, Sueddeutsche.de), verstärkten ebenfalls das Redaktionsteam von Bilanz.

Philipp Jessen, Ressortleiter Unterhaltung und stellv. Chefredakteur bei der Illustrierten Gala, übernahm zusätzlich die Redaktionsleitung von Gala Digital. Sein Vorgänger in dieser Position, **Gregor Poniewasz**, wechselte als stellv. Leiter der Digital Unit zum DPV Deutscher Pressevertrieb.

Margot Käßmann, früher Bischöfin und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, derzeit „Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017", schreibt neuerdings eine Kolumne für Bild am Sonntag.

Andreas Kemper, bisher Chef vom Dienst sowie Leitender Redakteur bei der Main-Post und als Mitglied der Chefredaktion des Medienhauses Main-Post vor allem für die Lokalausgaben der Zeitung zuständig, übernahm zusätzlich die Chefredaktion der neu gegründeten Main-Post Digitale Medien GmbH. Den Bereich Lokales in der Chefredaktion des Blatts verantwortet künftig **Helmut Hickel**.

Beim Sportmagazin kicker (Olympia-Verlag) entstand durch die Vernetzung von Print- und Digitalredaktion eine neue Personalstruktur. **Jörg Jakob**, bisher stellv. Chefredakteur, fungiert als Leiter Gesamt und stellt damit die Spitze der Chefredaktion dar, ohne ein „klassischer Chefredakteur" zu sein. **Alexander Wagner**, bislang Leiter der Online-Redaktion, ist künftig als Mitglied der Chefredaktion operativ für die digitalen Inhalte zuständig. Die Print-Objekte betreut der bisherige Chefredakteur **Jean-Julien Beer**; der bisherige Co-Chefredakteur **Klaus Smentek** ist für das Kooperationsgeschäft zuständig. **Rainer Franzke**, bislang stellv. Chefredakteur, verantwortet geschäftsführend u. a. den personellen Auf- und Umbau sowie die Führung der Reporter-Netzwerke.

Martin-Sebastian Kreplin, früher Redakteur für Test & Technik bei der Segelzeitschrift Yacht, zuletzt selbständiger Journalist und Fotograf, wurde Chefredakteur des neuen vierteljährlichen Reisemagazins Explorer (Wieland Verlag).

Martin Kunz, derzeit geschäftsführender Direktor der Akademie der Bayerischen Presse, früher langjähriger Ressortleiter Forschung, Technik & Medizin beim Magazin Focus sowie Wissenschaftsautor u. a. für die SZ und die Welt am Sonntag, folgt zum 1. Oktober als neuer Chefredakteur des Club-Magazins ADAC Motorwelt auf **Michael Ramstetter**, der auf Grund des Manipulationsskandals beim ADAC gehen musste.

Christian Nienaber, bisher Vice President Video on Demand & Video Production bei RTL interactive, übernahm die neu geschaffene Position des Direktor Digital bei RTL II, zuständig für die digitalen Bereiche Online, Mobile, Smart TV und Social Media.

Günther Nonnenmacher, bisher bei der FAZ der für Außenpolitik zuständige Herausgeber, verschob auf Bitte des Herausgebergremiums den für den 30. Juni avisierten Eintritt in den Ruhestand und übernahm nach Frank Schirrmachers Tod übergangsweise dessen Funktion als Feuilleton-Herausgeber.

Charlotte Parnack leitet ab 1. August das Ressort Zeit:Hamburg, die Lokalausgabe der Wochenzeitung, allein; der bisherige Co-Leiter **Peer Teuwsen** wechselt als Leiter publizistische Projekte zur Neuen Zürcher Zeitung.

Die Journalistin **Maike Rademaker** ist neue DGB-Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Sie war Redakteurin der Financial Times Deutschland bis zu deren Einstellung. Danach arbeitete sie als freie Journalistin und Moderatorin. Sie folgt auf Sigrid Wolff, die seit 2009 die Abteilung geleitet hat. Sigrid Wolff übernimmt mit sofortiger Wirkung den Bereich Kampagnenmanagement beim DGB und arbeitet im Vorstandsbereich des DGB-Vorsitzenden.

Martin Reckweg, derzeit trimedialer Chefredakteur von Radio Bremen, wird im Herbst zu NDR 1 Niedersachsen wechseln, wo er Anfang nächsten Jahres die Leitung einer neuen Redaktion übernimmt, in der die Bereiche Aktuell, Magazine und Sport zusammengelegt werden.

Volker Resing, derzeit Redakteur im Hauptstadtbüro der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), folgt zum 1. Oktober als Chefredakteur des monatlichen Fachmagazins Herder Korrespondenz (Herder Verlag) auf Dr. **Ulrich Ruh**.

Michaela Roemkens, zuletzt stellv. Chefredakteurin des Fachmagazins outdoor.markt (Jahr Top Special Verlag), folgte als Chefredakteurin auf **Andreas Mayer**, der den Verlag verließ.

Anja Rützel, früher Redakteurin und Kolumnistin der Financial Times Deutschland, hatte zusammen mit **Nikolaus Röttger** für G+J das Business-Lifestyle-Magazin "Business Punk" entwickelt. Zuletzt war sie als freie Autorin (Spiegel Online, Impulse,

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint acht Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 19 gültig ab 1.1.2014

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich: Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 5.2014: 20.06.2014
M 6.2014: 15.08.2014
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Geo Spezial) tätig. Nun wurde sie Editor-at-Large bei dem Magazin Wired (Condé Nast Verlag) und ist unter anderem für große Reportagen zuständig.

Wulf Schmiese, seit 2010 Moderator des ZDF-„Morgenmagazins", zuvor Parlamentsreporter für die FAZ und die FAS, wird zum 1. September Hauptstadtkorrespondent des Senders.

Der Regisseur **Jan Schütte**, seit 2010 Leiter der Deutschen Film- und Fernsehakademie in Berlin (DFFB), wird zum 1. Oktober Dekan am AFI-Conservatory, der Filmschule des American Film Institute in Los Angeles.

Hermann-Josef Tenhagen, langjähriger Chefredakteur der Zeitschrift Finanztest, verlässt die Stiftung Warentest zum 1. September und wird Geschäftsführer sowie Chefredakteur eines Start-ups für Finanzinformationen im Internet: „Finanztip" ist ein Non-Profit-Projekt der beiden Interhyp-Gründer **Robert Haselsteiner** und **Marcus Wolsdorf**.

Georg Thanscheidt, bisher Ressortleiter Aktuelles und stellv. Chefredakteur der Münchner Abendzeitung, wurde Textchef beim People-Magazin Bunte (Hubert Burda Media).

Janko Tietz, bislang in der Wirtschaftsredaktion der Printausgabe des Spiegel tätig, wechselt in das Team der Chefs vom Dienst bei Spiegel Online.

Robert Weber, bisher bei dem Industrie-Magazin MM MaschinenMarkt zuständig für die Themengebiete Industrial Energy und Karriere sowie das Online- und Eventgeschäft, wurde stellv. Chefredakteur bei dem Fachmedium Elektrotechnik – Das Automatisierungsmagazin (Vogel Business Media).

Wechsel bei WDR-Studios: **Tilman Rauh**, zuvor stellv. Studioleiter in Bielefeld, folgte als Leiter des Bonner Studios auf **Georg Kellermann**, der die Leitung des WDR-Studios in Duisburg übernahm. Dessen bisheriger Leiter **Klaus Beck** wurde stellv. Leiter des Studios Bielefeld.

Anne Zuber, der seit 2012 gemeinsam mit Creative Director **Thomas Niederste-Werbeck** die Redaktionsleitung für dasMagazin Häuser (G+J) oblag, wurde Chefredakteurin des Titels; sie bleibt weiterhin stellv. Chefredakteurin von Schöner Wohnen.

Veranstaltungen / Seminare für Selbstständige und Freie in Hamburg

Anmeldung NUR ONLINE: freie.hamburg.verdi.de/veranstaltungen

Die Teilnahme ist kostenlos.
Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Ebene 9, Raum St. Georg

Kredite und Fördermöglichkeiten für Selbstständige und Existenzgründer
27. August 2014, 17 – 19.15 Uhr

Welche Möglichkeiten gibt es, günstige Kredite und öffentliche Fördermöglichkeiten zu erhalten? Vom Umgang mit der Hausbank bei der Verhandlung von Krediten.
Referentin: Martina Oesterer, Förderlotsin Hamburgische Investitions- und Förderbank
Moderation: Annette Noll, Beratung Training Coaching

Selbsthilfe für Selbstständige – mediafon effektiv nutzen
17. September 2014, 19 – 21 Uhr

Vorsorge planen, Forderungen durchsetzen, das Geschäft organisieren – bei ungeklärten Fragen schnell handlungsfähig werden mit mediafon.
Referent: Rüdiger Lühr, freier Journalist und mediafon-Berater
Moderation: Holger Ahrens, SocialMedia-Berater und Trainer für GoogleApps

Die Kunst der Freude am Akquirieren und der Resilienz, wenn es nicht gleich klappt
7. Oktober 2014, 19 – 21.15 Uhr

Warum missmutig an die Akquise gehen, wenn es auch leicht und beschwingt geht? Besser: mit veränderter Perspektive dem Gespräch begegnen. Stimmt die innere Haltung und Position zu meinen Kunden und zum Geldverdienen? Wie diese Haltung beeinflussen? Folgen für die Arbeitsorganisation? Ein auftragsfördernder Mitmach-Abend bei ver.di.
Referentin: Olga Masur, Journalistin, Mediatorin und Heilerin
Moderation: Annette Noll, Beratung Training Coaching

Seminare für Selbstständige in Berlin

Anmeldung: Andreas.Koehn@verdi.de,

ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8,Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel: 030/88664106, Gebühren: Mitglieder 13 €, Nichtmitglieder 60 € www.dju-berlinbb.de/ unter Service / Übersicht

Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit
26. August 2014, 9.30 – 16.30 Uhr,
ver.di Landesbezirk Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 3.12.

Das Seminar soll größere Sicherheit bei der Erschließung des Medienmarktes und der Vermarktung journalistischer Leistungen vermitteln sowie in der Praxis anwendbare Beispiele für die Selbstvermarktung zur Diskussion stellen. Kontaktaufbau, Marktbeobachtung und -erschließung, Honorare, Marktpreise, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Marktvorteile durch Gemeinschaftsgründungen.
Referenten: Andreas Ulrich, Journalist/Moderator u.a. rbb, Bernd Hubatschek, MKK Consult.

Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler
Termin: 7.10., 9.30 – 16.30 Uhr,
ver.di Landesbezirk, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 3.12.

Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen der freiberuflichen Existenz in Medien- und künstlerischen Berufen vermittelt. Für bereits erfolgte Gründungen kann das Seminar zur Überprüfung der getroffenen Entscheidung dienen. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten (z.B. Gründungszuschuss, Einstiegsgeld), Anmeldeformalia, soziale Absicherung für Freie (Künstlersozialkasse) betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.
Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult.

Anzeigen

Unter Hinweis auf §5 Abs.3 MarkenG nehme ich Titelschutz in Anspruch in allen Schreibweisen u. Darstellungsformen für **Journalismuss 5.5. Journalismuss** G.Oeding, Rappenberg 16. 70435 Stuttgart

Titelschutz-Anzeigen sind keine privaten Kleinanzeigen

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

Anzeige

Freie im Journalismus brauchen Transparenz, Informationen – und eine Vertretung, die wirkt.

Wir machen das schon...

ver.di veröffentlicht Honorare

Vor über einem halben Jahrhundert ist die dju als Vertretung für Journalistinnen und Journalisten angetreten – auch um offen über Bezahlung von Freien und Festen zu sprechen. Seit über 10 Jahren stehen alle Honorare im Netz, die uns Kolleginnen und Kollegen melden.

Umfragen leben vom Mitmachen! – **www.mediafon.net/empfehlungen.php**

ver.di schreibt Standardwerke

Der Ratgeber Selbstständige
Eine tagesaktuelle Online-Version gibt's gratis dazu.

Ermöglicht durch Mitgliedsbeiträge, dem Klassiker des Crowdfundings.
– Mehr als 30 000 Freie und Selbstständige machen schon mit bei ver.di.

www.mediafon.net/ratgeber.php

ver.di informiert gezielt und aktuell

In Meldungen, im RSS-Feed, im Newsletter sowie auf Twitter informieren wir Freie und Solo-Selbstständige über alles, was für ihr Unternehmen wichtig ist. – Im Verbund mit den Informationen der dju in ver.di bleiben da kaum Fragen offen. Wenn doch: Stellt sie den Profis!

ver.di berät ausführlich

Für Details zum Berufsalltag und individuelle Analysen gibt's die persönliche Beratung.

Freie Journalistinnen und Journalisten gehören seit Beginn zur Kerngrupe der Beratung.
– Wir helfen, Forderungen durchzusetzen; Mitgliedern auch mit ver.di-Rechtsschutz.
Wir unterstützen kollegial und kompetent: Bei uns beraten Selbstständige.

Fragt uns unter: www.mediafon.net/beratung.php

[mediafon.net] ver.di-Beratungsnetz für Freie & Selbstständige

mediafon ist eine Tocher der Gewerkschaft ver.di, dem Profi in Sachen Interessenvertretung. Gemeinsam bilden wir ein starkes Netzwerk zur gesamten Medien-Arbeitswelt in allen Beschäftigungsformen.

mediafon GmbH
ein Unternehmen der ver.di